TECHNIK UND WIRTSCHAFT

MONATSCHRIFT DES VEREINES DEUTSCHER INGENIEURE * REDIGIERT U·HERAUSGEGEBEN VON DR·HERMANN BECK UND D·MEYER

3. JAHRG.

0003

S II

Est

MI-

eng

Bert.

M 2-

SINI

and

ides II

M 9,-

State M I,-

n Eiser-

malign s XVII.

ickb6ck

g. Kas-M 4,50

in Berlin

AUGUST 1910

8. HEFT

ZUR TECHNIK DES AUSSTELLUNGSWESENS.

Von Ingenieur Dr. phil. et jur. J. KOLLMANN in Bad Ems.

Die diesjährige, in mancher Beziehung beachtenswerte Ausstellung in Brüssel bietet wieder einmal Gelegenheit, einen Blick auf die Technik des Ausstellungswesens zu werfen und die aus ihr hervorgehenden Vorzüge und Mängel des einzelnen Unternehmens kritisch zu beleuchten. Dabei spielen selbstverständlich auch die Fragen der allgemeinen Organisation eine wichtige Rolle, so daß wir an ihnen nicht achtlos vorübergehen können.

Man hat in Brüssel wie bei den meisten internationalen Ausstellungen für das Unternehmen die Form einer Aktiengesellschaft gewählt, die unter dem Patronate des Königs der Belgier und unter dem Ehrenpräsidium des Kronprinzen Die Organisation der Aktiengesellschaft ist verständigerweise ziemlich einfach. Außer einem aus 17 Personen bestehenden Verwaltungsrat ist ein ausführender Ausschuß mit 10 Mitgliedern und zwei Generaldirektoren nebst zwei Sekretären vorhanden; dazu kommen für die Ausführung der Ausstellungsanlagen drei Architekten und ein Chefingenieur, ferner für den Betriebsdienst drei Ingenieure, für die Unterhaltung der Gesamtanlagen ein aus drei Mitgliedern bestehender Ausschuß, für die Korrespondenz und das Rechnungsbureau je ein Bureauchef, endlich eine aus drei Mitgliedern bestehende juristische Abteilung. Hierzu gehört selbstverständlich das nötige Hülfs- und Unterpersonal in allen Abteilungen. Alle Ausstellungserfahrungen weisen darauf hin, daß es namentlich im Interesse der Einhaltung des Bau- und Betriebshaushaltes sowie der Erhaltung der Übersicht über das Gesamtunternehmen zweckmäßig ist, die Verwaltung nicht allzuweit zu dezentralisieren und nicht mehr Sonderausschüsse einzusetzen, als unbedingt erforderlich ist. Das Verfahren der großen amerikanischen Ausstellungen der letzten Jahrzehnte, aus der Verwaltung einen übergroßen und schwerfällig arbeitenden Apparat ohne Einheitlichkeit zu machen, hat sehr viel zu dem finanziell so ungünstigen Endergebnis beigetragen, ganz abgesehen davon, daß sich unter amerikanischen Verhältnissen

die Gelder mitunter verlaufen. In Brüssel hat man deshalb einen einfachen Verwaltungsapparat geschaffen, der, wenn man von der Form der Aktiengesellschaft absieht, tatsächlich nicht viel von der bei größeren deutschen Gewerbeausstellungen bewährten Verwaltung durch einen Ausschuß aus Industriellen und Kaufleuten an der Hand eines von den Beteiligten aufgebrachten Garantiefonds abweicht. Die letztere Art der Organisation hat bei kleineren Ausstellungsunternehmungen unbedingt ihre Vorzüge, da sie zur Stärkung des Verantwortlichkeitsgefühles der leitenden Persönlichkeiten wesentlich beiträgt; bei großen und insbesondere internationalen Ausstellungen dagegen wird die Form der Aktiengesellschaft aus mancherlei Gründen vorzuziehen sein. Wenn die staatliche Verwaltung des Ausstellungslandes und die Verwaltung der betreffenden Hauptstadt an solcher Aktiengesellschaft finanziell beteiligt sind und die allgemeinen Interessen ohne fiskalische Voreingenommenheit zur Geltung bringen, so kann dadurch der ordnungsmäßigen Verwaltung und Durchführung des Unternehmens nur gedient werden; auch die unmittelbare finanzielle Beteiligung großer Körperschaften und Verbände des Ausstellungslandes erscheint von wesentlichem Vorteil.

Über die finanzielle Grundlage der Ausstellung in Brüssel sei das Folgende mitgeteilt. Die Ausstellung ist ein Unternehmen der am 18. April 1906 gegründeten Compagnie de l'Exposition de Bruxelles 1910, Aktiengesellschaft, mit einem Grundkapitale von 2,7 Millionen Frs, eingeteilt in 2700 Stücke von 1000 Frs. Die Hauptaktionäre gehören zu den belgischen Großbanken und Bankiers; so hat z. B. die Société Générale de Belgique eine Beteiligung von 200000 Frs und die Société Générale Anonyme des Tramways Bruxelloises eine Beteiligung von 100000 Frs übernommen. Sollte sich bei der Liquidation der Gesellschaft nach Rückzahlung des Aktienkapitales ein Überschuß ergeben, so wird er satzungsgemäß zunächst zur Zahlung einer Dividende bis zur Höhe von 2 vH an diejenigen Aktionäre verwendet, die an den Einzahlungen beteiligt sind. Ein etwaiger weiterer Reingewinn, auf den übrigens kaum zu rechnen sein wird, soll für öffentliche Zwecke verwendet werden. Die Einnahmen der Ausstellungsgesellschaft bestehen in den Eingängen aus Eintrittsgeldern und Abonnements und aus den erteilten Konzessionen; z. B. sind Einnahmen von 1,5 Millionen Frs aus den Restaurants, 875 000 Frs aus dem Vergnügungspark und 100000 Frs aus dem Verkaufe von Postkarten vorgesehen. Eine Haupteinnahme wird ferner aus der Lotterie erzielt, die auf 4 Millionen Frs Reingewinn veranschlagt und schon fast vollständig eingegangen ist. Außerdem erhebt die Ausstellungsgesellschaft von den einzelnen Ländern Platzmieten. Der Haushalt der Gesellschaft wird, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, über 25 Millionen Frs hinausgehen. Der belgische Staat hat für etwa zu deckende Ausfälle bis zum Betrage von 1 Million Frs die Bürgschaft übernommen, von der Stadt Brüssel dagegen wurden 500000 Frs à fonds perdu gegeben. Obligationen sind von der Gesellschaft nicht ausgegeben worden. Die an die Ausstellung anstoßende "Brüsseler Kirmes", ein Vergnügungsplatz nach Altbrüsseler Art, ist von einer reinen Erwerbsgesellschaft eingerichtet, an der sich die Ausstellungsgesellschaft finanziell beteiligt hat,

Nach der in Belgien üblichen Art sind die leitenden Persönlichkeiten des Ausstellungsunternehmens aus der staatlichen und kommunalen Verwaltung sowie aus dem Stande der Bank- und Handelswelt entnommen; die technische Intelligenz, die gerade im Ausstellungswesen eine so überaus wichtige Rolle spielt, muß sich leider auch in Brüssel mit einer wenn auch innerhalb der einzelnen Fachgebiete selbständigen, immerhin aber doch den leitenden Organen untergeordneten Stellung begnügen. Man ist also auch in Belgien immer noch nicht zu der Überzeugung gelangt, daß der moderne Ingenieur, dessen technische Arbeit immer zugleich eine wirtschaftliche Leistung darstellt, ganz besonders zur Verwaltung großer technisch-wirtschaftlicher Unternehmungen geeignet ist. Wenn erst die gesamte Industrie größeren Einfluß auf das Ausstellungswesen gewonnen haben und eine internationale Ordnung dieser wichtigen und unentbehrlichen wirtschaftlichen Einrichtung erreicht sein wird, dann darf die technische Intelligenz mit Sicherheit darauf rechnen, im eigensten Interesse der Aussteller und der gesamten Industrie mit der obersten Leitung von großen Ausstellungsunternehmungen betraut zu werden. Was am letzten Ende erreicht werden muß, das ist eine wesentliche Entlastung der Aussteller von allen denjenigen Kosten, die nicht unmittelbar mit ihren geschäftlichen Interessen zusammenhängen, und die Abschätzung dieser Kosten im Zusammenhange mit der technischen Bedeutung und Leistung des Ausstellers sowie seiner Stellung dem ausländischen Wettbewerbe gegenüber kann nur dem Ingenieur zufallen. Darum hat, selbst abgesehen von der mustergültigen Darstellung des technischen Fortschrittes auf großen, in angemessenen Zwischenräumen wiederkehrenden Ausstellungen, die Industrie ein so starkes materielles Interesse an der maßgebenden Leitung solcher Unternehmungen durch wirtschaftlich gebildete Ingenieure. Bei dieser anzustrebenden Ordnung der Dinge ergibt sich dann von selbst für jeden Industriestaat die Verpflichtung, die staatlichen Mittel für eine würdige äußere Repräsentation der gesamten gewerblichen Tätigkeit zur Verfügung zu stellen, weil damit dem Interesse der Gesamtheit des Industriestaates am meisten, und nicht zuletzt auch in handelspolitischer Beziehung, gedient wird.

鰄

ign

Žia.

ilá

d o

a B

hip

1 1

E B

日前

S V

dept

See

脸

mich.

批說

edicit

CO, 10

. Obi-

ie Am

TUSSOU

ich de

en de

raltung

mische

Daß das Brüsseler Unternehmen ebensowenig eine Weltausstellung im eigentlichen Sinne des Wortes werden würde wie seine zahlreichen Vorgänger, war für die Sachkenner nicht zweifelhaft. Die in den letzten drei Jahrzehnten in Belgien veranstalteten Ausstellungen hatten sich allerdings sämtlich unter diesem klangvollen Titel eingeführt, sie waren aber durchweg nur von recht zweifelhaftem Erfolg und können keineswegs als Marksteine der industriellen Entwicklung auch nur des eigenen Landes angesehen werden. Erst Lüttich 1905 zeigte einen anerkennenswerten Fortschritt, der sich inzwischen noch weiter entwickelt hat. Die Belgier haben seitdem im Ausstellungswesen viel gelernt, und da außerdem ihre äußerst rührigen Industriellen dem technischen Fortschritt ihr volle Aufmerksamkeit zuwenden, so ist das Brüsseler Ausstellungsunternehmen, wenn auch nicht irgendwie welterschütternd, so doch in mancher Beziehung bemerkenswert und verdient die Beachtung insbesondere der benachbarten Kulturländer. Vielleicht würde dieses Unternehmen im kleineren nationalen Rahmen noch mehr gewirkt haben als unter der internationalen Flagge, die trotz der nominellen Beteiligung von einigen zwanzig Staaten nicht recht angebracht ist, weil der größte Teil der ausländischen Gruppen doch nur die Bedeutung einer Visitenkarte hat. Belgien hat es sich indessen nicht versagen können, den weiten Kreis seiner ausländischen Beziehungen in Handel und Industrie und den Unternehmungsgeist seiner Kapitalisten neben der Bedeutung des

kleinen Landes als Kolonialmacht wieder einmal vorzuführen. Allem Anscheine nach wird sich mindestens die Absicht, recht viele Ausländer zur Reise nach Brüssel zu veranlassen, erfüllen, womit ja auch den Interessen der ausländischem Aussteller gedient ist. Man rechnet auf insgesamt mindestens sieben Millionen Ausstellungsbesucher, so daß für die Stadt Brüssel und alle am Fremdenverkehr interessierten Institute ein erheblicher wirtschaftlicher Nutzen in Aussicht steht. Außerdem läßt der bisherige Verlauf der Ausstellung erkennen, daß in manchen Gruppen — nicht zum mindesten in der deutschen Abteilung — ein nicht unbeträchtlicher Verkauf von Maschinen und Geräten stattfindet, der gerade bei größeren internationalen Ausstellungen bislang nur ganz ausnahmsweise festgestellt werden konnte. Voraussichtlich wird deshalb der Erfolg unserer Beteiligung in Brüssel verhältnismäßig größer sein als in St. Louis.

Das Ausstellungsgelände liegt in den Gemarkungen der beiden Städte Brüssel und Ixelles, vom Mittelpunkte der unteren Stadt etwa 5 km entfernt. Das beliebte "Bois de la Cambre" mit seinem kräftigen Baumbestand und den schönen Promenaden begrenzt das Ausstellungsgelände nach Westen und Süden. Eine Fläche von 90 ha, die allerdings recht erhebliche Höhenunterschiede aufweist, mußte hier in einen für Ausstellungszwecke geeigneten Zustand gebracht werden. Besondere Schwierigkeiten für die Pachtung des ganzen Geländes ergaben sich aus dem Umstande, daß 52 Parzellen-Eigentümer beteiligt waren. Das Gelände dehnt sich zu beiden Seiten der Avenue du Solbosch aus, es war vor der Ausstellung voll angebaut, war zudem stark wellig und lag streckenweise bis zu 9 m unter den vorbeiführenden Straßen, während andererseits auch mehrere Meter hohe Hügel vorhanden waren. Unter diesen Verhältnissen bot der Entwurf der Gesamtanlage nicht geringe Schwierigkeiten, zumal erst mit dem Beginne des Jahres 1907 die ersten Vorarbeiten in Angriff genommen werden konnten. Die das Ausstellungsgelände von Nordwest nach Südost durchschneidende Avenue du Solbosch mußte umbaut und teilweise überbaut werden, damit der Verkehr auf dem Gesamtgelände nicht behindert würde. Man kann nicht leugnen, daß die allgemeine Anordnung der ganzen Anlage mit Geschick und Erfolg durchgeführt worden ist. Durch die fast zahllosen Einzelbauten, die nachträglich in die Gesamtanlage eingefügt wurden, ist allerdings die Übersicht über das Ganze erschwert worden, auch die sachliche Zusammengehörigkeit hat unter der nachträglichen Raumverteilung gelitten. Nur an einer Stelle hat man eine Treppenanlage zu errichten brauchen, nämlich etwa in der Mitte des ganzen Geländes zur Überschreitung der Avenue du Solbosch bei dem Übertritte von der Gemarkung Ixelles zur Gemarkung Brüssel. Die Beschaffenheit des Ausstellungsgeländes machte sehr umfangreiche Erdarbeiten notwendig; ungefähr 600 000 cbm Erdmasse mußten zur Ausgleichung der Höhenunterschiede bewegt werden. Diese Arbeiten begannen im Dezember 1907, so daß im Sommer 1908 die geebnete Fläche für die Errichtung der Hallen den ausführenden Unternehmern zur Verfügung gestellt werden konnte. Die Hallen der belgischen Abteilung, die den verhältnismäßig größten Flächenraum bedecken, sind in der Brüsseler Gemarkung errichtet worden, in der Hauptfront parallel zum Bois de la Cambre. Von der Hauptterrasse steigt man zu beiden Seiten eines Wasserfalles herab zu umfangreichen Gartenanlagen, die von dem in der Avenue Jeanne gelegenen Haupteingang aus auf breiten, ansteigenden Wegen erreicht werden. Nördlich von dem belgischen Ausstellungspalast in der Gemarkung Ixelles liegen im unmittelbaren Anschluß die für das Ausland bestimmten Industriehallen, sodann die mit einer Galerie versehene große Maschinenhalle und östlich hiervon die internationale Verkehrshalle. Die Leitung der Ausstellung hat für die verschiedenen Zwecke der Ausstellung folgende Bodenflächen bebauen lassen:

nên.

kehr

tehi

it on

le bei

Beter

nt. De

ni in

Side

ede zi

zeboż

WES.

235, 5

doroxi

Veta

25, 200

STEUES

d Sils

idela

irde Ila

e mi le

religin

de lie

engoing size Sale

der Min

notweek

90 dal in

belgische

ZUM BOS

es West

AFTER

त सारायी

emarkung

Nach den amtlichen Angaben sollen mit Einschluß der von fremden Ländern und von Einzelausstellern errichteten Gebäude für die Zwecke der industriellen Schau etwa 220000 qm Bodenfläche überbaut worden sein. Die Herstellung der von der Ausstellungsleitung zu errichtenden Gebäude wurde unter Teilnahme der ersten belgischen Konstruktionsfirmen in öffentlicher Verdingung vergeben. Der erste Zuschlag für die Errichtung der Maschinen- und Industriehallen in der Gemarkung Ixelles wurde am 23. April 1908 erteilt; die Ausführung dieser und der übrigen Hallen erfolgte dann in verhältnismäßig kurzer Zeit, so daß mit Beginn des Jahres 1910 alle Hallen zur Verfügung der Aussteller gestellt werden konnten. Dem Anscheine nach sind die großen Eisenkonstruktionen der internationalen Maschinenhalle und der Verkehrshalle derart ausgeführt, daß sie ohne Schwierigkeit nach Schluß der Ausstellung demontiert und für andere Zwecke auch in veränderter Anwendung wieder aufgebaut werden können. Es kann also sehr wohl, wie es bei den letzten großen Ausstellungen mehrfach geschehen ist, ein Leihvertrag über diese Eisenbauten abgeschlossen sein. Wie verlautet, soll nach Schluß der Ausstellung keines der Gebäude stehen bleiben, es scheint vielmehr die Anlage neuer Stadtteile auf dem Ausstellungsgelände beabsichtigt zu sein. Die Lage des Geländes in den beiden Gemarkungen Brüssel und Ixelles hat übrigens außer mancherlei formellen Schwierigkeiten eine eigenartige Folge insofern gehabt, als bei einem gegen Ende Juni auf dem Ausstellungsgelände entstandenem Brande die Feuerwehren von Brüssel und Ixelles in Streitigkeiten über ihre Zuständigkeit gerieten, was um so gefährlicher war, als die ohne feuersichere Zwischenbauten miteinander verbundenen großen Hallen einem allgemeinen Brande leicht zugänglich sein würden,

Von technischem Interesse sind vielleicht einige Zahlen über die für die obenerwähnten, von der Ausstellungsleitung ausgeführten Gebäude erforderlichen Hülfsarbeiten und die verwendeten Materialien. An Fundamenten für die Gebäuden wurden 7800 cbm Mauerwerk hergestellt, für die Entwässerung wurden 9,91 km Rohrleitung in Mauerwerk und Ton verlegt. Für die Eisenbauten kamen 7668 t Eisen zur Verwendung, der Verbrauch an Holz stellte sich auf 9052 cbm an Brettern und Bohlen und auf 275120 qm an Dachlatten, für die Bedachung endlich wurden an Zinkplatten und Schieferplatten 118390 qm und an Glasscheiben 63000 qm verwendet. Diese Zahlen geben einigermaßen ein Bild von der Leistung der Industrie und des Handwerkes für die Zwecke der Ausstellung. Die Entwürfe der Architekten waren ausnahmslos auf monumentale Wirkung und zugleich auf praktische Verwendbarkeit der Bauten gerichtet, die verfügbare Fläche ist durchweg gut ausgenutzt worden. Insbesondere macht

die 250 m lange, in Stuck ausgeführte Vorderseite des belgischen Hauptgebäudes einen sehr gediegenen Eindruck. Eine bemerkenswerte architektonische Leistung stellt auch die große Festhalle dar, die für 3500 Zuschauer Raum bietet. Die meisten Ausstellungshallen sind in Holz, Gips und Stuck ausgeführt, den Stirnseiten hat man eine ins Gelbliche gehende Farbe gegeben, die zu dem Grün der Gartenanlagen und der Bäume des Gehölzes besser stimmt als der übliche rein weiße Anstrich.

Von besonderer Bedeutung für die rechtzeitige Fertigstellung und für den gesamten Betrieb einer Ausstellung sind die Anlagen für den Verkehr. Was zunächst die Beförderung der Ausstellungsgüter nach dem Gelände betrifft, so sind mehr als 6 km Anschlußgleis an die belgischen Staatsbahnen auf dem Ausstellungsgelände hergestellt worden. Aut diesen Gleisen sollen täglich bis zu 800 Eisenbahnwagen zugefahren und entladen werden können. Bis zum 1. Oktober 1909 waren bereits 3913 Eisenbahnwagen mit einer Gesamtladung von 35 245 t an Konstruktionsteilen für die Bauten nach dem Gelände verbracht worden. In den Maschinen- und Verkehrshallen sind überall Laufkrane mit elektrischem Antriebe für die Montage eingebaut worden; indessen sei schon hier bemerkt, daß die in der deutschen Abteilung vorhandenen Krane verschiedenster Art größere Fortschritte im Bau und in der Leistung aufweisen als die Krane der internationalen Hallen.

Die Einrichtungen für den Personenverkehr sowohl innerhalb des Ausstellungsgeländes als auch von der Stadt zur Ausstellung sind in mehrfacher Beziehung mangelhaft. Auf dem Ausstellungsgelände hat man in der Länge von über 5 km eine zweigleisige Schmalspurbahn für den Betrieb mit Benzinwagen eingerichtet. Ist schon die Linienführung durch die streckenweise ziemlich engen und staubigen Wege innerhalb großer Menschenmassen recht bedenklich, so bilden der widerwärtige Geruch der Abgase der Benzinmotoren und das tobende Geräusch der Motoren geradezu eine Belästigung des Publikums. Bei dieser Einrichtung ist auch der Fahrpreis von 20 ctms, sehr reichlich bemessen. Schon auf der Lütticher Ausstellung von 1905 erregte eine derartige Benzinbahn den allgemeinen Unwillen der Besucher; man hätte deshalb eine solche Anlage ohne durchgreifende Verbesserungen nicht wiederholen sollen. In einer größeren Ausstellung verlangt man mit Recht mustergültige und den neuesten Stand der Technik darstellende Verkehrsanlagen und nicht Einrichtungen, die allenfalls zur Not dem rein praktischen Verkehrsbedürfnis genügen, aber dem Massenverkehr ohnehin nicht gewachsen sind. Den größten Fehler hat die Ausstellungsleitung damit gemacht, daß sie keinerlei Einrichtung für den Schnellverkehr zwischen dem Mittelpunkte der Stadt Brüssel und dem Ausstellungsgelände herstellte. Dem Anscheine nach hat man vermeiden wollen, den verschiedenen Straßenbahngesellschaften einen wirksamen Wettbewerb zu bereiten. Dieser Standpunkt ist indessen durchaus unberechtigt; die Mehreinnahmen von einigen Millionen, die der auf das Publikum ausgeübte Zwang zur Benutzung unzureichender Verkehrsmittel den Straßenbahngesellschaften einbringt, ist ganz unverdient. Der auf dem Ausstellungsgelände eingerichtete Bahnhof der Straßenbahnen mit den stallartigen Abgrenzungen für die Hauptlinien kann den Massenverkehr nicht in der erforderlichen Weise regeln; es machen sich deshalb fortgesetzt Stockungen bemerkbar. Völlig unberechtigt ist es außerdem, für das kurze

Stückchen der Ein- und Ausfahrt in diesen Bahnhof einen besonderen Zuschlag von 5 ctms, zu erheben, zumal die verschiedenen Straßenbahngesellschaften keine gegenseitig geltenden Übergangsfahrscheine ausgeben und schon dadurch die Fahrt von der unteren Stadt nach dem Ausstellungsplatz erheblich verteuern. Die mangelhafte Bezeichnung der in Brüssel vorhandenen 57 Straßenbahnlinien ist für den Fremden ohnehin recht unbequem. Man hätte sich von vornherein sagen müssen, daß die drei in Betracht kommenden Straßenbahnlinien, nämlich die von der Avenue Louise kommende Linie, die von der Porte de Namur durch die Avenue du Solbosch führende Linie und die zwischen Brüssel und Watermael längs der Nordseite der Ausstellung verkehrende Linie, nicht imstande sein würden, den sich auf wenige Tages- und Abendstunden zusammendrängenden Massenverkehr bei einer täglichen Zahl von 60 000 bis 100 000 Besuchern zu bewältigen. Dazu würde eine viel kürzere Zugfolge und eine bedeutende Vergrößerung des Wagenparkes gehören, wenn Straßenbahnlinien einem derartigen Massenverkehr überhaupt gewachsen wären. Das Publikum hat den Schaden von diesen unzureichenden Verkehrseinrichtungen; man gebraucht ungefähr eine Stunde, um von der unteren Stadt zur Ausstellung zu gelangen, wenn man nicht die fast unerschwinglichen Preise der Automobildroschken bezahlen will. Da nun außerdem mitten im Sommer die Ausstellungshallen schon um 6 Uhr abends geschlossen werden, so bleibt bei zweistündiger Trambahnfahrt hin und her und der nötigen Mittagspause nur verhältnismäßig wenig Zeit für die eigentliche Besichtigung übrig.

Dazu kommt, daß bis in den Juli hinein noch kein Katalog für die. umfangreiche belgische Ausstellung und ebensowenig für die französische erschienen ist, so daß man sich das Material sammensuchen muß. Nur der deutsche Katalog, der nach seinem sachsowohl als auch nach der äußeren Ausstattung Inhalte mal mustergiltig erscheint, war bei der Eröffnung der Ausstellung fertig; längere Zeit nachher folgte der recht nüchtern gehaltene und ebenso ausgestattete englische Katalog in zwei Sprachen. Für die rasche Orientierung in dem weitaus größten Teil ist also bisher recht wenig geschehen; um so bedauerlicher ist der durch die unzureichenden Verkehrsmittel herbeigeführte Zeitverlust. Der längere Aufenthalt in Brüssel aber muß bei den hohen Wohnungspreisen und dem kostspieligen Unterhalte teuer genug erkauft werden. Eine Schnellverkehrseinrichtung zwischen der unteren Stadt und dem Ausstellungsplatze wäre also sehr erwünscht gewesen; sie hätte dem gesamten Publikum erhebliche Dienste geleistet und würde auch am Schluß der Ausstellung für den auf dem Gelände entstehenden neuen Stadtteil besondere Wichtigkeit gehabt haben. Wollte man nicht zu der kostspieligen Anlage einer zum Teil unterirdischen Schnellbahn greifen, so hätte es sich wohl ermöglichen lassen, unmittelbar vom Nordbahnhof auf den Gleisen und den Anschlußgleisen der Staatsbahn einen elektrischen Schnellbetrieb nach dem Ausstellungsgelände ein-Die Rentabilität würde glänzend gewesen sein; allerdings würden zugleich die Brüsseler Straßenbahngesellschaften einen im öffentlichen Interesse nur durchaus erwünschten Wettbewerb erhalten haben, den man offenbar fernhalten wollte.

Fib

Js

200

50

M

isp

Dist

TO S

MAG

ehiges

Wie die Dinge nun einmal liegen, wird man der Brüsseler Ausstellung den Vorwurf nicht ersparen können, daß sie für die Lösung der

Verkehrsfrage nicht den richtigen Weg beschritten hat. So ist es bisher bei fast allen Ausstellungen gewesen. Keine einzige der großen Unternehmungen der letzten Jahrzehnte hat der Verkehrsfrage eine genügende und von örtlichen Verhältnissen unabhängige Aufmerksamkeit gewidmet; im kleineren Rahmen bildete allerdings Nürnberg 1906 eine bemerkenswerte Ausnahme. Es ist aber im Interesse der vollen Ausnutzung des volkswirtschaftlichen Wertes großer Ausstellungen von großer Wichtigkeit, daß die alten Verkehrsfehler nicht immer wieder aufs neue gemacht werden. Dieses Ziel ist nur dann erreichbar, wenn der technischen Intelligenz auch im Ausstellungswesen eine freiere Betätigung als bisher zugestanden wird. Eine große Ausstellung sollte nur dann die moralische und materielle Unterstützung des Staates und der Gemeinde finden, wenn auf Grund eines öffentlichen internationalen Wettbewerbes der Verkehrstechniker für den betreffenden Fall ein mustergültiger Verkehrsplan erlangt und ausgeführt wird. Dadurch würde auch die künftige Bebauung der Umgebung wesentlich gefördert werden. Daß die Brüsseler Ausstellungsleitung das Verkehrswesen nicht richtig angefaßt hat, geht auch aus dem wenig ansprechenden Zustande der Wege innerhalb des Ausstellungsplatzes hervor. Das Bestreuen der nur ungenügend befestigten und mangelhaft entwässerten Fußwege mit Kohlenasche und der dadurch bewirkte Staub ist doch am allerwenigsten für ein Ausstellungspublikum zu empfehlen.

Nächst der Verkehrsfrage bietet für große Ausstellungen die Beschaffung und Verteilung der Energie ein sehr wichtiges Problem, da man doch auch für diese Zwecke nur mustergültige Anlagen schaffen sollte. In der Brüsseler Ausstellung wird die für Ausstellungszwecke nötige Energie nur zum Teile selbst erzeugt, ein großer Teil wird in Form von elektrischer Energie aus den Elektrizitätswerken der Stadt Brüssel bezogen und umgeformt. Außer den zahlreich ausgestellten Dampfmaschinen, Dampfturbinen und Lokomobilen, die aus einer eigenen Kesselanlage versorgt werden, sind die Verbrennungsmotoren in sehr großer Zahl und Auswahl vertreten, nur die Sauggasanlagen treten zurück. Das Gegenstück zu dem in der deutschen Abteilung in mehreren Exemplaren ausgestellten Original-Dieselmotor von nur 5 PS bildet eine liegende Großgasmaschine von 2400 PS, die ein Stahlwerksgebläse antreiben soll und in der Internationalen Maschinenhalle von der weltbekannten Fabrik in Seraing ausgestellt ist. Diese Großgasmaschine wird indessen nur durch ein elektrisches Triebwerk in Bewegung gesetzt. Die Brüsseler Ausstellung ist sonach in der Krafterzeugung einseitig und entbehrt des neuesten und wichtigsten Fortschrittes in der Energiegewinnung aus den Abgasen der Montanindustrie. Man hätte wohl annehmen dürfen, daß Seraing seine Großgasmaschine etwa aus einer besonderen Koksofenanlage speisen und im wirklichen Betriebe vorführen werde, zumal die Gasmaschinen dieser Firma seit der Pariser Weltausstellung von 1900 durch deutsche Konstruktionen beträchtlich überholt worden sind und nun Gelegenheit geboten war, mit eigenen Neuerungen hervorzutreten. Da dies nicht geschehen ist, bleibt man einerseits auf den äußeren Eindruck angewiesen, der entschieden auf deutsche Vorbilder im Großgasmaschinenbau hinweist, andererseits aber fehlt der Ausstellung das modernste System der Energieerzeugung. Allerdings hat sich auf Anregung des Verfassers der deutsche Reichskommissar bemüht, für seine Abteilung eine Großgasmaschine nebst Koksgasgenerator zu erhalten, um die bezeichnete Lücke in der Energieerzeugung auszufüllen; es konnte sich indessen wegen der hohen Kosten keine unserer ersten deutschen Firmen entschließen, sich mit diesem wichtigsten Erzeugnis des modernen Maschinenbaues an der Ausstellung zu beteiligen. Vielleicht hat man es jetzt, nachdem gerade der in Brüssel vertretene deutsche Maschinenbau so gut abgeschnitten hat und auch Verkauferfolge erzielt, zu bedauern, daß man dem Rufe des Reichskommissars nicht gefolgt ist und finanzielle Opfer gescheut hat, die allerdings in einem derartigen wichtigen Falle durch einen Reichszuschuß hätten verringert werden sollen. Es ist doch klar, daß das Reich als Industriestaat, sobald es sich amtlich an einer großen ausländischen Ausstellung beteiligt, auch die Verpflichtung hat, für eine entsprechende Darstellung der neuesten Fortschritte der deutschen wissenschaftlichen Technik seinerseits Sorge zu tragen und nicht die Initiative und die Kosten einzelnen Firmen zu überlassen, die doch mit ihren finanziellen Opfern nicht über den Rahmen des eigentlichen geschäftlichen Interesses hinausgehen In dieser Beziehung sollte man aus der Brüsseler Ausstellung nun endlich die richtige Lehre ziehen und den Reichszuschuß auf mindestens das Dreifache der bisher üblichen Beträge erhöhen. Die Rentabilität dieser Ausgabe in bezug auf das Ansehen deutscher Technik, auf die Förderung unserer Industrie und auf die Hebung der Steuerkraft steht außer allem Zweifel.

Die Kesselanlage, die sich unmittelbar an die internationale Maschinenhalle anschließt, ist mit zehn Wasserrohrkesseln der bekannten belgischen Firma de Naeyer besetzt; jeder Kessel hat 255 qm wasserberührte Heizfläche und 7 qm Rostfläche. Vier dieser Kessel sind mit Überhitzern von 75 gm Heizfläche ausgestattet, der Dampf wird auf 325°C überhitzt, es bestehen also zwei getrennte Rohrleitungen für nassen und für überhitzten Dampf. Es verdient bemerkt zu werden, daß die Gesellschaft für Hochdruck-Rohrleitungen in Berlin die gesamte Dampfleitungsanlage für die internationale Abteilung hergestellt hat, ebenso auch diejenige für die deutsche Maschinenhalle. Greenscher Economiser von 1440 Rohren dient als Vorwärmer, sämtliche Kessel werden durch eine stehende Kleinsche Verbund-Pumpe gespeist, die bei 60 Umdrehungen in der Minute stündlich 110 cbm Wasser bei 12 at Gegendruck leistet; in Reserve stehen einige kleinere Zentrifugal-Speisepumpen. Zu dem Kesselhause gehört ein aus Eisenbetonklötzen aufgebauter mächtiger Kamin von 70 m Höhe und 3,5 m oberer Weite. Als Brennstoff dient eine halbfette Staubkohle, die selbsttätig mittels Dampfstrahles über die Rostfläche verteilt wird. Besonderes Interesse erregt die sehr gut arbeitende Anlage, Bauart Schenck, zur mechanischen Zuführung der Staubkohle und zur Abfuhr der Asche unmittelbar in die Eisenbahnwagen. Die zweckmäßige Anordnung des Kesselhauses mit großer Zugänglichkeit, der solide Einbau der Kessel und die erwähnten Hülfsanlagen bedeuten in ihrer Gesamtheit einen großen Fortschritt gegenüber den Ausstellungen der letzten Jahre, und zwar nicht nur wegen der geringen Zahl der für die Kesselbedienung erforderlichen Arbeitskräfte. sondern auch wegen des sauberen und außerordentlich einfachen Betriebes der In Belgien gibt es sicherlich nicht viele Kesselhäuser von ganzen Anlage. gleichem Eindrucke. Für eine genaue wissenschaftliche Verfolgung des Kesselbetriebes ist allerdings nur teilweise gesorgt; hier sieht man den Unterschied gegenüber der nur aus zwei Kesseln bestehenden Dampfanlage der deutschen Abteilung, bei der sämtliche Kontrollapparate für den Kessel- und Maschinenbetrieb in einem besonderen Raum untergebracht sind.

S OF

rei i

plus

(mi

ol a

For:

7 85

107

dus

ordes

cabas

n des

der der

Die beschriebene Kesselanlage mit einer stündlichen Leistung von 50000 kg Dampf versorgt nun vor allem die in der vierschiffigen, 200 m langen Maschinenhalle von acht großen, meist belgischen Firmen ausgestellten Dampfmaschinen und Dampfturbinen höherer Leistung. Die großen Kraftmaschinen dieser internationalen Halle arbeiten in Parellelschaltung auf dieselbe Schalttafel. Die ganze Installation ist nur zeitweise im vollen Betriebe, da während der Tagesstunden nur etwa 400 KW verbraucht werden, während die Höchstleistung bei der Beleuchtung in den Abendstunden fast auf das Vierfache steigt. Außerdem können in den Abendstunden mit Hülfe der in der Maschinenhalle eingerichteten Umformerstation noch weitere 400 KW aus dem Netze der Brüsseler Elektrizitätswerke entnommen werden. Die Gesamtleistung des Kraftwerkes der Internationalen Maschinenhalle stellt sich auf 3200 KW. In der Nähe des Haupteinganges der Ausstellung ist noch eine besondere Umformerstation mit 4 Sätzen eingerichtet worden, die von den Brüsseler Elektrizitätswerken gespeist wird. Dem Vernehmen nach soll diese Station auch nach Schluß der Ausstellung bestehen bleiben. Insgesamt sind auf dem Ausstellungsplatze für Beleuchtungszwecke 1200 Bogenlampen und 65000 Glühlampen installiert; dazu kommt in der deutschen Abteilung eine Beleuchtungsinstallation von 1000 KW neben einer Kraftinstallation von 1800 KW für Betriebszwecke, und in der französischen Abteilung eine Innenbeleuchtung mit einem Installationswerte von 2000 KW. Die Gesamtlänge der auf dem Ausstellungsplatze verlegten Kabel beträgt etwa 100 km. Diese Kabelanlage wurde von dem Kabelwerke Rheydt A.-G. betriebsfertig gegen Leihgebühr hergestellt; sie hat sich im Betriebe durchaus bewährt.

Es geht aus dieser Übersicht der Anlagen für die Erzeugung der Energie hervor, daß die Leitung der Ausstellung keine einheitliche und zusammenhängende Kraftanlage geschaffen, sondern durch allmähliches Hinzufügen bestehender Kraftquellen den Anforderungen des Betriebes entsprochen hat. Vom kaufmännischen Standpunkte betrachtet mag dieses Vorgehen unter den gegebenen örtlichen Verhältnissen wirtschaftlich erscheinen, in technischer Beziehung aber ist die Gesamtanlage mangelhaft und wenig übersichtlich; sie kann also nicht als so mustergiltig bezeichnet werden, wie es die Kraftzentrale einer großen Ausstellung unserer Zeit sein sollte.

In besonderen Broschüren hat die Ausstellungsleitung die von ihr erlassenen Vorschriften zusammengestellt, die sich auf das rechtliche Verhältnis zwischen ihr und den Ausstellern beziehen. Wenn alles nach dem Wortlaute gehandhabt würde, so ergäbe sich zweifellos manche Härte. Einige Bedingungen für den Bezug von Wasser, Gas, Dampf und elektrischer Energie sind von allgemeinem Interesse für künftige Ausstellungen. Das unter Atmosphärendruck stehende Wasser für Kondensationszwecke wird kostenlos geliefert. Das unter einem Drucke von 3,5 at stehende Wasser aus der städtischen Wasserleitung von Brüssel kostet dagegen 22,5 ctms./cbm; das unter sonst gleichen Verhältnissen aus der Wasserleitung von Ixelles entnommene Wasser muß indessen mit 50 ctms. bezahlt werden; die Preise sind also recht hoch. Diese Wasserentnahmen durch die Aussteller erfolgen gemäß den kommunalen Vorschriften. Das erforderliche Gas wird von der Stadt Brüssel, von der Kontinentalen Gesellschaft oder von der Stadt Ixelles je nach Lage des Ausstellungs-

gebäudes geliefert. Bei einem Minimaldrucke von 25 mm Wassersäule beträgt der Preis für die Entnahme zu Kraftzwecken 10 ctms. und für Beleuchtungszwecke 13 bis 14 ctms./cbm. Den Betriebsdampf mit einer Spannung von etwa 9 at liefert die Ausstellungsleitung zum Grundpreise von 1,5 ctms./kg. Dieser Grundpreis wird auf 1 ctme, ermäßigt, wenn der Dampfyerbrauch der ausgestellten Maschinen keinerlei gewinnbringender Gütererzeugung dient und monatlich während wenigstens 70 Stunden erfolgt. Für die Benutzung der Laufkrane von 20 bis 35 t Tragfähigkeit wird eine Gebühr von 10 Frs für jede halbe Stunde erhoben. Bei allen vorbezeichneten Bezügen ist eine Mindestgebühr vorher zu hinterlegen. Die elektrische Energie wird allgemein zum Grundpreise von 50 ctms./KW-st abgegeben. Dieser Grundpreis ermäßigt sich indessen für Betriebszwecke der Aussteller auf 30 ctms. unter denselben Bedingungen, die soeben für den Kraftgasbezug angegeben wurden. Besondere Vorschriften sind erlassen für die Installation der Generatoren. Motoren, Transformatoren, Akkumulatoren und der Schalttafeln. Im Kesselhause und in der Maschinenhalle hat der abgegebene Gleichstrom eine Spannung von 2 × 220 V, in den Industriehallen und Gartenanlagen eine Spannung von 2 × 110 V. Die Verwaltung der deutschen Abteilung liefert den mit ihren eigenen Kraftmaschinen erzeugten Strom zum Preise von 25 Pfg für die Betriebszwecke der Aussteller. Im allgemeinen also hat man sich in Brüssel im Gegensatze zu den meisten früheren Ausstellungen davon ferngehalten, den Verkauf der elektrischen Energie zu einem besonders einträglichen Geschäfte zu machen. Der Strompreis von 30 ctms. ist aber immer noch viel zu hoch; er sollte unter den heutigen Verhältnissen auf großen Ausstellungen keinesfalls mehr als 10 Pfg betragen. Nur dann wird der Zweck erreicht, daß die Aussteller ihre sämtlichen Arbeitsmaschinen und Apparate dauernd im Betriebe vorführen, wodurch nicht nur das Gesamtbild viel interessanter und anziehender wird, sondern auch das unaufhaltsame Eindringen der elektrischen Betriebskraft in alle Zweige der Industrie und des Handwerkes und damit zugleich die soziale Bedeutung der elektrischen Energie vor die Augen des großen Publikums tritt. Wenn als die Losung unserer Zeit die Beschaffung billiger Energie zu gelten hat, so sollten insbesondere die Ausstellungen größeren Stiles diesem Grundsatz in ihrem eigensten Interesse Rechnung tragen und die elektrische Energie zum Selbstkostenpreis an die Aussteller abgeben.

Ab

etn i, le-

reher-

lari-

bos

à

曲

Toles

linis

Better

e sid

hires

idet

2558f-

eide

Bis

Diese

Vor-

Koo-

Mit dem Systeme der Erzeugung und Verteilung der Energie steht auch die Frage der Anordnung der gesamten Ausstellung nach internationalen Klassen oder nach der nationalen Zusammengehörigkeit in einem gewissen Zusammenhange. Der Fortschritt der Technik hat auch auf diesem Gebiete die früheren Anschauungen einigermaßen beeinflußt. Als vor zwanzig Jahren der Dampfbetrieb noch alles beherrschte, war es schon mit Rücksicht auf die Länge der damals noch recht mangelhaften Rohrleitungen unerläßlich, Kraft- und Arbeitsmaschinen mit dem Zwischengliede der Transmissionen möglichst nahe zusammen und nicht weit vom Kesselhause zu installieren. Es galt schon als großer Fortschritt, als die Dampfleitungen unterirdisch verlegt wurden. Die gesamte Maschinengruppe wurde demgemäß international angeordnet. Im Zeitalter des elektrischen Antriebes aber ist es nur noch nötig, die größeren Kraftmaschinen in einer internationalen Kraftzentrale gemeinsam anzuordnen, während die Verteilung der Energie an die zahllosen, beliebig

angeordneten Arbeitsmaschinen und Apparate nicht die geringste Schwierigkeit bietet. Es ist also sehr wohl möglich, außer der internationalen Kraftzentrale alle übrigen Gegenstände nach dem Grundsatze nationaler Zusammengehörigkeit anzuordnen, ohne die Wirtschaftlichkeit des Betriebes der Ausstellung irgendwie zu beeinträchtigen. Der verhältnismäßig große Erfolg, den die immerhin doch lückenhafte deutsche Abteilung in Brüssel zu verzeichnen hat, ist zweifellos zum guten Teile der einheitlichen nationalen Anordnung zu verdanken. Er wurde noch verstärkt durch die pünktliche Eröffnung der deutschen Abteilung, durch rechtzeitige Ausgabe eines ausführlichen Kataloges und anderer Druckschriften sowie durch verständige Verwaltungsmaßnahmen. Wohl manchem Besucher der Brüsseler Ausstellung wird der Gedanke gekommen sein, daß die Anordnung größerer Ausstellungen nach nationalen Gesichtspunkten viel wirksamer sein würde als das System der rein sachlichen Anordnung in 28 Gruppen mit 128 Klassen. In Brüssel hat ja ohnehin die große Mehrzahl der insgesamt beteiligten 25 Nationen in eigenen Pavillons ausgestellt, allerdings fast durchweg in sehr beschränktem Maßstab und in nichts weniger als mustergültiger Weise. Wären Belgien, Frankreich, England und Italien mit ihrem umfangreichen Materiale demselben Grundsatze der nationalen Anordnung gefolgt, so würde jedes dieser Länder in gleicher Weise wie das Deutsche Reich einen entschieden einheitlicheren Eindruck seiner Ausstellung hervorgerufen haben. Es ist möglich, daß bei der letzteren Anordnung die Kosten der Baulichkeiten größer geworden wären als bei dem internationalen System, aber diesen Nachteil, wenn er so genannt werden kann, hat ja auch Deutschland gern in den Kauf genommen und obendrein noch seine eigene Kraftanlage errichtet. ist also wohl der Mühe wert, die Frage der systematischen Anordnung künftiger größerer Ausstellungen im einzelnen Fall in ernste Erwägung zu ziehen.

Von der Anordnung und dem Inhalte der deutschen Abteilung soll hier das Wichtigste gesagt werden. Es fällt dem Kenner sofort auf, daß der Reichskommissar in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden des deutschen Komitees eine sorgfältige Auswahl unter den angebotenen Ausstellungsgegenständen getroffen und die besondere Aufmerksamkeit auf die Qualität des Gebotenen gerichtet hat. Die Durchführung dieses Grundsatzes war besonders wichtig und zugleich erschwert, nachdem die Mehrheit der rheinisch-westfälischen Großindustrie aus wesentlich finanziellen Gründen die Beteiligung in Brüssel abgelehnt hatte. Unnötigen bunten Schmuck und jede aufdringliche Dekoration hat man in richtiger Einsicht vermieden, wie übrigens auch in den internationalen Abteilungen die einheitliche, ernste und gediegene Dekorierung der Gruppen dem bunten Flaggengewimmel vorgezogen worden ist. Dadurch ist der sonst so marktartige Eindruck großer Ausstellungen entschieden gemildert worden. Er würde kaum noch hervorgetreten sein, wenn man in der belgischen und italienischen Gruppe sowie in einigen exotischen Pavillons keinerlei Verkaufstände mit Marktwaren zugelassen hätte.

Die Grundfläche der deutschen Abteilung beträgt etwa 30000 qm. Eine derartige Angabe kann indessen selbstverständlich nicht ohne weiteres als Maßstab für den Wert des Dargebotenen angesehen werden. Von dieser Fläche entfallen auf das Kesselhaus und die Nebenanlagen 750 qm, auf die Hauptmaschinenhalle 5700 qm, auf die Kraftmaschinenhalle 260 qm, auf die Halle für landwirtschaftliche Maschinen 1800 qm, auf

vierie.

amme.

er has

hace by

g III to

deutsch

ed ander

Vold m

100 10

bank

mei)

出社

s feet in

fer la

en Nais

Table is

estable

gile

diely

a Kidi

nichte.

ng lith

zida

sid :

is ista

deput

经验

u bank

डेट्रेमर्डा

etality.

addigo

200 12

Dekreen

St. Date

四21章

a Prila

30000 ₽

DE ROOM

erden. Vis

750 E

qu, &

die Halle für allgemeine Industrie 6500 qm, auf die in eigenartiger Holzkonstruktion ausgeführten Eisenbahnhalle 2800 qm, auf die Ingenieurwesen 1800 qm usw. Das Hauptgewicht der deutschen Ausstellung liegt also im Maschinenwesen, für das sich die technische Abteilung des Reichskommissariates mit Erfolg eingesetzt hat. Das Kesselhaus enthält nur zwei Betriebskessel, und zwar einen Doppelkessel von 500 am und einen Wasserrohrkessel von 300 qm Heizfläche. Zur Reinigung des Speisewassers dient ein großer Apparat der Firma Reisert, unter den Speisepumpen befinden sich auch Zentrifugalpumpen mit elektrischem Antrieb. Es ist selbstverständlich, daß es sich nicht lohnte, für das kleine Kesselhaus mechanische Einrichtungen aller Art aufzustellen. Die größte Leistung der in der Kraftmaschinenhalle installierten Maschinen wird mit insgesamt 23000 PS angegeben; dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die große Dampfturbine von 10000 PS nur für den Leerlauf installiert ist und eine Anzahl anderer Kraftmaschinen nur zeitweise und mit stark wechselnder Belastung arbeitet. In der Halle der landwirtschaftlichen Maschinen sind 7 kleinere Lokomobilen mit einer Gesamtleistung von 425 PS aufgestellt, während die beiden in der Kraftmaschinenhalle zur Stromerzeugung verwendeten großen Lokomobilen von Lanz und Wolf Leistungen von 1350 und 700 PS aufweisen. In der Verkehrshalle finden wir im ganzen 14 Lokomotiven für die verschiedensten Betriebszwecke; ihre Gesamtleistung wird auf 23500 PS angegeben. Bemerkenswert sind namentlich die Heißdampf-Güterzug-Lokomotive mit Gleichstrom-Ventilsteuerung, Bauart Stumpf, und die Schnellzug-Verbund-Lokomotive mit Ventilsteuerung nach Bauart Lentz.

Ohne jedes Vorurteil kann festgestellt werden, daß der Inhalt der deutschen Verkehrshalle mit seiner Beschränkung auf die neuesten Maschinentypen den Wettbewerb mit der unnötigen Fülle der internationalen Verkehrsgruppe nach jeder Richtung hin glänzend besteht. Auch die allgemeine Maschinenhalle der deutschen Abteilung ist gut besetzt und erregt namentlich durch die elektrischen Krane Aufsehen. Der Betrieb der Werkzeugmaschinen, der Textilmaschinen, der Druckereimaschinen usw. erfolgt ausschließlich durch Wenn in der Kraftmaschinenhalle zwei große, in ihrer elektrische Motoren. Konstruktion und Ausführung übrigens ganz vorzügliche Lokomobilen zur Stromerzeugung herangezogen worden sind, so ist dies wohl nur aus praktischen und wirtschaftlicher Erwägungen für den vorliegenden Fall gesehen, ohne daß man damit eine Musteranlage beabsichtigte. Bemerkenswert ist noch in der Kraftmaschinenhalle eine Kontrollstation mit allen Einrichtungen und Apparaten für die fortlaufende Kontrolle des Betriebes. Sodann sei auf den zur Kondensationsanlage gehörigen Kühlturm für eine stündliche Leistung von 500 cbm Wasser verwiesen.

Wenn man berücksichtigt, daß aus dem viel zu geringen Reichszuschuß von 1 Million M die sämtlichen Baulichkeiten der deutschen Abteilung erstellt, die Eisenbauten auf Leihvertrag beschafft werden mußten, daß die Abteilungen für Raumkunst, Kunstgewerbe, Optik und Mechanik, Unterrichtsausstellungen usw. entsprechend auszustatten waren, daß das Deutsche Haus beträchtliche Kosten erfordert hat, so liegt klar zutage, daß die Maschinenabteilung mit einem sehr niedrigen Haushalte zu wirtschaften hatte. Die erzielte Gesamtleistung ist also um so höher anzuschlagen.

Trotzdem ist die Forderung eines bedeutend erhöhten Reichszuschusses für die amtliche Beteiligung des Reiches an künftigen Ausstellungen nach den in Brüssel gemachten Erfahrungen mit um so größerem Nachdrucke zu erheben. Es kommt nicht so sehr auf die äußere Repräsentation als auf eine verständige Entlastung der Aussteller von allen nicht ihren unmittelbaren geschäftlichen Interessen dienenden Ausgaben an. Deshalb müssen auch beizeiten und mit Gründlichkeit die gesamten Verhältnisse eines zu beschickenden Ausstellungsunternehmens studiert und den Interessenten bekannt gegeben werden, damit die Aussteller sich eine genaue Rechnung über die aufzuwendenden Unkosten aufstellen können. Bisher ist es namentlich bei ausländischen Ausstellungen immer so gewesen, daß die Aussteller mit ihrem Voranschlage bei weitem nicht auskamen und nun mangels unmittelbarer geschäftlicher Erfolge unzufrieden wurden. Einer der vielen Gründe für die angebliche Ausstellungsmüdigkeit ist in diesen Verhältnissen zu suchen. Auf diesem Gebiete liegt noch eine wichtige Aufgabe der Ständigen Ausstellungskommission für die deutsche Industrie.

Die Anstrengungen, die Frankreich und England für Brüssel gemacht haben und für Turin fortsetzen, sollten auch unsere maßgebenden Kreise zu neuen Erwägungen und Taten anspornen. Frankreich wendet für Brüssel und Turin anschlaggemäß zwei Millionen Frs an staatlichem Zuschuß auf. Der Betrag wird wahrscheinlich überschritten werden, während England für Brüssel allein einen Staatszuschuß von 800000 M bestimmt hat. Beide Länder hatten außer der französischen Kolonialabteilung keine besonderen Gebäude zu errichten: der Staatszuschuß kommt also zum weitaus größten Teile den Ausstellern zugute, zumal die allgemeine Dekoration verständiger Weise in gediegenen, aber keineswegs luxuriösen Formen gehalten worden ist. In der Internationalen Maschinenhalle ist England mit 96 größtenteils hervorragenden Firmen vertreten, ein bedeutsamer und sehr bemerkenswerter Fortschritt gegenüber der bislang üblichen Beteiligung Englands an internationalen Ausstellungen. Die Umkehr Englands in der gesamten Auffassung des Ausstellungswesens ist für die dauernde Notwendigkeit der Veranstaltung größerer Ausstellungen ein schlagender Beweis. Die neu errichtete Abteilung des Board of Trade für Ausstellungswesen tritt in Brüssel zum ersten Male vor die Öffentlichkeit. Man kann ihr das Zeugnis nicht verweigern, daß sie schon jetzt mit verhältnismäßig großem Erfolge gearbeitet hat und auf dem betretenen Wege sicher auch weitere Ergebnisse erzielen wird. Nicht nur gute Plätze und reichlichen Raum hat man den englischen Ausstellern gesichert, sondern ihnen vor allem ungewöhnliche Erleichterung gewährt in bezug auf die Verfrachtung der Ausstellungsgüter, auf die Beschaffung und die Anordnung der Schaukästen, auf die Abgaben für Betriebskraft und elektrisches Licht und auf die Installation der im Betriebe vorzuführenden Maschinen und Apparate. Besonderen Wert legt die englische Ausstellungskommission ferner auf die Förderung des geschäftlichen Verkehres zwischen den Käufern und den Ausstellern sowie deren Agenten; Kataloge in englischer und französischer Sprache sind vorhanden, auch stehen Dolmetscher zur Verfügung der Interessenten. Die künstlerische Ausstattung des Ganzen ist zwar einfach, aber im allgemeinen doch gediegen. Man erkennt überall das Bestreben, den Ausstellern bei der würdigen und ins Auge fallenden Anordnung ihrer Gruppen zu helfen und einen harmonischen und vornehmen

Eindruck des Gesamtbildes hervorzurufen. Auf Sammelausstellungen, wo sie angebracht sind, wird ebenfalls Gewicht gelegt.

Man geht in England im Gegensatze zu der bisherigen Zurückhaltung jetzt kräftig daran, auf den größeren Ausstellungen die englische Industrie als eine einheitliche Weltmacht vorzuführen, die sich von den Mitbewerbern auf dem Weltmarkte nicht aus dem Felde schlagen lassen will. Aber auch der erzieherische Wert großer Ausstellungen und die Möglichkeit der Annäherung der Nationen, die durch die Ausstellungen geboten wird, finden die besondere Würdigung der englischen Kommission. Es unterliegt keinem Zweifel, daß unter dieser Anleitung und bei der sicheren Aussicht auf sehr hohe staatliche Zuschüsse die englischen Industriellen bereit sein werden, künftighin in noch viel größerer Zahl als in Brüssel auszustellen, und daß auch die bislang noch zögernden Gruppen von Industriellen sich anschließen werden.

Was die Tätigkeit der französischen Ausstellungskommission angeht, so braucht nur auf die prächtige Anordnung der Erzeugnisse der Konfektionsindustrie hingewiesen zu werden, die mit Hülfe der elektrischen Beleuchtung einen im höchsten Grad anziehenden Eindruck macht.

h

di

b

Die deutsche Industrie hat also diesen gewaltigen Anstrengungen gegenüber alle Veranlassung, nicht nachzulassen und ihre Erfahrungen im Ausstellungswesen nach jeder Richtung hin zu verwerten. Diese Aufgabe kann sie aber nur lösen bei einer reichlich bemessenen finanziellen Mitwirkung des Die öffentliche Meinung muß unsere Regierung und den Reichstag immer wieder darauf hinweisen, daß der Industriestaat in seinem eigensten Interesse die Verpflichtung zu erfüllen hat, einerseits für eine einheitliche und eindrucksvolle Darstellung des Fortschrittes der technischen Wissenschaften Sorge zu tragen und andererseits zur Hebung der gesamten industriellen Tätigkeit den Ausstellern die entlastende Hand zu bieten. Die bisherige Knauserei ist des großen Industriestaates und der so gern betonten Weltmacht unwürdig. Wenn man für die nächstjährige Beteiligung der deutschen Industrie an der Ausstellung in Turin dem Vernehmen nach einen Reichszuschuß von 100 000 M in Aussicht genommen hat, so kann dieses Vorgehen nur als überaus kläglich und dem Ansehen des Reiches schädlich bezeichnet werden, Weiß man denn im Bundesrat und im Reichstage nicht, daß unsere ganze Steuerkraft auf dem Gedeihen der Industrie beruht und daß eine mangels genügender Geldmittel unzureichende Beteiligung in Turin das Gedeihen der Industrie stark beeinträchtigen müßte? Sollen wir dem zielbewußten Vorgehen Englands und Frankreichs gegenüber untätig zurückstehen? Man hätte darüber streiten können, ob es notwendig war, unmittelbar nach Brüssel sich schon wieder in Turin und zugleich auch an der Ausstellung in Rom zu beteiligen. Nachdem aber diese amtliche Beteiligung des Reiches einmal ausgesprochen ist, kann man dort nicht mit der Portokasse des Reiches auftreten wollen. Der Reichszuschuß muß deshalb auf mindestens 11/2 bis 2 Millionen M festgesetzt werden. Das ist eine unabweisbare nationale Forderung. Sie kann mit um so leichterem Herzen bewilligt werden, als man weiß, daß in Turin der auf der Tätigkeit der Ständigen Ausstellungskommission beruhende unmittelbare Einfluß der Industrie auf die Gestaltung der deutschen Abteilung noch wesentlich stärker sein wird als in Brüssel. Man hat nämlich für Turin von der Ernennung eines besonderen Reichskommissars Abstand genommen und die Leitung der deutschen Abteilung dem dortigen Generalkonsul in Verbindung mit dem deutschen Komitee überlassen. Ohne der Verwaltungstätigkeit und dem Bemühen der bisherigen Reichskommissare irgendwie zu nahe treten zu wollen, kann man vom Standpunkte der Industrie und der Technik diesen Beginn einer neuen Ordnung der Dinge nur begrüßen. Künftige Reichskommissare müssen aus den Kreisen der wirtschaftlich gebildeten Ingenieure berufen werden. Leuten dieser Art kann man auch die formalen Verwaltungsarbeiten und das Rechnungswesen ebenso gut anvertrauen wie den Verwaltungsbeamten. Da die im Interesse der Industrie auf den Ausstellungen zu leistende Arbeit ganz vorzugsweise auf technischem und wirtschaftlichem Gebiete liegt, so besteht kein Zweifel darüber, daß der wirtschaftlich gebildete Ingenieur an die leitende Stelle gesetzt werden muß. Aus denselben Gründen ist es erforderlich, daß die Ständige Ausstellungskommission mit technisch-wirtschaftlicher Intelligenz durchsetzt wird. Bei einer derartigen Organisation wird die Kommission die weitestgehenden Anforderungen zu erfüllen imstande sein und das Reich auch im Ausstellungswesen an die Spitze aller Nationen bringen. Wir müssen dahin kommen, daß die in nicht zu kurzen Zwischenräumen sich folgenden internationalen Ausstellungen zugleich auch Marksteine der Technik werden, indem man auf den Ausstellungen eine technische Prüfungsanstalt mit allen entsprechenden Hülfsmitteln einrichtet, um auf diese Weise den technischen Fortschritt aller Welt vor Augen zu führen. In dieser Beziehung hat Brüssel ebensowenig etwas aufzuweisen wie alle früheren Ausstellungen. Das technische Element muß also bei künftigen Gelegenheiten mehr zur Geltung kommen.

An dem Beispiele der deutschen Abteilung in Brüssel ist zu erkennen, daß die nationale Absonderung auf einer größeren Ausstellung trotz mehrfacher Bedenken unleugbare Vorteile bietet. Um nun diesen Gedanken nicht gleich auf eine allgemeine internationale Ausstellung anzuwenden, wäre er vielleicht im engeren Rahmen zu verwirklichen. Ließe sich nicht vielleicht 1913 eine deutsch-französische Ausstellung in Berlin veranstalten oder, wenn man nicht so weit gehen wollte, mindestens eine deutschfranzösische Ausfuhr- und Kolonialausstellung? Die bestehenden Komitees, die sich die Aufgabe stellen, die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden großen Nachbarländer zu pflegen, insbesondere aber die beiderseitigen ständigen Ausstellungskommissionen könnten einen derartigen Gedanken sehr wohl in Erwägung ziehen und gegebenen Falles zu seiner Durchführung wesentlich beitragen. Wenn es sich bei einer größeren Ausstellung nur um die Beteiligung zweier Nationen handelt, so darf mit Sicherheit erwartet werden, daß von beiden Seiten nur Vorzügliches geboten wird und daß alle Bedingungen für das gründliche Verständnis der beiderseitigen industriellen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorhanden sein werden. Das Jahr 1913 würde auch nicht zu kurz gewählt sein, da der heutige Stand der Bauund Ingenieurtechnik, wie ja auch das Beispiel von Brüssel lehrt, eine viel raschere Fertigstellung größerer Ausstellungsanlagen ermöglicht als früher. Was in Brüssel bei der Eröffnung der Ausstellung nicht fertig war, betraf nur zum kleinen Teile die wichtigen Bauten und technischen Anlagen, beruhte dagegen in der Hauptsache auf der Lässigkeit solcher Aussteller, die recht wohl hätten fertig sein können, wenn sie nicht die leidige Vorstellung hätten, daß man mit der rechtzeitigen Fertigstellung von Ausstellungen ohnehin nicht rechnen könne.

Auf Anregung des Verfassers hat das Reichskommissariat es übernommen, während der Dauer der Brüsseler Ausstellung eine Reihe von technischen Ausflügen durch die belgische Industrie zu veranstalten, und zwar insbesondere für deutsche Industrielle, für Werkmeister und Arbeiter sowie für Hörer technischer Lehranstalten. Mit Ausflügen dieser Art wird die beste Ergänzung des auf der Ausstellung Gebotenen erreicht, es sollte also diese seltene Gelegenheit, in die alte und hochentwickelte belgische Montanindustrie, in die Glasindustrie, in den weitverzweigten Maschinenbau und andere wichtige Zweige einen Einblick an Ort und Stelle zu tun, eifrig ergriffen werden. Ein Vergleich der sozialen Einrichtungen in Deutschland und Belgien kann hierbei durch eigene Anschauung herbeigeführt werden. Wer offenen Auges und ohne Vorurteil die Dinge betrachtet, wird finden, daß nicht die lange Arbeitzeit, nicht niedrige Löhne und unzureichende soziale Fürsorge das Gedeihen der Industrie ausmachen, sondern daß wir in Deutschland trotz einer wesentlichen Belastung durch sozialpolitische Einrichtungen in der Fortführung einer gesunden Sozialpolitik das Heil zu erblicken haben. Je mehr wir in der Qualität unserer Gütererzeugung fortschreiten, umsomehr macht sich die Notwendigkeit einer qualitativen Erziehung des Arbeiterstandes geltend. Dieses letztere aber setzt ausreichende Lebensbedingungen und eine gesicherte wirtschaftliche Lage voraus, ohne die auch der soziale Einfluß der modernen Technik nicht zur vollen Wirkung kommen kann.

MONATLICHE GEWINN- UND VERLUSTABRECHNUNGEN IN MASCHINENFABRIKEN.

Von Kgl. Baurat Dr.: 3ng. E. BLUM, Berlin-Wilmersdorf.

Die Ermittlung der Selbstkosten im Maschinenbau beruht auf folgenden Grundlagen:

- Zusammenstellung des Verbrauches an Baustoffwerten abzüglich des Erlöses für den Abfall und zuzüglich verlegter Frachten für die Heranschaffung der Bauwerte,
- 2) Zusammenstellung der auf die Arbeit geleisteten Löhne,
- 3) Zuschlag für Modellunkosten,

Ų1

to.

bob

ode

zidi

aks

idi

dis

115

dd

100

ide

庙

100

de

- Zusammenstellung der bei den Aufstellungsarbeiten aufgewendeten Löhne, Kosten für Rüstungen, Reisen der Richtmeister und Auslagen für die Überwachungstätigkeit,
- 5) Zuschläge für die mit der Herstellung und der Aufstellung verbundenen Fabrikations- und Werkzeugunkosten, sowie der mit dem Vertrieb und der Abrechnung verbundenen Handlungsunkosten.

Unter 1) fallen auch die zur Ergänzung der betreffenden Arbeit oder Anlage bezogenen Waren, Maschinen und Maschinenteile.

Die Zuschläge auf 5) werden auf die Arbeitslöhne aufgelegt. Die Höhe dieser Zuschläge wird alljährlich aus den Ermittlungen, die sich aus der Abrechnung des abgelaufenen Geschäftsjahres ergeben, festgelegt. Die so fest-

gestellten Zuschläge werden bei der Ermittlung der Selbstkosten den Löhnen, die auf die betreffende Arbeit geleistet sind, zugerechnet. Ebenso wird auch bei der Abrechnung der abgelieferten Arbeit dieser Zuschlag in die Berechnung der Selbstkosten eingeführt. Hierdurch ist man in der Lage, die erzielten Gewinne an den einzelnen Arbeiten laufend zu ermitteln und Monatsrechnungen aufzustellen, aus denen sich ein Bild der wirtschaftlichen Arbeit des Unternehmens ergibt. Selbstverständlich wird das so ermittelte Ergebnis sich ändern, je nachdem ein größerer oder geringerer Umsatz des Unternehmens eine Verminderung oder Vermehrung der Zuschläge zu den Löhnen erfordert. Bei steigendem Umsatze wird sich das Jahresergebnis besser stellen, als aus der monatlichen Zusammenstellung hervorgeht. Bei Verminderung des Umsatzes wird man die monatlichen Ergebnisse auf Grund der durch den Minderumsatz weniger ausgegebenen Löhne und daher weniger gedeckten Generalunkosten verringern müssen. Die Monatsabrechnungen werden unter Berücksichtigung dieses Verhältnisses annähernd genau die Verdienst- oder Verlustzahlen ergeben. Hierbei müssen auf die sich aus den Büchern ergebenden Werte für angefangene Arbeiten ebenfalls diejenigen Zuschläge gemacht werden, welche auf die für diese Arbeiten ausgegebenen Löhne entfallen. Nun kommt es aber im Maschinenbau leider nicht selten vor (und gerade die jetzige wirtschaftliche Lage hat solche Vorkommnisse aufzuweisen), daß Arbeit hereingeholt wird, mit welcher die Generalunkosten nur teilweise gedeckt werden. Der Fortbetrieb der Fabriken erfordert vielfach solche Maßnahmen, da der durch teilweisen Verzicht auf Erstattung von Generalunkosten hervorgerufene Nachteil kleiner ist als der, welcher durch Stillstand eines Teiles der Fabrik bedingt wird. Es müßte daher, um ein richtiges Bild von dem erzielten Gewinn oder Verluste zu schaffen, bei jeder einzelnen angefangenen und nicht abgerechneten Arbeit in den Monatsabrechnungen eine Nachprüfung stattfinden, inwieweit die Zuschläge auf die Arbeiten bei der Monatsabrechnung einer Anderung bedürfen. Nur so wird ein richtiges Bild der Gesamtlage gegeben werden können.

Um wieviel einfacher gestaltet sich dagegen die Zusammenstellung, wenn man sich entschließt, die angefangenen Arbeiten in der Bestandaufnahme ohne jeden Zuschlag aufzuführen. Ist das erst einmal eingeführt, so hat man damit die Art der monatlichen Gewinn- und Verlustaufstellung so vereinfacht, daß die Ermittlung des Ergebnisses außerordentlich wenig Arbeit erfordert. Es ist hierbei wohl zu unterscheiden, daß die oben beschriebene Art der nachträglichen Gewinnabrechnung ebenso wie die Vorermittlung der Selbstkosten nach wie vor erforderlich ist, um festzulegen, wie die einzelnen Verkaufpreise zu stellen sind oder welcher Gewinn an den einzelnen Arbeiten erzielt ist. Ohne eine solche laufende Vor- und Nachermittlung der Selbstkosten für die einzelnen Arbeitsklassen und Arbeiten wird keine Maschinenfabrik dauernd günstig arbeiten können. Nur die ständige Nachprüfung des auf den einzelnen Arbeiten ruhenden Verbrauches an Baustoffen, Löhnen und Unkosten wird dem nachprüfenden Fabrikanten zeigen, wo er den Hebel anzusetzen hat, um im Wettbewerbe nicht zurückzustehen. Neben dieser laufenden Selbstkostenberechnung wird es aber für Erreichung einer ständigen Übersicht zweckmäßig sein, Monatsaufstellungen vorzunehmen, bei welchen nur die in dem betreffenden Monat abgelieferten Arbeiten abgerechnet werden. Sofern bei

hnen

l aud

chain

Tide

inwest.

s live

han T

traine.

tiple.

3,80

de la

to Vinio

to Clerk

to Bois

to Vote

alta le

きを対

ritei les

dit web

no. u t

Wiggin

Tells it

en uni ti

g statistic

deng is

age gepts

श्रीकर, हर

frohm: dit

at man day

eiglacht, di

ert der mo

Selsdate

Verkating

1 6778 5

stroster t

brik denen.

den einzelen

kosten TI

zisetzen 🖢

nden Sebe

rsicht zwei

Sofem be

der letzten Jahresaufnahme die Zuschläge auf angefangene Arbeiten in Wegfall gekommen sind und man darauf verzichtet, auch bei weiteren Aufnahmen solche Zuschläge zu machen, sofern man also alle angefangenen Arbeiten ein für alle Mal nur zu den Barauslagen für Baustoffe, Löhne, Frachten usw. aufnimmt, kann man bei den Monatsabrechnungen die angefangenen Arbeiten vollständig vernachlässigen.

Man erhält dann lediglich durch einfache Abrechnung der in dem Monat abgelieferten und berechneten Arbeiten ein getreues Bild des erzielten Ergebnisses. Natürlich muß man sich dazu entschlossen haben, ein für alle Mal in der Jahresaufstellung an sich berechtigte Zuschläge auf angefangene Arbeiten wegzulassen. Das ergibt allerdings bei dem ersten Mal ein vermindertes Jahresergebnis, aber in den nächsten Jahren gleicht sich das aus. Will man den Schnitt nicht mit einem Male machen, so soll man versuchen, die Zuschläge von Jahr zu Jahr so allmählich zu verringern, daß man in einigen Jahren zum Wegfalle der Zuschläge gelangt. Ist dieser Beharrungszustand aber erst einmal herbeigeführt, so ist es ein Leichtes, sich in einfachster Weise durch Abrechnung des im Monat Gelieferten Rechenschaft über das erzielte Ergebnis abzulegen.

Die Abrechnung erfolgt auf nachstehender Grundlage:

Für jede in dem betreffenden Monat berechnete Arbeit wird festgestellt, welcher Verbrauch an Löhnen, Baustoffen und Frachten auf ihr ruht, Dieser Verbrauch wird von dem erzielten Rechnungsbetrag abgezogen, und es wird so für jeden einzelnen Posten festgestellt, welcher Gesamtverdienst an ihm geblieben ist. Wohl verstanden handelt es sich hier um den Rohverdienst, von dem dann die Unkosten in später zu erörternder Weise abzusetzen sind. Beträgt z. B. die Rechnung für eine abgelieferte Maschine 15000 M, während die auf die Arbeit verwendeten Löhne, Baustoffe usw. 10000 M Kosten erforderten, so ergibt sich für die betreffende Spalte der einzusetzende Gesamtverdienst von 5000 M. Die auf diese Weise für die einzelnen abgerechneten Arbeiten ermittelten Verdienste oder Verluste werden zusammengestellt. Aus der Zusammenstellung für alle in dem betreffenden Monat abgerechneten Arbeiten ergibt sich das Gesamtgewinnergebnis. hieraus das reine Gewinnergebnis zu ermitteln, bedarf es der Einführung der für den Monat geleisteten und aus den Büchern sich ergebenden Ausgaben an Handlungsunkosten, Betriebsunkosten, der anteiligen Abschreibungen und einer Reihe sonstiger Posten, welche im nachstehenden genauer zusammengestellt werden. Zieht man die Summe dieser monatlich sich ergebenden Gegenposten von dem vorher ermittelten Gesamtgewinn ab, so erhält man einwandfrei das genaue Gewinn- oder Verlustergebnis des Mo-Bei richtiger Abrechnung wird man Zahlen erhalten, die in ihrer Zusammenstellung für das ganze Jahr sich nur wenig von denen entfernen, die sich aus der Aufnahme der Bestände und dem Abschluß der Bücher am Ende des Jahres ergeben. Die Monatsabrechnung in der vorstehend angeführten Weise wird daher jeden Fabrikanten befähigen, laufend festzustellen, wie er gearbeitet hat. Selbstverständlich wird sich mit wechselndem Monatsumsatz das Bild verschieben. Kommen in einem Monat verhältnismäßig wenige Arbeiten zur Abrechnung und bleibt für die nächsten Monate ein größerer Bestand an Arbeit zu übertragen, so können leicht

3*

Monate mit Verlust zur Abrechnung gelangen. Indes gleicht sich das im Laufe des Jahres vollständig aus, sodaß Monaten mit Verlusten immer solche mit größerem Gewinnergebnis gegenüberstehen werden.

Diejenigen Posten, die für die Abschreibungen und Unkosten dem Gewinnergebnis des Monats gegenüberzustellen sind, bestehen erstens aus ständigen Unkosten, die fortlaufend annähernd dieselben bleiben und daher in ihrer Gesamtheit, wenn sie durch 12 geteilt werden, auf den einzelnen Monat laufend abgeschrieben werden können. Hierher gehören die Abschreibungen auf Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Werkzeuge, Geräte, Mobilien, Gleisanschlüsse usw. Da die Bestände der einzelnen Konten und die Abschreibungssätze bekannt sein müssen, so ist es ein Leichtes, am Anfange des Jahres festzustellen, wieviel für das laufende Jahr abgeschrieben werden muß. Der Betrag wird durch 12 geteilt, und der geteilte Betrag wird auf die einzelnen Monate überschrieben. Wenn man auch auf die Neuanschaffungen abschreibt, wie dies vielfach geschieht, so muß man in jedem einzelnen Monat herausziehen, wieviel die Neuanschaffungen betragen, und dann den betreffenden Abschreibungsbetrag ebenfalls auf die 12 Monate verteilen.

Zu den ständigen Unkosten gehören ferner der Verbrauch an Feuerung, an Wasser, an Gas, die Kosten für die Unterhaltung des Fuhrwesens und solche Kosten, die laufend in gleichem Maße wiederkehren, z. B. der Zuschuß zum Beamtenkasino, der Zuschuß zum Pensionsfond, die Kosten für die verschiedenen Versicherungen (Berufsgenossenschaft, Haftpflichtgesellschaft, Feuerversicherungsgesellschaft, Versicherung gegen Einbruchsdiebstahl, die Kosten für Kranken- und Invalidenkassen). Weiterhin kommen die Steuern, der Zinsenaufwand, die Gebühren für Telephon und alle diejenigen Beträge in Betracht, welche laufend annähernd dieselben bleiben. Außer diesen laufenden ständigen Unkosten sind diejenigen Unkosten abzusetzen, welche sich ohne weiteres aus den Büchern für den betreffenden Monat, für den die Abrechnung erfolgt, zusammenfassen lassen. Hierher gehören die Gehälter für kaufmännische und technische Beamte und Meister, die Reiseauslagen, die Instandsetzungen an Gebäuden, an Wasser- und Gasleitungen, an Maschinen, an Werkzeug und Geräten und an Mobilien. Selbstverständlich müssen derartige Instandsetzungen, soweit sie in der eigenen Werkstätte gemacht werden, monatlich abgerechnet werden. Weiterhin ist der Verbrauch an Modellen monatlich abzusetzen, wenn man diese, wie es vielfach der Fall zu sein pflegt, als Unkosten behandelt, ebenso die Instandsetzung an den Modellen; ferner der Verbrauch an Öl, Riemen, Putzlappen usw., die Kosten für Verpackung, soweit sie nicht auf Kommission berechnet werden, weiter die Kosten für verdorbene Arbeit, die Abzüge, welche an Zahlungen gemacht werden. Verluste, die man im Laufe des Monats erlitten hat, überhaupt alles dasjenige, was sich aus den monatlichen Buchungen als Unkosten ergibt. Hierin gehören auch die Kosten des Fuhrbetriebes, Kosten des Laboratoriums, Kosten für Papier, Porto, Lichtpauserei, Drucksachen usw.

Wenn auch die vorhergehende Aufzählung ziemlich langgedehnt ist, so macht sich doch die Abrechnung, wenn man erst einmal den Gegenstand beherrscht, außerordentlich einfach. Man weiß genau, welche Ausgaben für Unkosten und welchen Verbrauch an Werkzeugen, Umstellung von Maschinen

usw. man in jedem Monat abzurechnen hat. Man hat selbstverständlich zu den Unkosten auch die Ausgaben für Portier, Nachtwächter, Maschinisten, Aufsichtsbeamte usw. zu rechnen, ebenso den Verbrauch an Löhnen für Mannschaften, die nicht unmittelbar auf Kommission arbeiten, also beispielsweise Hofarbeiter.

Es stellt sich demnach zusammengefaßt die Abrechnung wie folgt:

Auf der einen Seite stehen die aus den einzelnen Lieferungen erzielten Gewinne, auf der anderen Seite stehen die Abschreibungen, die Beiträge für Invalidenkasse, Krankenkasse, Unfall usw., die Agentenprovision, die Abzüge und Verluste, der Betrag an Steuern und Zinsen, der Aufwand für Fuhrbetriebe, die laufenden Unkosten, die Gehälter für Beamte und Meister, die Betriebsunkosten und die Handlungsunkosten. Wenn danach in dem betreffenden Monat beispielsweise eine Million Mark abgeliefert ist, und es sind daran 300000 M Erträgnis erzielt worden, so ist von diesen 300000 M der Betrag für die oben angeführten Unkosten abzusetzen. Beträgt dieser beispielsweise 200000 M, so ergibt sich für den betreffenden Monat ein tatsächlich erzielter Gewinn von 100000 M.

Mit solchen laufenden Zusammenstellungen wird man stets rechtzeitig erkennen können, wie man in den betreffenden Monaten gearbeitet hat; man wird aber auch, wenn man annähernd weiß, was man in den noch ausstehenden Monaten umsetzen wird, und wenn man annähernd denjenigen Prozentsatz kennt, der mit den Arbeiten gedeckt zu werden pflegt, wenn man ferner die laufenden Unkosten annähernd kennt, sich stets schätzungsweise ein Bild von dem Ergebnis der noch ausstehenden Monate machen können. Es ist für den Fabrikanten hiermit die Handhabe gegeben, laufend das Ergebnis des Jahres rechtzeitig zu übersehen und zu schätzen. Selbstverständlich sind von den so monatlich ermittelten Ergebnissen diejenigen Beträge abzusetzen, welche sich aus den Abwicklungen der einzelnen Geschäfte ergeben. So z. B. kann eine Arbeit abgeliefert und abgerechnet sein; trotzdem wird man aus der Haftung für die gelieferte Arbeit nachher noch in Anspruch genommen werden. Man wird unter Umständen Änderungen machen müssen, die Geld kosten und die nicht bezahlt werden. Wenn solche Fälle eintreten, so muß der betreffende Betrag von dem bereits abgerechneten Betrag abgezogen werden. Alle Nacharbeiten müßen daher monatlich abgerechnet werden, ebenso alle Unkosten für Versuche und sonstige Ausgaben, die das Ergebnis belasten können. Man kann das so gewissenhaft machen, daß das durch die monatlichen Zusammenstellungen festgestellte Ergebnis von dem am Jahresschluß durch die Aufnahme erzielten Ergebnis kaum oder unbeträchtlich abweicht. Ich wiederhole, daß diese Art der monatlichen Gewinnaufstellung, bei der die angefangenen Arbeiten vernachlässigt werden, nicht die regelmäßige Ermittlung der Selbstkosten unter Anrechnung der Zuschläge entbehrlich Die in obigem Sinne durchgeführte Art der Abrechnung bezweckt, eine Übersicht über die Art des Arbeitens im laufenden Jahre zu schaffen, während die regelmäßige Ermittlung der Selbstkosten unter Anrechnung der Zuschläge ein Bild dafür schaffen muß, zu welchem Preise die einzelnen Arbeiten hergestellt und verkauft werden können.

Bb

ės.

di

da

包

欱

ici

萬

DER KURSSTAND DER DEUTSCHEN REICHS- UND STAATSANLEIHEN.

Von OTTO SEIPP, Darmstadt.

Die Klagen über den ungünstigen Kursstand unserer deutschen Anleihen — ungünstig im Vergleiche zu den Anleihen anderer Kulturstaaten, ja ungünstig sogar im Vergleiche zu anderen deutschen fest verzinslichen Obligationen (u. a. Pfandbriefen) — sind alt. Daß sie nicht verstummen, sondern im Gegenteile gerade in letzter Zeit wieder recht eindringlich ertönen, beweist, daß es bis jetzt nicht gelungen ist, an diesem unerfreulichen Zustand etwas zu ändern.

Vor einigen Jahren beseitigte man für die Reichs- und Staatsanleihen den Umsatz- (Schlußnoten-)Stempel, der 20 Pfg für 1000 M betrug und von den Geschäften in anderen Schuldverschreibungen jetzt noch erhoben wird. Man schuf mit dieser Vergünstigung für die Abschlüsse in den Staatsfonds eine Erleichterung und erhoffte davon eine günstige Wirkung auf den Kurs. Des weiteren ging man dazu über, Einträge in das Staatsschuldbuch nach Möglichkeit zu fördern, dadurch, daß man bei Neu-Emissionen denjenigen Zeichnern, die sich von vornherein verpflichteten, die gezeichneten Beträge in das Schuldbuch eintragen zu lassen, einen Vorzugskurs (etwa 20 bis 25 Pfg unter dem für effektive Stücke bestimmten Kurs) einräumte. Die Gebühren wurden gleichzeitig wiederholt herabgesetzt und sind heute nur noch ganz gering. Neuerdings suchen einzelne Staaten die Benutzung des Schuldbuches weiter zu erleichtern, indem sie — auf Grund offener Kredite - auch außerhalb der eigentlichen Emissionsperioden fortlaufend Bareinzahlungen zur Erwerbung von Schuldbuchforderungen entgegennehmen. Des vorgängigen Ankaufes von Stücken bedarf es hierbei nicht. Soweit das Reichs- und das preußische Staatsschuldbuch in Betracht kommen, können nach den neuesten Bekanntmachungen die baren Einzahlungen an jedem Postschalter erfolgen, wo die erforderlichen Formulare vorrätig gehalten werden. Auch bei allen Niederlassungen der Reichsbank können Einzahlungen kostenfrei geleistet werden. Der Abrechnung wird einfach der letzte bekannte Börsenkurs zugrunde gelegt. Der Eintrag und die fortlaufende Verwaltung geschehen kostenfrei. Kosten (übrigens in Höhe von 75 Pfg für 1000 M) entstehen dem Kontoinhaber erst dann, wenn er, was jederzeit möglich, die Ausreichung von Stücken In diesem Fall erhält er solche Abschnitte, die zu derjenigen Anleihe gehören, deren Kurs bei der Eintragung berechnet wurde. Bei den 4 prozentigen Papieren ist das naturgemäß schon deshalb von Wichtigkeit, weil die Unkündbarkeitsfrist der einzelnen Anleihen zu verschiedenen Zeitabschnitten abläuft und damit - je nachdem - die Konversionsmöglichkeit früher oder später einsetzt.

Die Vermögensverwaltung wird durch Benutzung des Schuldbuches erleichtert, die Sicherheit erhöht. Die Zinsen kann der Kontoinhaber entweder an sich selbst mittels Postanweisung, Postscheck oder durch Reichsbanküberweisung zahlen oder aber auch an eine beliebige andere Stelle (Bankhaus, Sparkasse usw.) vergüten lassen. Auch Lombardierungen von Schuldbucheinträgen sind neuerdings zugelassen, wie man überhaupt die ganze Einrichtung den Bedürfnissen des Verkehres nach Möglichkeit anzupassen sucht.

Wenn die Finanzverwaltungen es sich angelegen sein lassen, gerade diese Schuldbucheintragungen, trotz der damit verbundenen erheblichen Verwaltungskosten, nach Möglichkeit zu fördern, so kommt darin die Erfahrung zum Ausdrucke, daß der Kurs eines Papieres um so ungünstiger ist, je mehr Material sich zum Verkauf an den Markt herandrängt, oder daß er einen um so besseren Stand aufweist, je länger die einzelnen Beträge von den Besitzern festgegehalten werden. Bei Schuldbucheintragungen kann aber der Regel nach angenommen werden, daß es sich um wirkliche Daueranlagen handelt, die sich auf eine durchschnittlich recht lange Zeit vom Markte fernhalten. Aus diesem Grunde die Bemühungen um Schuldbucheintragungen, die bei Preußen dazu geführt haben, daß von der gesamten etwa 9 Milliarden betragenden Staatsschuld rd. 2 Milliarden auf Schuldbucheintragungen entfallen! Das Äquivalent für den Kostenaufwand muß in der Möglichkeit erblickt werden, für Neu-Emissionen höhere Übernahmekurse zu erzielen, da letztere sich, was ohne weiteres einleuchtet, vor allem nach dem jeweiligen Kursstande der früheren Anleihen richten. Außerdem ist es jeder Staat seinem Ansehen schuldig, auf einen angemessenen Kursstand seiner Anleihen mit den ihm zugebote stehenden Mitteln hinzuarbeiten.

tol

22

ida,

Vir-

nin

ories

insi

105

1 55

rf &

ben

rider

state

ińi

dé

10

5

ida

de

rote

dile

රුපුව

glich

s er

ent-

ank-

Ist nun mit der Beseitigung des Schlußnotenstempels einerseits und der Förderung des Schuldbuches andererseits das Ziel, welches man damit im Auge hatte, erreicht worden? Leider muß diese Frage verneint werden. Der Kursstand unserer Anleihen ist ungünstig geblieben, und man wird sich höchstens mit dem Gedanken trösten können, daß er ohne jene Maßnahmen noch niedriger sein dürfte. Auch der von der Seehandlung für preußische und Reichsanleihen regelmäßig ausgeübte Kurs-Interventionsdienst hat den Rückgang naturgemäß nicht aufhalten, sondern nur bewirken können, daß zu starke Kursschwankungen von einem Tage zum andern vermieden werden.

Suchen wir nach den Ursachen für den unbefriedigenden Kursstand, so finden wir, daß auf der einen Seite eine angeblich verkehrte Emissionstechnik und zum andern eine Überproduktion an neuen Anleihen für das Übel verantwortlich gemacht werden. Die Frankfurter Zeitung u. a., unser erstes deutsches Handelsblatt, hat wiederholt den Vorwurf einer "zum Teil ganz verfehlten Emissionspraxis" erhoben, und auch aus der vielbeachteten Herrenhausrede des Herrn von Gwinner klang die gleiche Anklage heraus. Wenn man gerecht sein will, wird man zugeben müssen, daß es leichter ist, in rückschauender Betrachtung den oder jenen Emissionstermin als ungeeignet zu bezeichnen, als die wirtschaftliche Entwicklung und damit die künftige Gestaltung der Verhältnisse auf dem Geldmarkte mit einiger Sicherheit im voraus abzuschätzen. Ein privates Unternehmen, das sich neues Kapital, sei es durch Ausgabe von jungen Aktien, sei es durch Ausgabe von Obligationen, beschaffen will, wird, wie dies jedem Kaufmann nun einmal angeboren ist, ja wohl immer geneigt sein, sich in bezug auf die Wahl des Zeitpunktes ein wenig auf das Spekulieren zu verlegen, diesen Zeitpunkt also nicht Zufälligkeiten zu überlassen. Geben dann schließlich die Verhältnisse der Auffassung, welche man sich von der künftigen Gestaltung des Geldmarktes gebildet hatte, nicht recht, dann findet man sich eben damit ab, daß die Spekulation mißlungen ist, und tröstet sich mit der Hoffnung, ein anderes Mal glücklicher zu sein. Eine staatliche Finanzverwaltung, der öffentliche Gelder anvertraut sind, wird hingegen mehr dem anderen Standpunkte zuneigen, daß sie ihre Pflicht erfüllt hat, wenn sie erforderliche Mittel so günstig beschafft, wie es nach Lage der Verhältnisse eben möglich ist, und sich sagen, daß mit einem Aufschub - im Vertrauen auf bessere Zeiten zwar Vorwürfe seitens der Kritik, kaum aber Lorbeeren zu holen sind. Zudem will es mir scheinen, daß die Wahl des Zeitpunktes, die zwar für den zu erzielenden Übernahmekurs von Bedeutung ist, hinsichtlich des fortwirkenden Einflusses auf den dauernden Kursstand leicht überschätzt wird. Werden die Zeiten nach der Emission wirklich günstiger, so ist nicht einzusehen, warum dies nicht auch dann noch dem Kursstande der neuen und auch der alten Anleihen zugute kommen soll.

Also selbst wenn es einem Finanzkünstler gelänge, für neue Anleihen jeweils den allergünstigsten Zeitpunkt aufzuspüren, dürfte damit für den bleibenden Kursstand nicht allzuviel gewonnen sein, schon deshalb nicht, weil, wenn nun alle Geldnehmer — und deren gibt es bekanntlich nicht wenige — sämtlich zu eben diesem vorteilhaftesten Zeitpunkt an den Geldmarkt appellierten, die Ansprüche wieder so groß würden, daß die erhoffte Wirkung ausbleiben dürfte.

Was den erwähnten anderen Punkt: die zu schnelle Aufeinanderfolge neuer Anleihen anbetrifft, so darf mit Bezug auf das Reich allerdings behauptet werden, daß hier mit dem Anleihekredit nichts weniger als musterhaft gewirtschaftet worden ist. Anstatt für laufende Ausgaben auch stetige Einnahmequellen zu schaffen, hat man 20 Jahre hindurch das chronische Defizit aus Anleihemitteln gedeckt und damit von Jahr zu Jahr die Finanzen nur verschlechtert. Während 1887 die Reichsschuld nur 486 Millionen M betrug, hatte sie 1893 schon 1740 Millionen M erreicht und ist von da ab von Jahr zu Jahr bis auf 4550 Millionen M gewachsen, abgesehen von den im Umlauf befindlichen 120 Millionen M Reichskassenscheinen.

Bei den Bundesstaaten liegen glücklicherweise die Verhältnisse denn doch anders. Zwar ist auch für sie eine große Steigerung der Schuldenlast zu verzeichnen; indessen wurden hier mit den gewonnenen Anleihemitteln auch werbende Aktivwerte geschaffen (erwähnt seien nur die Eisenbahnen), deren Rente den Steuerzahler mit dem Aufwande für Verzinsung und Tilgung verschont.

Hätten sich die Staaten aber bloß dem Geldmarkte zuliebe mehr Zurückhaltung auferlegt, so wäre sicher gar manche Aufgabe, die man für dringlich hielt, unerfüllt geblieben. Deshalb sollte man sich hüten, ganz allgemein den letzterwähnten Vorwurf zu erheben. Tatsache ist allerdings, daß in den letzten 20 Jahren an den Geldmarkt ganz riesige Anforderungen gestellt worden sind. Es ergibt sich dies ohne weiteres aus den nachfolgenden Zahlen, die ich einer Zusammenstellung von Alfred Lansburgh entnehme.

Es gab an festverzinslichen Papieren u. a.:

t ah

ISI, IEI

Zuden den n interier orden de

fir is

II ver

dings &

S DEC

के उद्ध

Faun -

iem das

nah 20

الم

THE IS

7 Zeris

allgemen

B in dia

gestels

Zahles

	1889 rd. Mill. M	1908 rd. Mill. M	Zunahme rd. vH
Deutsche Staats- und Reichsanleihen .	9500	18 600	95
Deutsche Stadtanleihen	1300	5 300	305
Landschaftliche Pfandbriefe und verwandte Obligationen	1900 2700	3 300 9 700	75 260
Industrielle Obligationen (schätzungsweise)	1000	3 000	200
Es waren eingezahlt:	77.74		
bei den deutschen Sparkassen	4900	14 000	185
» » Banken (ohne Reichsbank)	1600	7 700	380
» » Kreditgenossenschaften	500	3 500	600

Darnach sind allein in die hier genannten Kanäle innerhalb von 20 Jahren über 40 Milliarden M, d. h. im Jahre durchschnittlich über 2 Milliarden M geflossen. Dazu treten noch die gewaltigen Summen, die anderweitig — ich nenne nur Aktien, Auslandanleihen, Lebensversicherungen - angelegt worden sind, und dabei, trotz der Tatsache, daß die deutsche Volkswirtschaft es ermöglichte, diese Summen aufzubringen, im Vergleiche zu Frankreich und England höhere Zinssätze und dementsprechend niedrigere Fondskurse! Man darf daraus den Schluß ziehen, daß bei uns in Deutschland der Geldbedarf so groß ist, daß damit die Neubildung von Sparkapital, so bedeutend sie nach den angeführten Zahlen auch ist, nicht gleichen Schritt zu halten vermag. Es drängen sich eben gar zu viele Geldhungrige an die große Schüssel, in der die Sparkapitalien der Nation zusammenfließen. Da es aber die gleichen Kreise sind, denen auf der anderen Seite in irgend einer Form auch wieder die in dem hohen Geldbedarfe liegende günstige Erscheinung (lebhafte industrielle Tätigkeit, große Steuerkraft) zugute kommt, so müßten wir, sollte man meinen, uns mit der Sachlage abfinden und beispielsweise Frankreich nicht um seinen niedrigen Geldstand beneiden, in dem nur zu deutlich, trotz seines wohl größeren Reichtumes, sein Zurückbleiben auf dem Gebiete des Handels zum Ausdrucke kommt. Gerade diese Seite der Frage scheint mir viel zu wenig beachtet zu werden.

Und dennoch muß uns von einem anderen Gesichtspunkt aus die Tatsache betrüblich stimmen, daß, während 3 prozentige französische Rente über 98 vH¹) steht, 3 prozentige Deutsche Reichsanleihe oder 3 prozentige Preußische Konsols nur einen Kursstand von 84,50 vH behaupten, also ein Unter-

¹⁾ $3^3/_4$ prozentige italienische Rente etwa 105 vH, $2^1/_2$ prozentige englische Konsols etwa 82 vH.

schied von etwa 13 vH. Dieser große Unterschied muß uns deshalb zu denken geben, weil er sich mit dem Satze, daß Geld international sei und daher die Neigung habe, dahin zu strömen, wo sich dafür bei der gleichen Sicherheit die höchste Verzinsung erzielen läßt, nicht vereinbaren läßt. Unsere Anleihen stehen - das wird gewiß von keiner Seite bestritten - in bezug auf ihre Fundierung keinem anderen Staatspapiere nach. Folglich sollte sich eigentlich das französische Kapital in größeren Beträgen unseren deutschen Anleihen zuwenden, was auf der einen Seite ein Sinken des französischen und für uns ein Steigen des deutschen Papieres, im Enderfolge eine Annäherung der Kurse zur Folge haben würde. Wäre ein unseren einheimischen Fonds gleichwertiges französisches Papier mehr als 10 vH billiger zu erhalten, dann würde sich in umgekehrter Weise, dessen darf man wohl sicher sein, ein Kapitalausgleich vollziehen. Auf französischer Seite müssen es also neben alter Gewohnheit nationale Gründe sein, die den Geldgeber sich mit einer geringeren Verzinsung begnügen lassen, wenn der darin liegende Vorteil seinem eigenen Lande zugute kommt. Nun sind ja auch von Frankreich riesenhafte Summen an das Ausland geliehen worden (Rußland soll allein rd. 13 Milliarden Frs. schulden). Aber daß dabei der Kredit des eigenen Landes nicht zu kurz gekommen ist, beweist der erwähnte Kursstand der französischen Rente. In Deutschland steht es in dieser Richtung anders. Die Kurse der russischen Anleihen beispielsweise haben starke Steigerungen erfahren in gleichen Perioden, in denen unsere heimischen Papiere ihren Kursstand nicht nur nicht halten konnten, sondern Rückgänge aufwiesen. Das kann nicht allein auf Rechnung Mendelssohnscher Interventionen gesetzt werden, sondern muß darauf zurückzuführen sein, daß die deutschen Kapitalisten die genannten Werte, der höheren Verzinsung halber, in größeren Beträgen kauften, ungeachtet der undurchsichtigen russischen Finanzverhältnisse, die mit der geordneten Wirtschaft unseres eigenen Landes keinen Vergleich aushalten. Auch die Anleihen aller möglichen kleineren fremden Staaten finden, mit einem reizvollen Zinsfuß ausgestattet, bei uns schlankes Unterkommen. Konnte sich doch zuletzt sogar Marokko mit einem 5 prozentigen Anlehen zu uns wagen 2)! Häufig genug wird es der Fall sein, daß heimische Papiere abgestoßen werden, deren Erlös in diesen exotischen Werten höher verzinslich angelegt wird. In welcher Weise unser Kurs von solchen Umtauschgeschäften beeinflußt wird, ergibt sich von selbst. Solange in dieser Richtung nicht ein Umschwung eintritt, dürfte uns alles Jammern über den niedrigen Kursstand unserer Inlandanleihen nichts helfen. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß unsere deutschen Finanzkreise sich dem Kreditbegehren ausländischer Staaten einmal eine Zeit lang kurzerhand verschließen müßten; denn vielfach können nur Hand in Hand mit der Übernahme von Anleihen wertvolle neue Handelsbeziehungen eingeleitet werden. Auch im Sinne von Kriegsreserven mißt man unseren nach vielen Milliarden zählenden Guthaben im Ausland eine hohe Bedeutung bei. Nur läßt sich nicht verkennen, daß unsere eigenen Papiere in dem Maße leiden, in dem deutsches Kapital nach auswärts abwandert.

²) Die Subskription hat mittlerweile sogar eine vielfache Überzeichnung gezeitigt. Damit vergleiche man den Mißerfolg bei der letzten Bayernanleihe.

Aber der Wettbewerb der ausländischen Papiere ist nicht der einzige Umstand, der auf den Kurs der heimischen Fonds drückt. Auch im Inlande werden fortwährend alle möglichen festverzinslichen Obligationen herausge-Da der Staat eine Art Sicherheitspolizei ausübt, hat er mit dazu beigetragen, sich diesen Wettbewerb großzuziehen. Ich nenne nur die vielen Pfandbriefe, deren günstige Beurteilung die Staatsverwaltung mit ihrem Überwachungssystem selbst fördert, sowie ferner die zahlreichen Städtepapiere, deren Ausgabe ebenfalls der Genehmigung der Staatsregierungen unterliegt. Die Schulden der Städte sind allein in der Zeit von 1901 bis 1907 um 2300 Millionen M, d. i. um jährlich rd. 400 Millionen M, gewachsen. Die Hypothekenbanken, Landschaftlichen Institute und kommunalen Anstalten (Landesbank der Rheinprovinz usw.) bringen durchschnittlich noch höhere Beträge auf den Markt. Dann nenne ich die gerade seit vorigem Herbste zutage tretende Vorliebe für Dividendenpapiere, die sich in Steigerungen von 20, 30, 40 vH ausdrückt. Was ferner noch den Wettbewerb insbesondere der Pfandbriefe für die Staatspapiere empfindlich macht, ist die Begebungspraxis der Hypo-Sie geben ihren Vertriebstellen (Banken und Bankiers) sogenannte Kommissionslager und setzen sie dadurch in die Lage, den Kunden, der ein Papier kaufen will, sofort zu bedienen: das Geschäft kann sich also Zug um Zug gegen Aushändigung des Barbetrages abwickeln. worauf gar mancher, der in Geldsachen besonders vorsichtig ist, Wert legt. Staatspapiere könnte sich der Bankier nur vorrätig halten, wenn er sich mit dem Kursrisiko (der Kurs kann zwischen An- und Verkauf zurückgehen) finden wollte. Das wird er aber im Hinblick auf die geringfügige Vergütung, die ihm für die Besorgung gewährt wird, kaum tun. Er muß also gegebenenfalls den Kunden 2 bis 3 Tage auf die Lieferung der Stücke warten lassen, was wie angedeutet dem einen oder anderen Kunden, der das Geld schon in der Tasche hat, nicht angenehm ist. Falls daher nicht ausdrücklich ein Staatspapier, sondern schlechthin nur ein "gutes Papier" verlangt wird, ist es vom Standpunkte des das Geschäft vermittelnden Bankiers begreiflich, wenn er im Interesse einer glatten Abwicklung Pfandbriefe empfiehlt, von denen er Stücke im Schrank hat, und worauf ihm zudem seitens der betreffenden Hypothekenbank noch eine Verkaufvergütung gewährt wird, die der Regel nach die Provision, welche er für die Besorgung unserer Staatspapiere rechnen kann, etwas übersteigt. Gerade infolge der hier kurz geschilderten Begebungsart haben sich die Pfandbriefe einzelner Hypothekenbanken dermaßen eingebürgert, daß deren Kurs zu Zeiten den unserer Staatspapiere hinter sich läßt.

de

sis

2

'n

80

쁴

SIN

222

600

An Städtepapieren ist, wie die angeführten Zahlen beweisen, auch kein Mangel. Eine Stadt löst die andere mit einer neuen Anleihe geradezu ab. Der Bankier, der bei der Übernahme beteiligt ist, stellt bis zum Ausverkauf bei seinen Empfehlungen das Städtepapier in den Vordergrund, schon um nicht Gefahr zu laufen, mit dem fes tgekauften Betrage sitzen zu bleiben. Auch ein gewisser Lokalpatriotismus trägt dazu bei, daß das Papier der Heimatstadt von den einheimischen Bürgern gern gekauft wird. Die Sicherheit steht außer Zweifel — die Papiere sind sogar mündelsicher —, und so tragen auch die Städteobligationen reichlich dazu bei, dem Staatspapiere den Rang abzulaufen,

ungeachtet der Erfahrung, daß ein Verkauf größerer Posten mangels einer organisierten Kursregelung (Interventionsdienst) vielfach auf Schwierigkeiten stößt.

Des weiteren kommen die Obligationen der Industriegesellschaften in Betracht, die, was ihnen an Sicherheit gegenüber den Pfandbriefen und den Städteobligationen fehlt, durch höheren Zinsfuß (vielfach $4^1/2$ vH) oder durch ein Rückzahlungsaufgeld ausgleichen und infolgedessen ebenfalls ihren Markt finden.

Solange die hier kurz geschilderten Umstände zusammenwirken, werden alle Mittel, eine Besserung der Kurse unserer Staatsanleihen herbeizuführen, nicht viel nützen. Man denkt schon seit längerem daran, nicht nur die Sparkassen, sondern auch die Versicherungsgesellschaften zu zwingen, einen gewissen Teil der ihnen zufließenden Gelder in Staatspapieren anzulegen. Die gesetzgebenden Körperschaften sind ja in der Lage, das zu beschließen. Ich möchte indessen bezweifeln, ob damit viel gewonnen wird. Die nächste Folge wäre m. E. die, daß die Gelder, welche darnach in Staatsobligationen angelegt werden müßten, auf dem Hypothekenmarkte³), der seither hauptsächlich in Betracht gekommen ist, fehlten, und die weitere Folge daß die Ansprüche an die Bodenkreditinstitute nur noch größer würden. Um den erhöhten Anforderungen nachzukommen, sähen sich die genannten Banken genötigt, größere Konzessionen in bezug auf den Verkaufkurs und die erwähnte Absatzvergütung zu machen. Die Staatspapiere dürften unter diesem verschärften Wettbewerbe wahrscheinlich wieder verlieren, was sie infolge erzwungener Käufe durch jene Anstalten gewinnen.

Mehr Wirkung im Sinn einer Kurssteigerung hätte es zweifellos, wenn unsere Kapitalisten nicht jede beliebige Auslandanleihe lediglich der höheren Verzinsung halber begünstigen wollten; das käme unseren sämtlichen inländischen festverzinslichen Obligationen, d. h. nicht nur dem Staatspapiere, sondern auch den Städteobligationen, Pfandbriefen usw. zugute. Ferner wäre eine Kurssteigerung dann zu erwarten, wenn sich das ausländische Kapital mehr als seither für unsere in der Qualität vorzügliche Anleihen interessieren wollte. Das zu erreichen, wird aber letzten Endes von unseren politischen Beziehungen zu den in Betracht kommenden Staaten abhängen.

³⁾ Sparkassen wie Versicherungsgesellschaften legen nach ihren bisherigen Gepflogenheiten ihre Gelder zum weitaus größten Teil in Hypotheken an. Allein die Lebensversicherungsgesellschaft Viktoria in Berlin hat rd. 600 Millionen auf Hypotheken ausgeliehen! Es läßt sich hiernach ermessen, was es für den Hypothekenmarkt bedeuten würde, wenn diese Quelle für ihn zum Teile verstopft wird.

DER WIRTSCHAFTSBETRIEB DES ERDÖLES.

Von Dr. F. W. MÖLLER, BERLIN.

(Schluß von S. 429)

Verteilung.

Wie das Leuchtöl von den in den vorangegangenen Abschnitten geschilderten Unternehmungen über die Erde verteilt wird, kann hier nur sehr allgemein dargestellt werden.

Das amerikanische Produkt findet sich mit Ausnahme Rußlands in der ganzen Welt. Alleinherrscher ist es in Nord- und Südamerika, in einigen Gebieten Mittel- und Südafrikas und in Skandinavien. In Skandinavien ist seine Stellung allerdings in neuester Zeit durch galizisches Öl stark erschüttert worden. Von den europäischen Absatzgebieten sind wohl gegenwärtig Mittel- und Nordeuropa das Hauptabsatzgebiet der Standard Oil Co., während sie im Süden und namentlich auf der Balkanhalbinsel und in der Türkei ihren Mitbewerbern nachzugeben scheint. Es sind die auf der höchsten Kulturstufe stehenden Länder mit dem stärksten Lichtbedürfnis, deren Markt sie sich vorbehalten hat und den zu beherrschen eine Lebensbedingung für sie ist.

Was aber hier in Europa auf einigen Märkten verloren geht, gewinnt sie in anderen Weltteilen zurück, Hand in Hand mit einer ständig wachsenden Verminderung der Transportkosten, indem immer mehr, selbst auf dem größten außereuropäischen Absatzgebiete, in China, der Tankverkehr an die Stelle des teureren Kannen- und Fässerversandes tritt. Die meisten europäischen Länder erhalten ihre Raffinade fast ausschließlich durch Tankdampfer; nach den ostasiatischen Märkten, nach Australien, Afrika und Südamerika überwiegt noch der Kistenverkehr. Insgesamt wurden aus Amerika über die Haupthäfen 1908 22396676 B. 1) ausgeführt, 1907 17946158 B., 1904 14840991 B.

Auch die russische Raffinade geht — ausgenommen die Länder der amerikanischen Alleinherrschaft, Japan und das Produktionsgebiet der Königlich Niederländischen Petroleumgesellschaft — immer noch nach allen Gebieten der Erde trotz des großen Rückganges der Ausfuhr und des großen Abstandes in der Erzeugungsmenge, in dem es auf Amerika folgt (Vereinigte Staaten rd. 22,4 Millionen B. = rd. 3360 Millionen kg, Rußland rd. 483,8 Millionen kg). Die gesamte Leuchtölausfuhr Rußlands betrug

1904 $76\,806\,276\,\text{ Pud}^{\,1}) = \text{rd}, 1\,259\,600\,\text{ t}$ 1905 38 331 663 >> == » 628 600 » 1906 25 307 097 415 000 » 1907 29 369 303 481 600 » 1908 29 536 078 484 400 » == »

Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß Rußland immer noch der größte Lieferer von Schmierölen ist; die Ausfuhr aus Batum und Novorossisk, den beiden Haupthäfen, betrug 1908 138075 t und 53333 Fässer in Tankdampfern.

¹) 1 B. (barrel) = 42 glls (gallons) zu 3,7853 ltr = 158,58 ltr = 118 bis 142 kg (je nach dem spezifischen Gewicht). 1 Pud = 16,38 kg, 1 Faß = 150 kg ganz ungefähr in Amerika; in Rußland sehr verschieden wegen der Verschiedenheit des spezifischen Gewichtes.

Einfnhr von Leuchtöl (in t)

	aus	aus den	aus Rußland	Bland	aus Rumänien	mänien	aus G	aus Galizien	zusammen	ımen
nach	Vereinigte	Vereinigten Staaten								
	1907	1908	1907	1908	1907	1908	1907	1908	1907	1908
England	356 713	413 002	104 240	81 536	25 162	42 693	1 202	3 089	487 317	540 320
Frankreich	88 065	173 459	5 104	000 9	61 598	51 483	16 879	26 255	171 646	257 197
Deutschland	373 742	492 983	27 328	6 144	15 952	6 242	609 66	162 992	516 631	668 361
Holland	367 581	436 361	24 880	13 008	6 674	-	1	1	399 135	449 369
Belgien	115 542	137 290	23 504	21 656	30 866	18 308	1	1	169 912	177 254
Norwegen	35 108	38 121	1	ì	1	4	-	ı	35 108	38 125
Schweden	52 924	64 763	1	2 720		-	1	1	52 924	67 483
Dänemark	50 173	66 286	1	6 576	-	-	289	2 734	50 462	75 596
Spanien und Portugal.	21 404	14 446	192	3 648	71	1	I	ı	21 667	18 094
Malta	917	3 013	3 776	6 752		-		1	4 693	9 765
Italien	57 497	51 221	11 472	18 296	12 488	13 095	1 564	5 057	83 021	87 669
Oesterreich-Ungarn	1	81	096	096	4 049	3 322	1	1	5 009	4 363
Griechenland	150	2 418	4 950	1 800	Ī		1	1	5 100	4 218
Türkei	1	1	144 824	86 738	23 912	29 811	10 455	12 324	179 191	131 873
Egypten	1 179	441	58 598	50 434	20 910	79 628			80 687	130 503
Indien	120 398	126 814	43 748	39 994	57 526	16 052	1		221 672	182 860
China	419 526	391 551	1	9 584	-	-	ı	1	419 526	401 135
Japan	221 394	160 770	1		1	1	1		221 394	160 770

Dazu kommen noch die beträchtlichen Mengen, die über das Kaspische Meer, die Wolga aufwärts und schließlich mit der Eisenbahn nach den großen ostasiatischen Märkten befördert werden.

Gegenüber der amerikanischen und der russischen Ausfuhr kommen die Ausfuhren aus Rumänien und Galizien auf dem Weltmarkte nur wenig in Betracht.

Die Ausfuhr von Leuchtöl aus Rumänien ist nicht den Erwartungen entsprechend gestiegen, ja sie ist 1908 absolut geringer gewesen als 1907: 262176 t gegen 262489 t. Die Hauptmärkte sind jetzt Ägypten, Frankreich und England. Die rumänische Petroleumindustrie ist jedoch mehr als jede andere auf die Ausfuhr angewiesen. Im Juli 1908 nämlich hat der Staat, um dem vernichtenden Wettbewerbe der Romano-Americana (St. O. Co.) entgegenzutreten, ein Gesetz erlassen, in dem er den Preis der Raffinade auf 6,96 M für den Doppelzentner festsetzte und sich die alljährliche Verteilung der für den heimischen Bedarf nötigen Mengen unter die Raffinerien vorbehielt. Der heimische Markt ist jedoch, wie sich bald gezeigt hat, kaum imstande, mehr als 38000 t aufzunehmen. Obgleich nun unter der Führung der Steaua Romana eine besondere Verkaufgesellschaft für die Verteilung der Petroleumprodukte zustande kam, waren die Erfolge auf dem heimischen Leuchtölmarkte wenig befriedigend, und es bleibt abzuwarten, ob dieser Ausfall in den nächsten Jahren ausgeglichen wird.

Im Gegensatze zu Rumänien hat sich die Ausfuhr galizischen Leuchtöles entsprechend der Produktionssteigerung in den letzten Jahren stark entwickelt. Sie ist jedoch von geringerer Bedeutung für den Weltmarkt als namentlich für Europa und ganz besonders für Deutschland. Der Menge nach dem rumänischen Leuchtöl nachstehend (1908: 234160 t, 1907 141593 t), ist sie doch weit mehr als dieses berufen, bei der gegenwärtigen Lage ein Gegengewicht für Amerikas und Rußlands Eindringen in den deutschen Petroleumhandel abzugeben, um so mehr, als die galizische Raffinade allein auf den in Deutschland üblichen Lampen dem amerikanischen Öl an Güte nahezu gleichkommt.

Wer das in den Jahren 1907 und 1908 gewonnene Leuchtöl abnahm, ist für die wichtigsten Länder in der Zahlentafel auf S. 478 zusammengestellt²).

Deutschland.

Organisation.

Seitdem sich Anfang 1907 die Europäische Petroleum-Union mit der St. O. Co. verständigt hat, stehen sich auf dem deutschen Petroleummarkte nur noch zwei Bewerber gegenüber: die Amerikaner und die Österreicher. Die Ausfuhrorganisation der Österreicher ist die oben erwähnte Aktiengesellschaft für österreichische und ungarische Mineralölprodukte in Wien; die St. O.

²) Nach einer Zusammenstellung im Moniteur du Pétrole Roumain 1909 Nr. 11 S. 387 u. f. Diese Zahlentafel berücksichtigt offenbar nur die Einfuhr über die Haupthäfen. Sie wird hier wiedergegeben, weil sie, nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgestellt, einen Vergleich unter den Ein- und Ausfuhrländern ermöglicht. Auf vollständige Erfassung sämtlicher Mengen eingeführten Petroleums macht sie keinen Anspruch. Genaue Angaben für Deutschland auf Grund der amtlichen deutschen Statistik finden sich in Fig. 1 und im Text S. 481 u. f.

Co. wird durch die deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft und eine Anzahl kleinerer Gesellschaften vertreten.

Die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft, 1890 mit einem Kapital von 9 Millionen M gegründet, arbeitet jetzt mit 30 Millionen M Kapital und ist eine rein amerikanische Gesellschaft geworden. Sie hat eine glänzende Entwicklung hinter sich. Mit Ausnahme der Jahre 1904 bis 1906, wo der große Kampf mit den Mitbewerbern das Geschäftsergebnis ungünstig beeinflußte, hat sie von 1896 bis 1907 einen durchschnittlichen Reingewinn von weit über 2 Millionen M erzielt. Dabei standen die Transportmittel Jahr für Jahr mit durchschnittlich 10 Millionen M zu Buche, bei jährlichen Abschreibungen von durchschnittlich mehr als 1 Million M. Die Reserve betrug unverändert 3 Millionen M, die Sicherheitsrücklage, die für Fälle besonderer Anspannung bestimmt ist. 2 Millionen M.

Die Bilanz von 1908 bietet ein weniger erfreuliches Bild als die von 1907; namentlich stehen die Transportmittel höher zu Buche, — alles Anzeichen des Vordringens der Galizier. Daß die Transportmittel so viel höher zu Buche stehen, hat seinen Grund in der neuesten Entwicklung des Petroleumhandels in Deutschland, wie sie von der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft im Kampf um ihre Unabhängigkeit notgedrungen herbeigeführt worden ist. Der Großhandel ist beseitigt und abgefunden, dem Kleinhändler wird das Petroleum in Kannen zu 20 ltr und weniger geliefert oder aus dem Straßentankwagen in das Standgeschäft im Laden abgefüllt, das die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft dort aufgestellt hat, und immer weitere Fortschritte macht das Verteilverfahren, durch das auch der Kleinhändler beseitigt wird: dem Verbraucher wird das Petroleum unmittelbar von der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft ins Haus geliefert. Das erfordert große Kapitalanlagen: Kannengeschäfte werden finanziert, und immer neue Petroleumanlagen werden im Innern des Reiches errichtet.

Die Hauptniederlagen der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft befinden sich in Barmen, Berlin, Bochum, Bremen, Breslau, Kassel, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Erfurt, Essen, Frankfurt a. M., Frankfurt a. O., Hamburg, Harburg, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, Nordenham, Plauen, Posen, Riesa, Roßlau, Stettin, Straßburg und Stuttgart.

Neben der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft arbeiten für die St. O. Co. namentlich die Mannheim-Bremer Petrolum-Aktiengesellschaft, die Petroleum-Raffinerie vorm. Aug. Korff & Co., die American Petroleum Co. und die Königsberger Handelskompagnie. Von diesen ist die wichtigste die Mannheim-Bremer Petroleum-Aktiengesellschaft. Sie besitzt 3 Millionen M Aktienkapital und arbeitet im ständigen Einvernehmen mit der American Petroleum Co. auf dem rechten Rheinufer, während die American Petroleum Co. von Holland her die linksrheinischen Gebiete versorgt. Die American Petroleum Co. in Rotterdam wurde 1891 mit 13345000 M Aktienkapital gegründet und besitzt ein deutsches Unternehmen, die Amerikanische Petroleumanlagen G. m. b. H. in Neuß am Rhein mit Niederlagen in St. Johann a. d. Saar, Metz, Mainz, Aachen, Trier, Bingen und Mayen. Das Betriebskapital dieser Gesellschaft beträgt nur 200000 M.

Von den in Deutschland tätigen Petroleumgesellschaften, die nicht zur St. O. Co. gehören, ist vor allem die bereits besprochene Deutsche

Petroleum Verkaufgesellschaft in Hamburg und Berlin zu nennen. Da sie aus der Vereinigung der Deutsch-Russischen Naphthaimportgesellschaft mit der Petroleum-Produkte-Aktiengesellschaft hervorgegangen ist, muß hier noch folgendes über diese beiden Gesellschaften gesagt werden.

Während die Deutsch-Russische Naphthaimportgesellschaft Deutschland mit russischem Öl zu versorgen suchte, brachte die Petroleum-Produkte-Aktiengesellschaft rumänische Raffinade ins Land, und zwar im wesentlichen nach Nordwestdeutschland und von Süden her über Regensburg. Außerdem aber mischte sie das schwere Texasöl, das die Schiffe ihrer Gründerin, der Shell Transport and Trading Co., brachten, mit den Ölen der Pure Oil Co., die damals noch ziemlich unabhängig von der St. O. Co. war, und verkaufte diese Mischung als amerikanisches Petroleum. Auch rumänisches Öl wurde mit Texasöl gemischt und fand Eingang namentlich in Bayern.

Im Jahre 1906 besaßen die Russen im Deutschen Reiche rd. 300 Verkauforganisationen, die Petroleum-Produkte-Aktiengesellschaft etwa 120. Die Deutsch-Russische Naphthaimportgesellschaft saß in Berlin, Breslau, Mannheim und Hamburg, also an Plätzen, an denen auch die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft Niederlagen besitzt; die Anlagen der Petroleum-Produkte-Aktiengesellschaft befanden sich in Hamburg, Mannheim, Regensburg, Ludwigshafen, Aken a. E. und im Ausland in Antwerpen, Amsterdam, Rotterdam, in England und Dänemark. Am 31. Dezember 1906 sind also diese Anlagen von der Deutschen Petroleum-Verkaufgesellschaft übernommen worden.

Verteilung.

Über die Einfuhr von gereinigtem Petroleum nach Deutschland gibt Fig. 1 Auskunft.

Die Einfuhr von Leuchtöl ist an Wert und Umfang weitaus die bedeutendste der verschiedenen Einfuhrgruppen von Petroleumprodukten. Sie hat sich jedoch in den verglichenen zwölf Jahren nicht wesentlich geändert: die absolute Zunahme beträgt noch nicht 1500 t, und es hat den Anschein, ob das Jahr 1908 vorläufig einen Höhepunkt bezeichnen sollte. In einem Lande wie Deutschland, wo seit Jahrzehnten durch die geschicktesten Kaufleute das Erdöl als Lichtquelle Eingang gefunden hat und das Lichtbedürfnis, soweit es durch Petroleum befriedigt werden kann, seit langem völlig befriedigt wird, ist lauch nichts anderes als ein gewisses Stehenbleiben der Einfuhr zu erwarten, zumal neben dem Petroleum in seiner eigensten Sphäre eine Anzahl Mitbewerber stehen, die immer mehr Land gewinnen.

gül

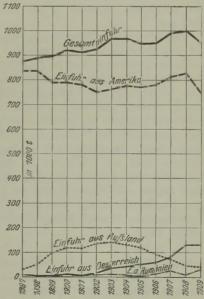


Fig. 1. Einfuhr von gereinigtem Petroleum nach Deutschland.

Der relativen Stabilität der gesamten Leuchtöleinfuhr stehen jedoch nicht unbedeutende Schwankungen in den einzelnen Gruppen gegenüber, aus denen sich die Einfuhr zusammensetzt.

Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten steht 1908 unter dem Stande von 1897; das bedeutet prozentuell eine Abnahme des Anteiles an der gesamten Raffinadeeinfuhr von 13,72 vH. Am geringsten war der Anteil an der Einfuhr im Jahre 1902. Damals war die Abnahme begründet in der Steigerung der Rohölproduktion Rußlands, die von 1898 bis 1901 die amerikanische Produktion übertroffen hatte, und Rußland hatte dementsprechend eine starke prozentuelle Zunahme seine Zufuhr zu verzeichnen.

Heute ist Österreich an die Stelle Rußlands getreten, die Russen haben sich ebenso wie die Rumänen planmäßig vom deutschen Markte zurückgezogen, und es ist zu erwarten, daß ebenso wie diese ihre steigende Ausfuhr weiter nach anderen Ländern richten werden, falls nicht außerordentliche Änderungen in der Förderung eintreten, die Österreicher ihrerseits in Deutschland weiter Fortschritte machen werden. So scheint für die nächste Zeit der österreichische Wettbewerb der St. O. Co. gefährlicher zu werden, als der der Russen je gewesen ist. Inzwischen hält sich Rußland für den Ausfall in der Ausfuhr von Leuchtöl schadlos durch die ständig steigenden Zufuhren von Schmieröl (1908 885114 dz, Amerika 990529 dz).

Die Haupteingangspforten für Petroleum sind seewärts Hamburg, Bremen, Mannheim, die übrigen Rheinhäfen und die Ostseehäfen. Außerdem gelangt ein Teil der gesamten Zufuhr über die holländischen und belgischen Häfen nach Deutschland. Rumänisches Öl findet auf der Donau (Regensburg und Passau) Eingang, galizisches auf dem Bahnweg oder auf der Elbe und der Oder, russisches teils auf dem Wasserwege vom Schwarzen Meer aus, teils durch die Ostseehäfen, nachdem es auf dem Landwege das Russische Reich durchquert hat.

Die ehemaligen Haupthäfen, besonders Bremen und Mannheim, haben viel von ihrer Bedeutung verloren. Dies entspricht dem immer enger gewordenen Zusammenschluß im deutschen Petroleumhandel. Immer mehr Zweigniederlassungen und Behälteranlagen sind flußaufwärts entstanden, immer genauer können mit der wachsenden Einsicht in den Bedarf die Vorräte abgemessen werden, und immer zweckmäßiger werden die Stapelplätze angelegt. Dazu sind vielfach die Schiffahrtsverbindungen günstiger geworden, wenn auch namentlich im Winter die Beförderung mit der Bahn nicht entbehrt werden kann; dann zeigt sich wieder, wieviel zweckmäßiger heute, wo eine geringere Zahl von Direktoren die Anordnungen trifft, die Verteilung vorgenommen werden kann als früher, wo häufiges Hin- und Hersenden und zweckloses Lagern die Ware verteuerten. Die größere Ersparnis bedeutet aber ohne Zweifel die heutige Technik der Verteilung im einzelnen, wie sie bei der Darstellung der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft kurz geschildert worden ist.

Preise.

Eine Übersicht über die Petroleumpreise der letzten 20 Jahre gibt Fig. 2. Bis in die 90er Jahre sind die Preise beständig gesunken in dem Maße, wie sich Transport und Organisation vervollkommneten: 1866 kosteten 100 kg Standard White mit Faß unverzollt loco Bremen 59,80 M, 1875 22,20 M, 1890 13,3 M. Mitte der 90er Jahre war die St. O. Co. dem Monopol am nächsten; trotzdem sanken die Preise im Jahre 1894 auf 9,70 M.

Von 1900 an fällt die Preiskurve in unregelmäßigen Absätzen bis 1905; dann setzt eine neue Steigerung ein, die sich über den Weltmarkt hinzieht: Rußland ist am Rande des Verderbens, die Preise stellen sich als natürlicher Damm der übermäßigen, d. h.in keinem Verhältnis zur Weltproduktion stehenden Ausdehnung des Bedarfes entgegen. Erst im Jahre 1909 erfolgt die Umkehr: im Januar 1909 kostete Standard White in Berlin (verzollt) noch 22,55 M für 100 kg (gegen 23,40 M im Januar 1908), im Juli 1909 steht der Preis auf 21,80 M (gegen 22,50 M im Juli 1908). Diese Preisrückgänge sind das Ergebnis des Kampfes gegen die Österreicher.

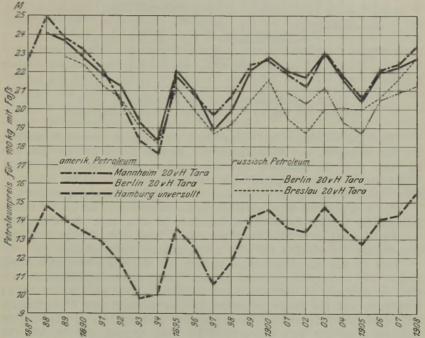


Fig. 2. Die Bewegung der Petroleumpreise in Deutschland von 1887 bis 1908.

ķ

ď

Russisches Leuchtöl weicht entsprechend der Annäherung der Lieferer im Preise weniger vom amerikanischen ab; dagegen notieren die Galizier seit Februar 1909 beständig 20 bis 35 Pfg unter dem Verkaufpreis der Amerikaner. Am 4. September zeigte der Hamburger Marktbericht das charakteristische Bild: amerikanisches Petroleum spezifisches Gewicht 0,800 6,90 M, rumänisches Petroleum spezifisches Gewicht 0,810 nicht am Markte, pennsylvanisches 7,00 M, russisches Petroleum nicht am Markte, galizisches Petroleum 6,70 M, rumänisches Petroleum nicht am Markte.

Vergleicht man die deutschen Großhandelspreise mit der Preiskurve der New Yorker Notierung, so ergibt sich, wenn man nur die allgemeine Tendenz betrachtet, d. h. etwa das Jahresmittel nimmt, annähernd eine Parallelität der Schwankungen. Allerdings erstreckt sich diese nicht bis auf die Monatsmittelpreise.

Daß aber auch die Schwankungen der Monatsmittelpreise in den Jahren 1906 bis 1908 nicht sehr bedeutend gewesen sind, zeigt Fig. 3.

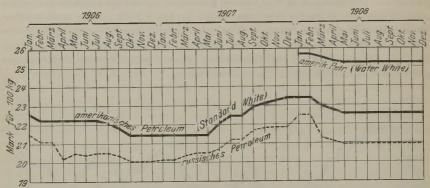


Fig. 3. Großhandelspreise von Petroleum in Berlin (verzollt mit Faß 20 vH Tara netto Kasse ab Lagerhof).

Diese Kurven können hier ebensowenig im einzelnen besprochen werden, wie die Bewegung der Weltmarktpreise. Bemerkenswert ist nur, wie sich im Jahre 1908 die Spannung zwischen Standard White und Water White vergrößert hat; dies entspricht nicht der Lage des Weltmarktes, indem die New Yorker Notierung die Preise der beiden Marken einander genähert hat.

Von weit größerer Wichtigkeit als der Großhandelspreis für das Geschäftsgebaren der großen Petroleumgesellschaften ist aber auch die Gestaltung der Detailpreise; denn der Großhandelspreis kann nach der geschilderten Organisation des Handels nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Hier ist nun den Amerikanern vielfach der Vorwurf willkürlicher Änderungen des Literpreises gemacht worden. Eine zuverlässige Statistik, um dies zu belegen, ist natürlich nicht vorhanden. Der Kleinverkauf ist zu zersplittert, und die Preise gehorchen hier so mannigfachen Einwirkungen, daß es sehr schwer, wenn nicht unmöglich ist, zu beurteilen, ob ein Preis im einzelnen berechtigt oder unberechtigt ist. Die Gegner der St. O. Co. sind hier oft weit über das Ziel hinausgeschossen und nachher durch Aufklärung des Zusammenhanges ad absurdum geführt worden⁴); nach meinen Erfahrungen ist im Gegenteil auch hier eine gewisse Stabilität zu erkennen, wie sie seit Jahren die Preispolitik der St. O. Co. nicht nur in Deutschland, sondern auch auf allen Weltmärkten auszeichnet.

Kritik.

Deutschland erhält gegenwärtig aus Amerika ein gutes Leuchtöl zu einem angemessenen Preise. Die Großhandelspreise zeichnen sich ebenso wie die

⁴⁾ Ein Beispiel findet sich bei Franz Gehrke: Die neuere Entwicklung des Petroleumhandels in Deutschland, Tübingen 1906 S. 110.

Detailpreise, verglichen etwa mit den Preisen anderer eingeführter Massenverbrauchgegenstände, durch eine große Festigkeit aus, und der Bedarf ist trotz vieler Schwankungen der Produktionszahlen bisher immer ohne Verzug gedeckt worden. Ob die Preise entsprechend der Verbilligung des gesamten Petroleumgeschäftes gesunken sind, ist hier allerdings ebensowenig festzustellen wie auf dem Weltmarkte. Jedenfalls liefern die Österreicher zu ihrem äußersten Preis, und dieser Preis muß notgedrungen auch für die Preispolitik der St. O. Co. gelten.

Entsprechend der weiteren Ausdehnung des Kannengeschäftes wird der Literpreis wahrscheinlich unter den Stand der Jahre 1907 und 1908 sinken, bis die Wettbewerbkämpfe ihr Ende gefunden haben werden. Denn es ist kein Zweifel, daß die österreichische Ausfuhrorganisation früher oder später in den großen Ring einbezogen werden wird. Dann wird auch die deutsche Finanzgruppe, die am Petroleumhandel interessiert ist, weitere Fortschritte gemacht haben, und die Europäische Petroleum-Union wird als ebenbürtiger Verbündeter neben der St. O. Co. stehen.

Freilich wird Deutschland noch auf lange Zeit für seine Versorgung mit Leuchtöl von Amerika abhängig sein. Der deutsche Markt darf auch für die St. O. Co. nicht verloren gehen; denn die großen Massen Raffinade, die im Entflammungspunkte den Anforderungen des Deutschen Reiches eben noch genügen, können in anderen Absatzgebieten nicht untergebracht werden, da nahezu überall ein höherer Entflammungspunkt verlangt wird als in Deutschland.

Wenn nun auch nach allem die Lage Deutschlands in bezug auf seine Versorgung mit Leuchtöl keineswegs so ungünstig ist, wie sie oft dargestellt wird, mag es doch angebracht sein, auf zwei der wichtigsten Abwehrmaßregeln hinzuweisen, die man in der Besorgnis um die Monopolbestrebungen der St. O. Co. und in berechtigter Wahrung eigener Interessen häufig vorgeschlagen hat. Das sind das Reichspetroleum-Monopol und die Unterstützung des Wettbewerbes des Spiritus.

Der Gedanke, das Petroleumgeschäft auf irgend eine Art in Staatsbetrieb zu nehmen, ist nicht neu und in Griechenland und Serbien schon seit Jahren verwirklicht. In Deutschland dagegen sind alle derartigen Anregungen ohne praktischen Erfolg geblieben, und in Österreich hat nach langen Verhandlungen eine Besprechung der Finanzminister im März 1910 zu dem Ergebnis geführt, daß die Verhältnisse viel zu schwierig seien, um einen staatlichen Eingriff zu rechtfertigen.

ı

91

ĮŞ.

T

Das Deutsche Reich braucht heute rd. 1 Million t Raffinade jährlich. Österreich-Ungarn kann jedoch bei dem gegenwärtigen Stande der Produktion höchstens ein Sechstel dieser Menge aufbringen; und wenn man die jetzigen Verbündeten der St. O. Co. dazu rechnen will, so ist damit Deutschlands Versorgung noch keineswegs sicher gestellt. Denn die gegenwärtigen Verhältnisse in Rußland machen eine gesicherte Ausfuhr für die Zukunft unmöglich; es ist auch durchaus nicht anzunehmen, daß ein etwaiger Ausfuhrüberschuß Deutschland allein zugute käme, und Rumänien wird, wie oft festgestellt worden ist, in absehbarer Zeit noch keine 100000 t Raffinade auf den deutschen Markt bringen können. Das amerikanische Produkt wäre aber auch sonst nie zu entbehren: rd. 40 vH des Gesamtbedarfes, d. h. rd.

400000 t, müßten immer eingeführt werden, um nichtamerikanisches Öl dadurch für die üblichen Lampen brauchbar zu machen; und ob diese 400000 t ohne Hülfe der St. O. Co. bezogen werden könnten, ist sehr zweifelhaft.

Andere Gestaltungen des Monopoles, die eher durchführbar wären, lassen wieder die Preisfrage unberücksichtigt, so daß die Einnahmen des Staates nicht gesichert erscheinen, und vollends die Einfuhr von Rohöl zur Raffination im Inlande scheint eine unsichere Grundlage für ein Reichsmonopol zu sein: wo sollten die Nebenprodukte untergebracht werden, und wie soll der Frachtverlust eingebracht werden? Außerdem zeigt das Beispiel Frankreichs, daß die Raffinerien über kurz oder lang doch in die Hände der großen Gesellschaften fallen.

Wesentlich bessere Aussichten hat der Wettbewerb des Spiritus mit dem Petroleum, allerdings nur der des Brennspiritus mit dem Leuchtöle. Denn werder für Heiz- und Kochzwecke noch für den Motorenbetrieb kann der Wettbewerb des Spiritus in Betracht kommen. Im Motorenbetrieb ist das Petroleum die weit ergiebigere Kraftquelle, und besonders für den Automobilismus ist der "Konkurrent" des Petroleums nicht der Spiritus, sondern das Benzin⁵). Als Heizmaterial stellt sich Petroleum ebenfalls billiger als Spiritus. 1 kg Petroleum liefert bei der Verbrennung 11000 Kalorien, eine entsprechende Menge Spiritus nur 6000 Kalorien, während die Preise ungefähr im umgekehrten Verhältnisse stehen. Auch im Haus ist der alte Spirituskocher schon vielfach durch die neuen Petroleumkocher und Dauerbrandöfen verdrängt worden⁶).

Wenn man dagegen die Aussichten eines Wettbewerbes zwischen Brennspiritus und Leuchtöl beurteilen will, so ist folgendes zu beachten. der Berechnung des Gleichwertverhältnisses von Leuchtöl und Spiritus dürfen nicht die rein physikalischen Größen zugrunde gelegt werden, sondern es ist der Verbrauch einer Petroleumlampe in der praktisch üblichen Verwendung als Tischlampe mit dem Verbrauch einer entsprechenden, d. h. ebenfalls eingeführten Lampe für Spiritusglühlicht zu vergleichen: man begnügt sich eben bei Petroleumlampen mit einem weniger hellen Licht als bei Spirituslampen. Eine solche Spirituslampe verbraucht 0,037 ltr/st, eine Petroleumlampe 0,043 ltr/st Petroleum. Nimmt man nun für Petroleum ein durchschnittliches spezifisches Gewicht von 0,8 an, so entspricht 1 ltr Spiritus ungefähr einem Kilogramm Petroleum. Zur vollständigen Verdrängung des Petroleums in Deutschland wären also 1000 Millionen Itr Spiritus jährlich nötig. Im Durchschnitte dürften jedoch kaum mehr als 120 Millionen Itr vollständig denaturierter Spiritus, der hier allein in Betracht kommt, zu erwarten sein. An eine vollständige Verdrängung des Petroleums ist also nicht zu denken. Eine andere Frage ist jedoch, wie weit die zur Verfügung stehenden Spiritusmengen mit Aussicht auf Erfolg in Wettbewerb mit Petroleum treten können. Es kommt hier wieder nicht auf die Kosten pro Stunde für 1 Hefnerkerze an, sondern darauf, wie teuer die Lichtquelle pro Stunde ist, wenn sie die

⁵⁾ M. Guiselin, Alkohol und Petroleum (Le mouvement économique 1908 Nr. 38 S. 85), "Petroleum" 07/08 Nr. 11 S. 574.

^{6) &}quot;Petroleum" 06/07 Nr. 1 S. 11 u. f., 08/09 Nr. 18 S. 1040 u. f.

praktisch übliche Lichtstärke erzeugt?). Nimmt man für Petroleum einen Preis von 20 Pfg pro ltr und für 90 prozentigen Spiritus einen Preis von 30 Pfg pro ltr, so kostet die Petroleumlampe pro Brennstunde 0,86 Pfg, die Spirituslampe 1,11 Pfg. Vollends bei der 1909 eingetretenen Herabsetzung der Petroleumpreise auf 17 bis 15 Pfg pro ltr ist also an einen Wettbewerb des Spiritus bei einem Literpreis von 30 Pfg nicht zu denken. Nun werden allerdings weder die Petroleumpreise auf dem niedrigen Stande bleiben, durch den Wettbewerb zwischen Amerikanern gedrückt worden sind, noch ist anzunehmen, daß Mittel finden lassen, den Spirituspreis herabzusetzen. Der Spirituspreis hat hier die Aufgabe, das Höchstmaß des Petroleumpreises darzustellen. weit jedoch die Preise sich nähern können, das zu untersuchen ist hier nicht der Ort; denn das berührt die technische Frage, wie weit sich noch die Herstellkosten des Spiritus herabdrücken lassen, und führt insbesondere auch zu einer Kritik des Geschäftsgebahrens der Zentrale für Spiritusverwertung.

Es ist jedoch noch zu bemerken, daß mehrfach Vorschläge gemacht worden sind, dem Spiritusgewerbe durch gesetzgeberische Maßnahmen zu Hülfe zu kommen. Es ist wiederholt an die Einrichtung eines Zwischenmonopoles des Reiches mit Branntwein gedacht worden; man hat im Zusammenhange damit den Zoll auf Petroleum erhöhen wollen und wieder auch auf die Vorteile eines Reichspetroleummonopoles unter diesem Gesichtspunkte hingewiesen, es ist aber keiner dieser Vorschläge verwirklicht worden. Für die gegenwärtige Betrachtung haben sie alle symptomatischen Wert: so wie das Spiritusgewerbe jetzt liegt, kann der Wettbewerb des Brennspiritus mit dem Petroleum nicht mit großem Optimismus betrachtet werden; es muß andererseits aber betont werden, daß jetzt und noch mehr in der Zukunft der Spiritus eine hervorragende Stelle einnimmt unter den Beleuchtungsmitteln, die sich als unüberschreitbarer Damm einer gewaltsamen Preispolitik im Petroleumhandel entgegenzustellen imstande sind.

Neben dem Spiritus steht eine große Zahl anderer Beleuchtungsmittel, die ohne staatliche Hülfe seit Jahren in die Reihe der Abwehrmaßregeln getreten sind: Azetylen, elektrisches Licht in seinen mannigfachen Erscheinungsformen, Rüböl und namentlich Preßgas.

Damit ist der Kreis der Betrachtung geschlossen. Was hier in aller Kürze dargestellt worden ist, ergibt bei näherer Betrachtung und gründlicher Untersuchung⁸) ein getreues Bild von einer der großartigsten kaufmännischen Leistungen, die die Welt je gesehen hat, und enthält zugleich das Walten ewiger wirtschaftlicher Gesetze, vor denen sich auch die neueste Wirtschaftsentwicklung mit ihren allmächtigen Trusts und Interessengemeinschaften beugen muß: "Si quis autem monopolium ausus fuerit exercere, bonis propriis spoliatus perpetuitate damnetur exilii"9).

鹧

200

rdo

196

⁷⁾ Für die photometrischen Untersuchungen vergl. B. Monasch im Journal für Gasbeleuchtung 1908 Bd. 51 S. 61.

⁸⁾ Eine ausführliche Darstellung gibt Dr. F. W. Möller: Die Versorgung der Welt mit Petroleum, mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands. Berlin, Verlag für Fachliteratur (im Erscheinen begriffen).

⁹⁾ Codex IV, 59, 2 § 2.

ZUR PENSIONSVERSICHERUNG DER PRIVATBEAMTEN.

Von Dipl.-Ing. W. HELLMICH, Charlottenburg.

Mit Beginn des Jahrhundertes setzte bei uns, beeinflußt durch gleiche Bestrebungen in Österreich, eine starke Bewegung der Privatangestellten ein, deren Ziel die Einführung einer staatlichen Pensionsversicherung war. Der erste Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung dieser Absichten war die im Oktober 1903 von Verbänden der Privatangestellten vorgenommene Erhebung über die wirtschaftliche Lage dieser Berufskreise. Die Ergebnisse wurden im Reichsamte des Innern zu einer Denkschrift verarbeitet, die im Jahre 1907 dem Reichstage vorgelegt wurde.

Unter Zugrundelegung des von den Privatbeamten geäußerten Wunsches, der Pensionsbezüge den Staatsbeamten gleichgestellt hinsichtlich werden, ergab die Berechnung der Denkschrift, daß zur Bestreitung der Kosten einer Pensions- und Hinterbliebenenversicherung ein Prämiensatz von etwa 19 vH des Gehaltes erforderlich sein würde. auch kritische Untersuchungen nachzuweisen versuchten, daß wesentlich niedrigere Beiträge ausreichend seien, kam man doch zu der Überzeugung, daß die Ansprüche auf Versorgung ermäßigt werden müsten, wenn die Versicherung durchführbar sein sollte. Erneute Interpellationen im Reichstage veranlaßten das Reichsamt des Innern, eine zweite Denkschrift auszuarbeiten, die im Juli 1908 veröffentlicht wurde. Ohne zu der Form und der Frage des Umfanges einer reichsgesetzlichen Privatangestellten-Versicherung bindende Stellung zu nehmen, erörtert die Denkschrift kritisch die verschiedenen bisher für die Organisation einer solchen Versicherung gemachten Vorschläge:

Ausbau der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung unter Anfügung neuer Lohnklassen,

Errichtung einer Sonderkasse unter Befreiung der Privatangestellten von der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung,

Gründung einer Zusatzkasse neben der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung.

Gegen den Ausbau der Invalidenversicherung unter Anfügung neuer Lohnklassen wird geltend gemacht, daß hierdurch zunächst die Hinterbliebenenversicherung für Privatangestellte bis zur Einführung der Hinterbliebenenversicherung für die Arbeiter vertagt werden müßte und so ein wesentlicher Bestandteil der Privatbeamtenversicherung vorerst unerledigt bliebe. Die Anfügung neuer Lohnklassen begegnet ferner Bedenken, die schon bei der bestehenden Arbeiterversicherung gegen den freiwilligen Übergang eines Versicherten in höhere Lohnklassen erhoben werden. Nach den Bestimmungen des Invalidengesetzes wird der Grundbetrag der Invalidenrente nach den fünfhundert Beiträgen der höchsten Lohnklassen berechnet, für welche der Rentenberechtigte versichert war. Die Versicherungskasse erhält aber, wenn das Einrücken in die höheren Lohnklassen sich erst in späteren Lebensjahren vollzieht, die der Grundrente entsprechenden Beiträge nur kurze Zeit, so daß der Grundbetrag unter Umständen durch die Beiträge des Versicherten nicht mehr gedeckt wird. Der Ausbau der Invalidenversicherung durch Anfügung neuer Lohnklassen würde diese Ausnahme zur Regel machen, die Schädigung der

Versicherungsanstalt außerdem wachsen, weil die Abstände der Grundbeträge von einander größer werden. Die Fehlbeträge müßten durch Erhöhung der Beiträge der minderbemittelten Versicherungspflichtigen über das ihrer Versorgung entsprechende Maß hinaus gedeckt werden. Die Denkschrift setzt dabei allerdings voraus, daß eine Änderung der bestehenden Bestimmungen der Invalidenversicherung nicht in Frage kommt.

Den schwerstwiegenden Grund gegen den Ausbau der Invalidenversicherung sieht die Denkschrift darin, daß bei einer Privatangestelltenversicherung, unmittelbar an die Invalidenversicherung anschließt. gewünschte Berufsinvalidität für den Gesamtumfang Invalidenversicherung an die Stelle der jetzt bestehenden nach Reichsgesetz erforderlichen Erwerbsunfähigkeit treten müßte. Damit aber würden die Renten auf das 2,374-fache der gegenwärtigen Beträge ansteigen und Reiche jährlich durchschnittlich 66 Millionen M Mehrkosten wachsen. Dasselbe gilt für die Herabsetzung des Eintrittes der Altersrente vom 70sten auf das 65ste Lebensjahr. Die dem Reiche dadurch erwachsende jährliche Mehrbelastung wird auf über 12 Millionen M berechnet. Auch der Vorschlag, die durch Einführung der Berufsinvalidität und Herabsetzung der Altersgrenze entstehenden Mehrkosten durch besondere Zusatzbeiträge zu decken, wird für nicht annehmbar gehalten, weil große Gruppen der Privatangestellten anfangs bei der allgemeinen Invalidenversicherung, also gegen die allgemeine Erwerbsunfähigkeit, versichert wären. Die Berechnung der Rente würde für den Fall, daß ein solcher Versicherter als Privatangestellter in die neuen Lohnklassen einrückt und Berufsinvalide wird, auf kaum lösbare Schwierigkeiten stoßen.

Gegen die Befreiung der Privatangestellten von der Invalidenversicherung und gegen die Errichtung einer Sonderklasse erhebt die Denkschrift folgende Bedenken: Die Privatangestellten müßten den Reichszuschuß entbehren. Die Regelung der Ansprüche der aus der Invalidenversicherung Ausscheidenden führe zu den gleichen Schwierigkeiten, wie sie oben angeführt wurden. Die finanzielle Tragweite der infolge des Ausscheidens eines großen Personenkreises eintretenden Änderung sei wegen der Verschiebung der Risiken nicht vorauszusehen.

111

den,

四四

ME

Sinn

His

WEST

der be

igen de

finance

nbered:

inrides die de

gedech

ng der

Hingegen hält die Denkschrift den dritten Weg für gangbar: Die Privatangestellten verbleiben in der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung, soweit sie dort versicherungspflichtig sind, und beziehen die entsprechenden Renten, sobald der Versicherungsfall nach dem Invalidenversicherungsgesetze gegeben ist. Die Sonderkasse gewährt Berufsinvalidenrente und Altersrente mit 65 Jahren sowie Hinterbliebenenbezüge.

Den Kreis der Versicherungspflichtigen grenzt die Denkschrift in Anlehnung an die durch die langjährige Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes annähernd klargestellten Bestimmungen des § 1 Abs. 1 Ziff. 2 und 3 des Invalidenversicherungsgesetzes wie folgt ab: Betriebsleiter, Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker, Handlungsgehülfen und Lehrlinge, in Apotheken beschäftigte Gehilfen und Lehrlinge, Schiffsbesatzungen und Schiffsführer, Privatlehrer und -erzieher und sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet. Die Denkschrift hebt besonders hervor, daß auch die in leitender Stellung stehenden Angestellten einzubeziehen sind. Hiernach sollen also alle gegen Ge-

halt im Privatleben tätigen Angestellten versicherungspflichtig werden, soweit sie nicht Gesinde oder gewerbliche Arbeiter sind. Die Versicherungspflicht soll weder an eine untere noch an eine obere Gehaltsgrenze gebunden sein. Allerdings ist eine Beschränkung insofern vorgesehen, als Gehälter über 5000 M mit einem Durchschnittssatze von 5760 M zur Versicherung herangezogen werden. Als oberste Altersgrenze für die Versicherungspflicht gilt das 60ste Lebensjahr. Die freiwillige Selbstversicherung sowie die Versicherung in höheren Gehaltsklassen nach eigener Wahl sind unzulässig. Als invalide sieht die Denkschrift den Privatbeamten an, der nicht in der Lage ist, mehr als die Hälfte dessen zu verdienen, was ein körperlich und geistig gesunder Privatangestellter von ähnlicher Ausbildung oder gleichartigen Kenntnissen und Fähigkeiten in irgend einer durch die neue Versicherung erfaßten Berufstellung verdient. Bei denjenigen Privatangestellten, die außerdem der allgemeinen Invalidenversicherung unterliegen, tritt die reichsgesetzliche Invalidenrente ein, wenn die hierfür erforderliche Voraussetzung gegeben, d. h. die Erwerbsfähigkeit auf ein Drittel gesunken ist. Da bei den Frauen die Leistungen für die Witwenversicherung fortfallen, ist die Wartezeit für männliche und weibliche Angestellte verschieden bemessen. Männliche Angestellte erhalten, wenn die entsprechenden Voraussetzungen eintreten, nach 10jähriger Wartezeit Invaliden- und Alterspension, während eine Hinterbliebenenfürsorge im Falle des Todes des Versicherten nach einer Wartezeit von 5 Jahren vorgesehen ist. Für weibliche Angestellte wird nach 5jähriger Wartezeit im Falle der Erwerbsunfähigkeit eine Invalidenpension gewährt, im Falle des Todes wird als Sterbegeld die Hälfte der eingezahlten Beiträge ohne Zinsen zurückgezahlt. Die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen aufzubringenden Kosten sollen etwa 8 vH des versicherten Einkommens betragen.

Unter diesen Voraussetzungen ergeben sich folgende Leistungen der Versicherungsanstalt:

- a) Nach Ablauf der zehnjährigen Wartezeit wird als Grundrente ein Viertel des Wertes der ersten 120 Monatsbeiträge gewährt, als Steigerung ein Achtel des Wertes der weiterhin bis zum Eintritte des Versicherungsfalles entrichteten Monatsbeiträge. Witwen erhalten hiervon zwei Fünftel, Waisen zwei Fünfundzwanzigstel, Doppelwaisen zwei Fünfzehntel.
- b) Für die nach Ablauf von 60 Beitragmonaten zu entschädigenden Versicherungsfälle beträgt der Pensionsanspruch ein Viertel des Wertes der ersten 60 Monatsbeiträge. Die Teilbeträge für die Hinterbliebenenbezüge sind dieselben wie unter a.

Unter Zugrundelegung von 10 Gehaltsklassen stellt die Denkschrift die auf Seite 491 wiedergegebene Zahlentafel auf.

Auch für die Organisation der neuen Versicherung glaubt die Denkschrift einen brauchbaren Vorschlag gefunden zu haben. Die Durchführung der Privatangestelltenversicherung soll nicht den Trägern der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung übertragen werden, weil wegen des anders gearteten Risikos die Einrichtung besonderer Abteilungen notwendig wird, die im Verhältnis zu ihrem sehr geringen Umfang — $1^{1}/_{2}$ Millionen Angestellte verteilen sich auf 41 Anstalten — zu kostspielig würde. Hinzu kommen die Erschwerung der Freizügigkeit und die bereits jetzt starke Belastung der Anstalten. Die Denkschrift schlägt daher vor, die Versicherungsgeschäfte einer sämtliche Privatangestellten

	die Höhe des monatlichen Beitrages 2 × Sp. 3 oder 8 × Sp. 6			80	2,80	4,80	08'9	8,80	11,20	00	00	20	00	40
					2,	4,	,0	00	11,	14,00	18,00	23,20	30,00	38,40
gt in M	der Jahres- betrag des Auspruches innerhalb der Wartezeit nach Ablauf von 60 Beitrag- monaten 0,1 × Sp. 3			7	42	72	102	132	168	210	270	348	450	576
Es beträgt in M	nach Ablaut der Wartezeit der Jahresbetrag s Pensions- der Steigerung nispruches des Anspruches s den ersten für haltragen Manats- jeden weiteren haltragen		0,01 X Sp. 4	9	0,35	09'0	0,85	1,10	1,40	1,75	2,25	2,90	3,75	4,80
	nach Ablauf der Jahr	des Pensions- anspruches aus den ersten 120 Monats- beiträgen	0,2 × Sp. 3	5	84	144	204	264	336	420	540	969	006	1152
	Durchschnittssatz des versicherten Ein-kommens in den nebenbzzeichreten Gehaltsklassen in Midhrlich monatlich			4	35	09	85	110	140	175	225	290	375	480
	Durchschui versichen kommen nebenbez Gehaltskla			3	420	720	1020	1320	1680	2100	2700	3480	4500	2200
	In den nebenbezeichneten Gehaltsklassen	sind alle Privatangestellten zu versichern, deren jeweiliges Jahresgehalt beträgt		2	bis zu 550 M	von mehr als 550 » » 850 »	» » » 850 » » 1150 »	» » » 1150 » » 1500 »	* * * 1500 * * 1800 *	* * * 1800 » » 2400 »	» » » 2400 » » 3000 »	» » » 3000 » » 4000 »	» » 4000 » » 5000 »	" * * 5000 M
Bezeich- nung der Gehalfs- klasse			1	A	В	C	D	П	Щ	Ö	Ξ	_	X	

12

sice side idea idea idea

inte di Salis Va

ÖE

le ste

ie at ichti: Pintilider

isikos nis zu h auf r Frei-

schrift ellten umfassenden Reichsversicherungsanstalt für Privatangestellte zu überweisen, deren Einrichtung und Organisation in Anlehnung an die Vorschriften des Invalidenversicherungsgesetzes gedacht ist.

Für die Form der Beitragentrichtung macht die Denkschrift noch fol-

gende Vorschläge:

Anmeldepflicht der Arbeitgeber, Einführung eines Quittungsbuches anstatt der Beitragmarken, Überweisung der Beiträge durch den Arbeitgeber in einer Summe mittels Reichsbankgirokontos oder im Postüberweisungs- und Scheckverkehr an die Reichsanstalt. Ferner ist vorgesehen, daß Personen die Versicherung freiwillig fortsetzen oder ihren Anspruch durch Zahlung einer Anerkennungsgebühr aufrecht erhalten können.

Für die Anerkennung von Ersatzeinrichtungen stellt die Denkschrift, ausgehend von dem der neuen Versicherung untergelegten Grundsatze der Pflichtversicherung, sehr weitgehende Forderungen. In Betracht kommen nur solche Kassen, die eine der neuen Versicherung "gleichwertige" Fürsorge gewährleisten können, d. h. mindestens gleiche und vollkommen sicher gestellte Leistungen bei höchstens gleichen Beiträgen. Weitere wesentliche Voraussetzungen für die Anerkennung der Gleichwertigkeit sind die Aufrechterhaltung der vollen Freizügigkeit der Versicherten und ihre den neuen Vorschriften entsprechende Mitwirkung bei der Verwaltung und bei der Geltendmachung von Anträgen auf Gewährung der versprochenen Leistungen. Die große Zahl der bereits bestehenden Werk- und Geschäftspensionskassen, deren Kapitalien nach vielen Millionen zählen dürften, gibt dieser Frage besondere Bedeutung. Das Studium der durch das Pensionsgesetz in Österreich¹) geschaffenen Zustände, wo man mit der Zulassung von Ersatzinstituten ziemlich weit gegangen ist, wird hier manches Lehrreiche bieten.

Die Denkschrift verfolgt, wie sie selbst in ihren einleitenden Worten sagt, den Zweck, die Gesamtheit der Beteiligten erneut zur Kritik aufzurufen, um dadurch eine Grundlage zu schaffen, auf der sich binnen möglichst kurzer Frist feste Beschlüsse für die endgültige Ordnung der so bedeutsamen Frage aufbauen könnten. Dieser Aufforderung sind die Verbände der Privatangestellten ausgiebig nachgekommen.

Im allgemeinen ist der Gedanke, sämtliche Privatangestellten von der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung zu befreien und sie einer selbständigen Kasse zuzuweisen, aufgegeben worden. Die Verbände, die bisher diesen Standpunkt vertraten, haben sich fast sämtlich auf den Boden der zweiten Denkschrift gestellt. Heftig hingegen wogt zurzeit noch der Kampf zwischen den beiden anderen Auffassungen: Ausbau der Invalidenversicherung oder Sonderkasse in der von der Denkschrift vorgeschlagenen Form der Zusatzversicherung.

Von den Verbänden technischer Angestellter vertritt der Bund der technisch-industriellen Beamten wie von Anfang an auch weiterhin den Gedanken des Ausbaues. Er verwirft die Sonderversicherung der Privatangestellten, weil nach seiner Meinung eine strenge Grenze zwischen Privatangestellten und Arbeitern nicht gezogen werden kann und weil er es so-

¹) Gesetz betr. die Pensionsverhältnisse der in privaten Diensten und einiger in öffentlichen Diensten Angestellten; in Kraft seit 1. Januar 1909.

zialpolitisch nicht für zweckmäßig erachtet, die Privatangestellten durch die Einführung einer Zusatzversicherung gegenüber dem Arbeiterstande herauszuheben. Der gut bezahlte Arbeiter müsse sich mit Recht zurückgesetzt fühlen, wenn ihm die Möglichkeit, sich eine höhere Rente zu sichern, nicht gegeben werde. Das Bestreben der Arbeitgeber, die Techniker zu Lohnarbeitern herabzusetzen, werde wachsen, wie auch der Zudrang zu dem nunmehr bevorzugten Berufe zunehmen werde.

1 15

日日

7500

grà

lis

day.

le tile

min

व्यंद्व :

वे क

oriza si

ded

出世

Printer

00 10

he le

E 202

d mich

100 E

de 700

orbin b

der Prin

hen Prin

869

Der deutsche Technikerverband wünscht in der von der Regierung geplanten Zusatzkasse diejenigen Forderungen der Privatangestellten verwirklicht zu sehen, denen die Reichsversicherungsordnung nicht gerecht wird, an erster Stelle die Forderungen der Berufsinvalidität und weitergehender Hinterbliebenenfürsorge. Die die Freizügigkeit und das Koalitionsrecht der Angestellten beeinträchtigenden privaten Werkpensionskassen kann der Verband nicht als ausreichende Versicherungseinrichtungen anerkennen und lehnt daher deren Zulassung als Ersatzinstitute ab. (Beschluß des 20. Verbandstages, Pfingsten 1910)

Der Deutsche Werkmeisterverband erwartet, daß der Gesetzentwurf auf die Angestellten im höheren Alter Rücksicht nimmt. Gleichzeitig fordert er, daß in der Reichsversicherungsordnung die Versicherung aller Angestellten, ohne Rücksicht auf das Einkommen, gegen Unfall, Krankheit und Invalidität verwirklicht wird. (Beschluß des Delegiertentages des Deutschen Werkmeisterverbandes, Pfingsten 1910)

Gegen eine Monopolstellung der staatlichen Pensionsversicherung und für die Zulassung von Ersatzinstituten, welche, wie oben erwähnt, die Denkschrift nur unter ziemlich erschwerenden Umständen zugestehen will, treten naturgenräß die Verbände ein, die gut gegründete und geleitete Fürsorgeeinrichtungen besitzen: Der deutsche Privatbeamten-Verein, der deutsche Bankbeamtenverein, der Verein für Handlungskommis von 1858 u. a. m.

Die Beschlüsse der Generalversammlung des Verbandes deutscher Lebensversicherungsgesellschaften betonen gleichfalls die Wichtigkeit des Fortbestehens privater Pensionskassen.

Die Unternehmerverbände haben sich fast durchweg mit der Schaffung einer Privatangestelltenversicherung einverstanden erklärt, ohne jedoch zu den Einzelheiten Stellung zu nehmen, so der Zentralverband deutscher Industrieller und der Verband sächsischer Industrieller.

Der Ausschuß des Hansabundes für die Versicherung der Privatangestellten steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, "daß noch in der gegenwärtigen Reichstagsperiode ein Gesetzentwurf betreffend die Versicherung der Privatangestellten dem Reichstage vorgelegt werden und zur Durchberatung gelangen soll. Er hält mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Angelegenheit und auf die volle Zustimmung der wesentlich in Frage kommenden gewerblichen Kreise ein weiteres Hinausschieben dieser Vorlage für unangängig, umsomehr, als auch die einmütige grundsätzlich zustimmende Stellungnahme der Parteien wiederholt ausgesprochen worden ist. Die im Hansabunde vereinigten Erwerbskreise behalten sich im übrigen vor, zu der zu erwartenden Vorlage im einzelnen Stellung zu nehmen."

Der sozialpolitische Ausschuß des Handelstages fordert eine Prüfung, ob die Zwangsversicherung sich nicht nur auf die wirtschaftlich Schwachen

beschränken sollte. Diese Forderung berührt die bisher noch heiß umstrittene Frage, wer überhaupt Interessent einer Privatangestelltenversicherung ist. Der deutsche volkswirtschaftliche Verband schlägt in einer sehr eingehend begründeten Eingabe an die Regierung vor, daß als Privatangestellte im Sinn eines entsprechenden Gesetzes nur diejenigen Privatbeamten anzusehen sind, deren Gehalt 6000 M nicht übersteigt. Maßgebend hierfür ist die Erwägung, daß die höher besoldeten Privatbeamten durch die staatliche Kasse keine zweckentsprechende Versorgung erhalten würden. Bedenken gleicher Art werden auch von anderen Privatbeamten mit akademischer Vorbildung geäußert. Einige Bezirksvereine des Vereines deutscher Chemiker und der Verband geprüfter Nahrungsmittelchemiker sind der Ansicht, daß die vorgesehene Privatbeamtenversicherung den Interessen der akademisch gebildeten Chemiker nicht entspricht, da diese im allgemeinen erst in späteren Jahren (frühestens Mitte der 20er) einen beitragpflichtigen Beruf aufnehmen können und dementsprechend gegenüber den nichtakademisch gebildeten Angestellten erst später anspruchberechtigt werden. Die Arbeitsunfähigkeit der akademisch Gebildeten sei von ganz anderen Verhältnissen abhängig als in anderen Berufen; deshalb sei die Invalidität gegenüber der Altersversorgung mehr in den Vordergrund zu setzen. Man sieht eine Lösung der schwebenden Frage in einer Zusammenfassung der akademischen Berufe (Ärzte, Juristen, Ingenieure, Architekten, Chemiker usw.) in einer besonderen Versicherungsklasse. Die gleichen Anschauungen sind auch im Verbande deutscher Diplomingenieure vertreten.

Die Arbeiter stehen naturgemäß der Schaffung einer Sonderversicherung für die Privatangestellten nicht freundlich gegenüber. Der Verband deutscher Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) sieht in der Errichtung einer Sonderklasse ein Hinausschieben der dringend gewordenen Revision der Invaliditätsversicherung der Arbeiter. Eine Steigerung der Beträge würde für die Angestellten unter 2000 M eine Abgabe von 12 bis 13 vH zur Folge haben, die sie nicht aufbringen könnten. Auch wäre es ein soziales Unrecht, wenn den wenigen 100000 Privatangestellten mit einem Einkommen über 2000 M die Möglichkeit einer höheren Versicherung gegeben sei, den höher bezahlten Arbeitern aber nicht. Ahnlich äußert sich ein Protest, der dem sozialdemokratischen Parteitag im September 1909 zu Nürnberg vorlag.

Bei der am 9. April d. J. im Reichsamte des Innern abgehaltenen Besprechung von Regierungsvertretern mit Interessenten der Privatangestelltenversicherung, zu der bemerkenswerter Weise auch Vertreter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hinzugezogen waren, erklärten die Regierungsvertreter, daß die Regierung zurzeit nicht in der Lage sei, eine Erklärung über ihre Stellungnahme abzugeben, daß aber der Gesetzentwurf im Herbste dem Reichstage vorgelegt werden solle. Neuerdings werden jedoch in der Presse schon die Grundzüge eines Gesetzentwurfes verbreitet, aus denen zu schließen ist, daß die Regierung den Entwurf auf Grundlage der zweiten Denkschrift ausarbeitet. Da sich im Reichstage sämtliche Parteien einmütig für die Schaffung eines Pensionsgesetzes ausgesprochen haben, ist zu vermuten, daß die Versicherung der Privatbeamten noch in der laufenden Tagung Gesetz wird.

II. DER GELD-, WAREN- UND ARBEITS-MARKT.

Der Versand des Stahlwerksverbandes.

W

erung erung

diago

ditto

hieri

admin

to Vo

Stor is

ing

य के

isi i

die die

a Ala

ė Lin

en lic

SIN'S

ent h

reit.

を対

出口

3

boin dooid

philosophic gentle i Her

Signal Signal

50, 5

telli

raia !

verbreit d Gran

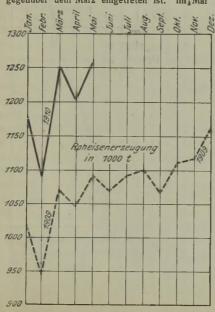
sprode

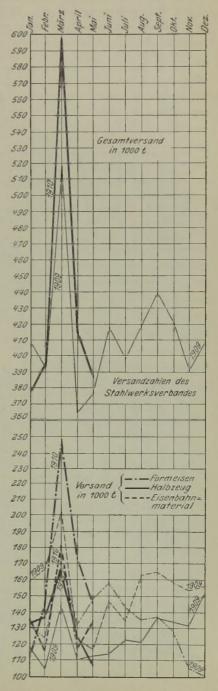
力自他

Der Versand des Stahlwerksverbandes in Produkten A betrug im April 415 449 (i. V. 364669) t, im Mai 387594 (377718) t. Er stellte sich mithin um 50780 bezw. um 9876 t höher als in 1909. Auf die einzelnen Gruppen enftallen folgende Mengen: auf Halbzeug im April 125637 (109 340) t, im Mai 107 197 (112 418) t; auf Formeisen im April 173 353 (131 448) t, im Mai 145 504 (148 437) t; auf Eisenbahnmaterial im April 117 459 (123 881) t, im Mai 134 893 (116 863) t. Das Ergebnis ist außer für Eisenbahnmaterial im April nicht unerheblich besser als im Vorjahre, während im Mai der Versand für Halbzeug wie für Formeisen nicht unerheblich hinter dem des Aprils aber auch hinter dem des Vorjahres zurückgeblieben ist. In Eisenbahnmaterial zeigt der Maiversand sowohl gegenüber dem Vornahresmonat eine leichte Steigerung. Der Versand des Verbandes im ganzen ist wenig befriedigend. Dies ist in erster Linie dem Darniederliegen des Baugewerbes infolge des großen Arbeiterausstandes zuzuschreiben. Auf der anderen Seite scheint der Versuch, sich für den Minderabsatz im Inlande im Auslande schadlos zu halten, nicht voll gegilückt zu sein, was erklärlich ist, da auch die Eisenindustrie Belgiens und Frankreichs unter ähnlichen Verhältnissen wie die deutsche Industrie steht, d. h. unter einer nicht genügenden Nachfrage bei steigender Erzeurung leidet.

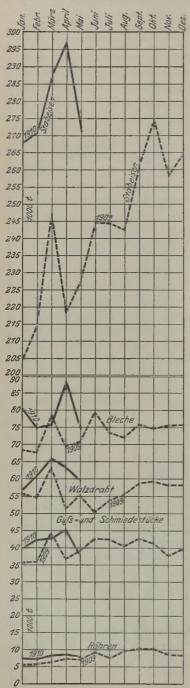
zeugung leidet.

Der Versand des Stahlwerksverbandes in Produkten B stellte sich für Stabeisen im April auf 297023 (i. V. 218450) t, für Bleche auf 88430 (69427) t, für Walzdraht auf 63449 (51206) t, für Guß- und Schmiedestücke anf 45177 (36715) t, für Röhren auf 8725 (7340) t. Insgesamt sind die Aprilzahlen höher als die vorjährigen, höher aber auch als die Zahlen aller Monate seit Beginn des Jahres 1909 mit alleiniger Ausnahme der Zahlen für Walzdraht, in dem ein leichter Rückgang gegenüber dem März eingetreten ist. Im 3 Mai





betrug der Versand für Stabeisen 271 430 (227 471 t), für Bleche 74 576 (70 823) t, für Walzdraht



59 406 (55 094) t, für Guß- und Schmiedestücke 37 550 (39 230) t, für Röhren 7895 (7048) t. Der Gesamtversand in Produkten B betrug im April 502 806 (383 138) t, im Mai 450 837 (399 666) t.

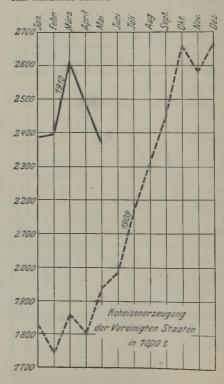
Die Roheisenerzeugung Deutschlands.

(Siehe das Schaubild S. 495.)

Die Roheisenerzeugung Deutschlands betrug im April 1202117 t gegen 1047147 t i. V., oder 154970 t mehr, im Mai 1261735 (1090467) t oder 171268 t mehr. Der leichte Rückschlag, der im April gegenüber dem März mit seiner Rekordzifter von 1215184 t eingetreten ist, wurde im Mai eingeholt. Die Maierzeugung stellt überhaupt die höchste Monatserzeugung dar, die je stattgefunden hat. In den ersten 5 Monaten d. J. wurden 5982961 t Roheisen erzeugt gegen 5185068 i. V. oder fast 800 000 t mehr, d. h. im Monatsdurchschnitt 160 000 t mehr.

Die Roheisenerzeugung der Vereinigen Staaten von Nordamerika.

Die Roheisenerzeugung stellte sich im April auf 2,48 Mill, t gegen 1,76 Mill. t i. V., im Mai auf 2,37 Mill. t gegen 1,91 Mill. t i. V. Sie übertrifft somit erheblich die in dem gleichen Zeitraume des Vorjahres erzeugten Mengen. Immerhin sind die Zahlen des letzten Vierteljahres 1909 noch nicht wieder erreicht. Die Verringerung der Erzeugung ist durch die Abschwächung des Marktes hervorgerufen worden, die gegenwärtig noch andauert und auch in niedrigen Preisen zum Ausdrucke kommt.

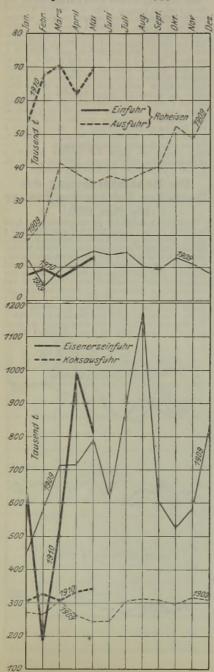


Die Ein- und Ausfuhr von Roheisen, die Einfuhr von Eisenerz und die Ausfuhr von Koks im April und Mai 1910.

可以出口の日本の日

700

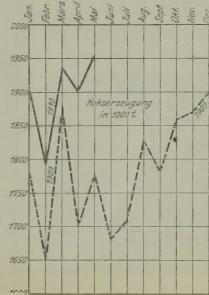
日本の日本日



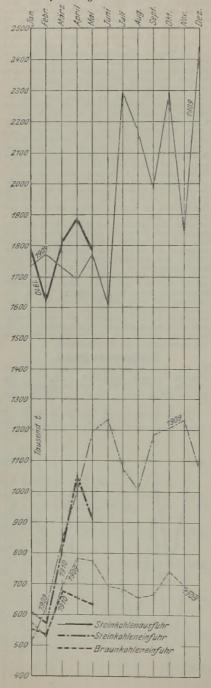
Die Einfuhr von Roheisen betrug im April 10090 (i. V. 12832) t, im Mai 13 035 (14921) t. In den ersten 5 Monaten wurden 47548 t Roheisen eingeführt gegen 5417 ti. V., oder 6869 tweniger. Der Rückgang der Einfuhr hat also weiter angehalten. Umsomehr nimmt die Ausfuhr von Roheisen noch weiter zu. Sie betrug im April 62012 (38 178) t, im Mai 69 988 (35 245) t, in den ersten 5 Monaten des laufenden Jahres 323 919 (157 634) t oder mehr als doppelt soviel wie im Vorjahr. Es betrug mithin der Ausfuhrüberschuß 276 371 (103217) t, während 1907 noch ein Einfuhrüberschuß von 11 409 t bestanden hatte. In dem Vergleiche dieser Zahlen spiegelt sich die Ungunst der Verhältnisse wider, wobei freilich nicht außer acht zu lassen ist, daß die eutsche Roheisenerzeugung um bedeutende Mengen gewachsen ist, die nicht allein im Inland abgesetzt werden konnten. Von der Ausfuhr nahm besonders Belgien große Mengen auf, nämlich 193748 (i. V. 87 479) t, Frankreich 35 286 (26099) t. Stark gestiegen ist die Ausfuhr von Roheisen nach England (seit 1. Januar 30 434 gegen 3429 t) und nach den Vereinigten Staaten (10324 gegen 214 t). In den beiden letzten Monaten gingen nach Amerika 2040 und 2539 t Roheisen. An Eise ner zen wurden im April 990 231 (713 712) t, im Mai 811 922 (789 815) t eingeführt. Die Einfuhr der ersten 5 Monate stellte sich auf 3145 479 t gegen 3154015 t i. V., oder 8536 t weniger. Zugenommen hat bisher die Einfuhr von Eisenerz aus Frankreich (652 503 gegen 509 486) und die aus Spanien (1035 350 gegen 1030 325), wogegen die Einfuhr aus Belgien (94283 gegen 118766) und Schweden (648639 gegen 1027 297) zurückgegangen ist. Die Koksa us fuhr stellte sich in April auf 331178 (264 333) t, im Mai auf 331178 (264 333) t, im Mai auf 331178 (264 330) t, im Mai auf 331178 (264 330) t, im Mai auf 331178 (264 330) t, im Mai auf 341705 (244 320) t, seit dem 1. Januar auf 1609 477 (1343 655) t; mithin betrug sie 265 822 t mehr. Von 1908 auf 1909 hatte sich die Koksausfuhr in den ersten 5 Monaten um 200000 t verringert. Die verstärkte Ausfuhr

Kokserzeugung.

Die Kokserzeugung betrug im April 1900295 t gegen 1702905 t i. V., im Mai 1933254 t, V. 1736865 t; die Erzeugung ist mithin um 197390 t bezw. 216389 t gestiegen. Von



Januar bis Mai wurden 9490330 t Koks erzeugt, gegen 8683597 t, oder 806733 t mehr. Im Monatsdurchschnitt sind mithin bis jetzt 160100 t mehr als im Vorjahre hergestellt worden.

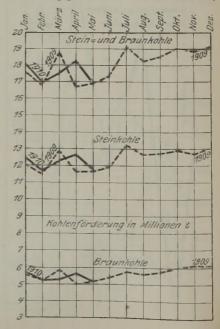


Ein- und Ausfuhr von Steinkohle, Einfuhr von Braunkohle.

Die Einfuhr von Steinkohlen betrug im April 1052133 t gegen 1009974 t, im Mai 908779 t gegen 1195758 t. Von Januar bis Mai wurden 3951654 t gegen 4187888 t eingeführt, oder 236234 t weniger. Im Gegensatz zur Kohlenein-Linder ist die Kohlen ausfuhr stärker gestiegen. Sie betrug im April 1889680 t gegen 1693174 t, im Mai 1782184 t gegen 1776483 t. Von Januar bis Mai wurden 8894825 t Kohlen ausgeführt gegen 8711474 t, oder 183351 t mehr. Der Ausfuhrüberschuß stellte sich in den ersten 5 Monaten auf 4943171 t gegen 4523586 t, oder auf 419585 t mehr. Die Zunahme der Erzeugung kehrt also mit über der Hälfte in der Zunahme des Ausfuhrüberschusses wieder. Die Einfuhr von Braunkohlen betrug im April 654219 t gegen 781977 t, im Mai 631398 gegen 774089 t; sie ist also dauernd zurückgegangen. Von Anfang Januar bis Ende Mai wurden 3046205 t Braunkohle eingeführt, gegen 3357229 t, oder rd. 311000 t, d. h. 60000 t pro Monat, weniger.

Die Kohlenförderung des Deutschen Reiches von Januar bis Mai 1910.

Die Steinkohlenförderung betrug im April 12625524 t gegen 11703724 t, im Mai 11785833 t gegen 11749488 t. Die starke Zunahme im April, die über 900 000 t gegenüber dem Vorjahre betrug, hat im Mai nicht im gleichen Maß angehalten; es sind nur 36 000 t mehr als im Mai 1909 gefördert worden. Das nur langsame Fortschreiten in der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat wiederum zur Einlegung von Feierschichten gezwungen. Von Januar bis Mai wurden 60782 144 t gegen 59931082 t Steinkohlen gewonnen, oder 851062 t mehr, d. h. für den Monat etwa 170000 t. Die Braunkohlenförderung betrug im April 5651 127 t gegen 5026 462 t oder 624665 t mehr;



im Mai haben sich dagegen die Verhältnisse völlig umgekehrt, insofern als nur 5 160680 t Braunkohlen erzeugt wurden gegen 5183 988 t, oder 23 308 t weniger. Die Braunkohlenförderung der ersten 5 Monate ist mit 26 959 305 t (i. V. 27 026 370 t) hinter der vorjährigen um 67 065 t zurückgeblieben.

Der Arbeitsmarkt.

In den ersten 5 Monaten kamen nach der Statistik der Zeitschrift "Arbeitsmarkt", im Vergleiche mit dem Vorjahr auf 100 offene Stellen Ärbeitsuchende:

1910							
		männl.	weibl.	zusammen			
Januar		209,9	88,2	158			
Februar		197,5	82,8	146,8			
März .		143,1	82,8	119,7			
April .		155,7	91,0	130,6			
Mai _		163,2	87,6	133,3			
1909							
		männl.	weibl.	zusammen			
Januar		250,3	92,8	184,9			
Februar		289,4	89,8	198,9			
März .		230,6	81,8	165,4			
April .		190,0	84,9	147,4			
Mai .		187,3	91,0	151,1			

祖の正

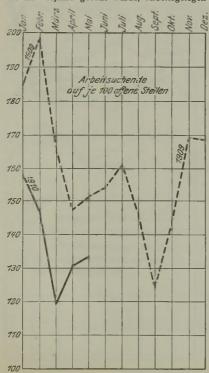
i i ii me ii

(de)

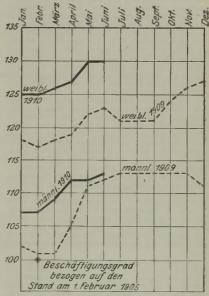
111

da III

Im Vergleiche zum März zeigt der April eine Zunahme des Andranges von Arbeitslosen, der sich im Mai noch etwas weiter verstärkt hat. Gegenüber dem Vorjahre liegen natürlich die Verhältnisse andauernd erheblich günstiger. Besonders verstärkt wurde der Andrang durch die Aussperrung im Baugewerbe, die aber doch nicht an allen Orten stattgefunden hat, sodaß zahlreichen Ausgesperrten in anderen Gegenden, die von der Aussperrung nicht betroffen waren, und in denen infolge der günstigen Witterung eher noch mehr als im Vorjahre gebaut wurde, Arbeitsgelegen-



heit geboten wurde. Auch die mit dem Baugewerbe in Verbindung stehenden Gewerbe haben wohl an einzelnen Orten, aber keineswegs überall die Folgen des Bauarbeiterausstandes zu spüren gehabt. Infolge der günstigen Witterung und der voraussichtlich frühen Ernte ist die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitern ziemlich rege gewesen. Im Textilgewerbe dauerten die günstigen Arbeitsgelegenheiten an, doch ist die Besserung wesentlich geringer, als in den ersten Monaten des Jahres. Dagegen herrschte im Bekleidungsgewerbe, namentlich in der Schneiderei rege Nachlrage nach Arbeitskräften, der nur ein ungenügendes Angebot gegenüberstand. Im Bergbau hat sich der Beschäftigungsgrad gebessert, ebenso in der Eisen- und Metallindustrie, mit Ausnahme einzelner Gebiete, vornehmlich der Roheisenerzeugung, in der aber immerhin die Arbeitsgelegenheit erheblich günstiger als im Vorjahre war. Mit der Reisezeit ist auch die Nachfrage nach Arbeitskräften in Bädern und sonstigen Kurorten erheblich lebhafter geworden.



Reichsbank, Bank von England, Bank von Frankreich im Mai und Juni 1908 bis 1910.

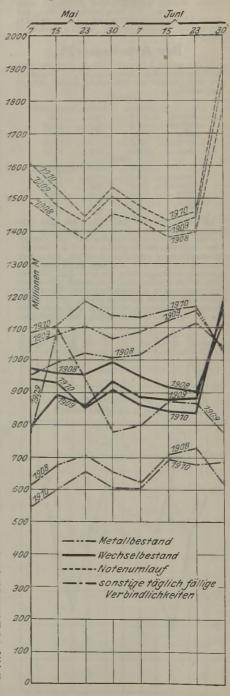
Die weiter fortschreitende Gelderleichterung hat zur Folge gehabt, daß die Bank von England ihren Diskont von 4 auf 3 vH herabsetzte. Die Reichsbank hat dagegen vorsichtigerweise an ihrem bisherigen Diskont festgehalten, da sie um die Halbjahreswende eine stärkere Anspannung befürchtete, die auch tatsächlich eingetreten ist. Durch ihre Diskontpolitik hat sich der Stand der Reichsbank während der letzten beiden Monate außerordentlich flüssig gestaltet. Es gelang, den Anfang Mai 944 Mill. M betragenden Wechselbest and, der erheblich höher als der vorjährige war und an den Bestand des Jahres 1908 fast heranreichte, allmählich herabzumindern, so daß er sehr bald unter den der beiden Vorjahre herabgesunken ist und am 23. Juni mit 837 Mill. M am fniedrigsten war gegen 881 Mill. M i. V. und 902 Mill. M im Jahre 1908. Am 30. Juni hat dann der Wechselbestand mit 1188 Mill. M den der beiden Vorjahres

jahre übertrossen. Auf der anderen Seite ließ sich eine weitere Steigerung des Metallbestandes ermöglichen, der am 23. Mai mit 1183 Mill. M gegen 1110 bezw. 1023 Mill. M in den Vorjahren und am 23. Juni mit 1166 gegen 1152 bezw. 1118 Mill. M seinen höchsten Stand erreichte. In der letzten Juniwoche sind dann der Reichsbank nicht unbeträchtliche Barmittel entzogen worden, doch hält sich der Metallbestand ungefähr auf der Höhe der Vorjahre. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten, die während der beiden letzten Monate eine langsame Steigerung aufweisen, sind recht gering und halten sich beträchtlich unter den Zahlen des Vorjahres. Der Notenumlauf ist durchschnittlich 30 bis 40 Mill. M höher als im Vorjahre gewesen. Am Schluß des Halbjahres wurde die Reichsbank so stark in Anspruch genommen, daß innerhalb einer Woche die Verschlechterung ihres Standes 629 Mill. M betrug gegen 594, 512 und 506 Mill. M in den drei vorangegangenen Jahren.

Bei der Bank von England hat trotz der Diskontherabsetzung der Barvorrat rasch zugenommen, namentlich im Juni. Die Bank verfügte in diesem Monat durchschnittlich über 3 Mill. £ mehr als im Vorjahre. Der höchste Stand wurde am 23. Juni mit 43,86 Mill. £ erreicht gegen 40,86 Mill. £ i. V. und 39,40 Mill. £ in 1908, eine Höhe, welche die Bank seit langen Jahren nicht aufzuweisen hat, die aber im wesentlichen auf das starke Anwachsen der staatlichen Guthaben zurückzuführen ist. Am Schluß des ersten Halbjahres hat sich der Barvorrat um 1,46 Mill. £ verringert. Anderseits steht der Wechselbestand meist nicht unerheblich unter den vorjährigen Beständen. Er wurde allerdings gegen Ende Mai beträchtlich größer, indem er in einer Woche um nicht weniger als 5 Mill. £ zunahm. Im Juni setzte dann ein leichter Rückgang ein, doch hat seit Mitte des Monats sich abermals der Wechselbestand erhöht, um Ende Juni auf 42,8 Mill. £ anzusteigen. Allerdings ist die Inanspruchnahme der Bank etwas geringer als im Vorjahre gewesen. Von den übrigen Konten zeigen die Staatsguthaben eine bedeutende Steigerung. Sie betrugen meist 12 bis 15 Mill. £ mehr als im Vorjahre, während umgekehrt die Privatguthaben um 5 bis Mill. £ geringer als im Vorjahre standen. Dieser niedrige Stand der Privatguthaben zeigt, daß der oflene Markt noch stark an die Bank verschuldet ist, die daher ohne Schwierigkeit die erwähnten Diskontherabsetzungen aussprechen konnte.

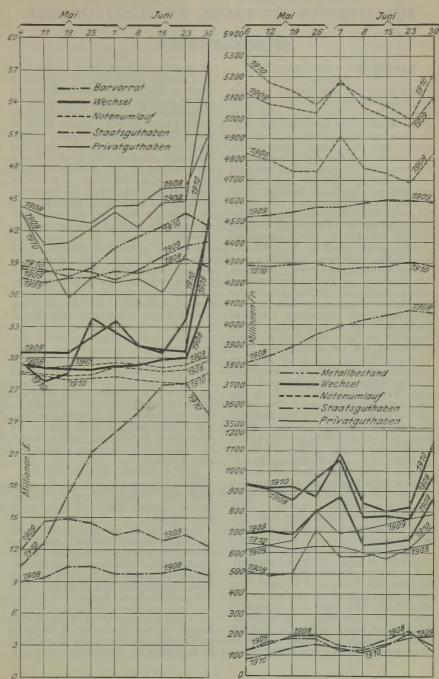
Bei der Bank von Frankreich st der Metallbestand in den beiden Monaten nur sehr geringfügigen Aenderungen ausgesetzt gewesen. Er steht ungefähr in der Mitte zwischen dem Stande der beiden Jahre 1908 und 1909. Seinen höchsten Stand erreichte er am 23. Juni mit 4302 Mill. Frs. i. gegen 4607 Mill. Frs. i. V. und 4072 Mill. Frs. in 1908. In der letzten Juniwoche ging er um 17 Mill. Frs. zurück. Der Wechselbestand war an allen Terminen erheblich höher als im Vorjahre. Seinen höchsten Stand erreichte er am 30. Juni mit 1154,5 Mill. Frs. gegen 877 Mill. Frs. i. V. Der Unterschied betrug meist 150 bis 200 Mill. Frs. ann. Die Privatguthaben waren stets geringer als die vorjährigen. Ende Mai ist der Unterschied sogar auf 176 Mill. Frs. angewachsen, um sich erst im Juni wieder zu verringern. Die Staatsguthaben waren mit Ausnahme des 23. Juni niedriger als im Vorjahre. Sie sind in den beiden Monaten bis zur dritten Woche angewachsen und haben dann beim Monatswechsel eine wesentliche Verringerung erfahren. Das Gesamtbild der Ausweise der Bank von Frankreich ist wesentlich schlechter als im Vorjahr, es hat sich erst in der zweiten Juniwoche leicht gebessert. Bedeutend war der Notenumlauf, der den vorjährigen übertraf und Anfang Mai und Ende Juni Rekordziffern aufwies.

Deutsche Reichsbank.



Bank von England.

Bank von Frankreich.



III. KLEINE MITTEILUNGEN AUS LITERATUR UND PRAXIS; BUCHBESPRECHUNGEN.

BILDUNGSWESEN.

Das Danziger volkswirtschaftliche Seminar.

Aus Anlaß der Mitteilungen, die Herr Regierungs-Bauführer C. Walther im Juniheft dieser Zeitschrift über das volkswirtschaftliche Seminar der Kgl. Technischen Hochschule zu Berlin gemacht hat, sei darauf hingewiesen, daß auch an der Kgl. Technischen Hochschule in Danzig schon seit dem Sommerhalbjahr 1906 ein staatswissenbesteht. schaftliches Seminar Leitung hatte zunächst Professor Die Seminarübungen folgen neben der Pflege der Vortragtechnik den Zweck, die Studierenden durch eigene Arbeit in die volkswirtschaftlichen Zeitfragen einzuführen und sie an die Benutzung der einschlägigen Literatur zu gewöhnen. Im Seminar-raume wurde die volkswirtschaftliche Handbücherei aufgestellt und zu ihrer Ergänzung ein dauernder jährlicher Zuschuß von 860 M ausgeworfen. Dazu traten für die Jahre 1906, 1907 und 1908 Extraordinarien im Betrage von 1500, 1400 und 524 M. Einen wesentlichen Zuwachs erhielt die Bücherei durch die Ueberweisung einer großen Anzahl von Werken aus dem Nachlaß des Abgeordneten Rickert. Außerdem ist viel wertvolles Material, insbesondere statistischer Art, von zahlreichen öffentlichen und privaten Körperschaften, insbesondere von den großen Schiffahrt-gesellschaften, zur Verfügung gestellt worden. Die Handbücherei enthält im ganzen 2425 Bände, die sich ziemlich gleichmäßig über alle Gebiete der Wirtschaftswissenschaften verteilen. Auch an Jahrbüchern, Zeitschriften usw. umfaßt die Bücherei alle wichtigeren Erscheinungen.

Ueber den Seminarbetrieb selbst ist folgendes zu sagen. Es finden wöchentlich zwei Uebungsstunden statt. In ihnen erstatten die Teilnehmer Berichte, über deren Gegenstände sie sich vorher mit dem Leiter des Seminars verständigt haben. Im Jahre 1908 wurde Professor Thieß nach Japan beurlaubt, und mit seiner Vertretung wurde Professor Mollwo beauftragt. Es wurden von nun

an grundsätzlich nur noch Studierende zum Seminar zugelassen, die mindestens schon allgemeine Nationalökonomie gehört hatten. Infolgedessen ging die Teilnehmerzahl natürlich unter Mollwos Leitung etwas zurück. Ferner führte er mit Erfolg den Versuch durch, in den einzelnen Semestern abgeschlossene Gebiete zu behandeln. So wurden bisher das Bankwesen, die Sozialpolitik und die Handelspolitik einer eingehenden Besprechung unterzogen. Zu erwähnen ist noch die Anordnung Mollwos, daß die Vorträge stets frei nur unter Benutzung von Notizen gehalten werden müssen.

Als ein glücklicher Umstand darf es bezeichnet werden, daß sich die Teilnehmer gleichmäßig aus Technikern und Iuristen zusammensetzen; letztere erhalten in Danzig ihre praktische Ausbildung und benutzen die Gelegenheit, sich volkswirtschaftiche Kenntnisse anzueignen. So entsteht ein die Techniker wie die Juristen sehr fördernder Austausch der gegenseitigen Kenntnisse, der gerade auf dem Gebiete der Nationalökonomie äußerst fruchtbringend ist. Endlich hat die beschränkte Zahl der Teilnehmer noch den großen Vorzug, daß jeder der Studierenden mindestens einmal im Semester, meist aber mehrfach zu Vorträgen herangezogen wird, und so die besonderen Vorteile des Seminarbetriebes auch jedem einzelnen wirklich zugute kommen.

Karl Günther, Danzig-Langfuhr.

Volkswirtschaftlich-Statistisches Taschenbuch 1910. Bearbeitet von Dr. Hugo Bonikowsky. Kattowitz O/S. 1910, Gebr. Boehm.

Der Verfasser, der mit Dr. H. Voltz zusammen die vortreffliche Statistik der Oberschlesischen Berg-und Hüttenwerke bearbeitet und im Oberschlesischen Bezirksvereine deutscher Ingenieure durch seine ausgezeichneten Vorträge über volkswirtschaftliche Fragen¹) wohl be-

¹⁾ Vergl. Dr. Hugo Bonikowsky: Wandlungen in der deutschen Wirtschaftspolitik (Mitt. d. Oberschles. Bezirksver. d. Ing. 1910 Nr. 3 bis 5).

kannt und geschätzt ist, hat mit der Herausgabe des Volkswirtschaftlich-Statistischen Jahrbuches 1910 einen sehr glücklichen Griff getan. Gewiß haben wir vorzügliche statistische Werke. Aber, wie der Verfasser durchaus zutreffend im Vorworte sagt, sie erscheinen beinahe »unter Ausschluß der Oeffentlichkeit«. Das liegt einmal an dem hohen Preise, der durch die kostspielige und mühevolle Herstellung der vielbändigen amtlichen und privaten statistischen Werke bedingt wird, sodann an ihrer Unhandlichkeit, die es verbietet, sie außerhalb der Bibliothek des Arbeitzimmers zu gebrauchen. Und dabei gibt es der Notwendigkeiten, zuverlässige statistische Angaben zur Hand zu haben, gar viele! Hier greift nun das im bequemen Notizbuchformat gehaltene Büchlein helfend ein. Aus der Fülle statistischer Werke über die deutsche Volkswirtschaft und die andrer bedeutender Länder gibt es eine Auslese wichtiger Angaben, wobei Tatsachen der · Gütererzeugung, namentlich in Landwirtschaft und Viehzucht, Bergbau und Schwerindustrie ein besonders breiter Raum eingeräumt ist. Ein kleiner Mangel, der wohl auf die Verschiedenheit der Quellen zurückzuführen ist, sei hier erwähnt: die wechselnde Bezeichnung für die gleichen Maße, Gewichte usw. So findet sich z. B. S. 62 und 63 für »Tonnen« die Bezeichnung t, To. und Tonnen, ferner ebendort 1000 M und 1000 M., S. 93 dann wieder 1000 M, an andrer Stelle 1000 Mark; t für Tonne(n) und M für Mark dürfte überall verständlich sein. Zu erwägen wäre auch, ob nicht auch die ausländischen Maß-, Gewichts- und Geldangaben der besseren Vergleichbarkeit halber in deutsches

Maß usw. umgerechnet in den Zahlen-

tafeln wiedergegeben würden. Diese kleinen Bemerkungen nur nebenbei! Sie tun dem Urteil über die Nützlichkeit des kleinen Werkes keinen Abbruch. Das große Interesse, das gerade jetzt weite Kreise des deutschen Volkes für Fragen der Volkswirtschaft und der Staatsbürgerkunde haben, sichert Volkswirtschaftlich - Statistischen Taschenbuch 1910 weiteste Verbreitung.

Städtebaukursus. An der Königlichen Technischen Hochschule zu Aachen wird im Herbst ein Städtebaukursus veranstaltet, der für Baubeamte, andere leitende Kommunalbeamte und Leiter und Beamte industrieller Werke von großem Interesse sein wird. Vom 3. bis 15. Oktober werden täglich von 10 bis 1 Uhr und 5 bis 7 Uhr Vorträge stattfinden, die durch zahlreiche Besichtigungen und durch die Ausstellung von Plänen usw. im Reiff-Museum ergänzt werden sollen. Das Programm behandelt die Grund- und Einzelfragen des Städtebaues in industriellen Gegenden, unter besonderer Berücksichtigung gerade der westdeutschen industriellen Gebiete. Aus dem Programm der Vorträge, die hervorragende Männer aus der Praxis und dem Gelehrtenstande übernommen haben, greifen wir heraus: Bebauungspläne, städtische Bodenpolitik, Geschichte des Städtebaues, Entwicklung von Industriegebieten, Eingemeindungsfragen, Wasserversorgung, Entwässerung, Müllbeseitigung, Zentralkraftversorgung, Lokal-verkehr, Rauchschäden usw. Nähere Auskunft erteilt das Sekretariat der Königlichen Technischen Hochschule Aachen, von dem auch das genaue Programm versandt wird.

INDUSTRIE UND BERGBAU: AUSSTELLUNGSWESEN.

Die Industrie und der Staat. Von Dr. Rudolf Böttger. Tübingen 1910,

J. C. B. Mohr. 3,20 M.

*Treten die Minister und die Vertreter großindustrieller Unternehmungen zum Zwecke der gemeinschaftlichen Besprechung volkswirtschaftlicher oder gesetzgeberischer Aufgaben zusammen, so gibt es nicht selten einen Austausch von Ermahnungen, die in ihrer ständigen Wiederholung erkennen lassen, daß sich die Parteien im Laufe der Jahre wenig näher gekommen sind. Man begegnet einander wie Diplomaten

nicht eben befreundeter Mächte.« Mit diesen Worten leitet der Verfasser sein lesenswertes Buch »Die Industrie und der Staat« ein und formuliert sodann näher die Klagen und Anklagen, die von beiden Seiten erhoben werden. Die Industrie klagt über mangelnden Einfluß im Staat, über sozialpolitische Experimente, über Bevorzugung der Landwirtschaft, über Zügellosigkeit der von Parlament und Regierung maßlos verwöhnten arbeitenden Klassen. Die Industrie wird angeklagt, daß ihr politisches Verständnis und politische Initiative mangeln, daß ihre gewalttätige Entwicklung den gesunden Aufbau des Volkes gestört, daß sie mächtige Verschiebungen in der Bevölkerung, in der Vermögensverteilung und in der Verteilung der parteipolitischen Kräfte bewirkt habe, daß sie zwar radikale Bestrebungen hervorrufe, aber für soziale Reformen kein Verständnis habe.

Woher diese Anklagen, und wieweit sind sie begründet? Um diese Frage unparteiisch und sachlich beantworten zu können, gibt der Verfasser vorerst einen kurzen Ueberblick über die treibenden Kräfte, die zu den heutigen unausgeglichenen Zuständen geführt haben. Er schildert das Erwachen der Industrie, ihren Einfluß auf den Staat und die Bevölkerung, das Aufkommen neuer sozialer Klassen und knüpft daran Betrachtungen über die soziale Frage und die soziale Bewegung. Nachdem kurz die Frage: Manchestertum oder Staatseinmischung? gestreift worden ist, wird in einem weiteren »Unsere sozialpolitischen Staatsmänner« überschriebenen Abschnitte Bismarcks Wirken sowie die Tätigkeit von Männern wie Berlepsch, Bülow, Posadowsky und Bethmann Hollweg an der Hand ihrer Reden und Taten besprochen. Aufgabe der kommenden Staatsmänner bezeichnet Böttger, zwischen den drei oder vier Gewalten: Staatsgedanken, Gewerkschafts- und Fabrikautorität und Persönlichkeitsrechten, die jetzt noch fehlende Vermittlung zu schaffen. Weiterhin gibt der Verfasser einen Einblick in das Verhältnis der Industrie zu den anderen Mächten: dem Agrarismus, dem Klerikalismus und der Bureaukratie. Die oft gehörte Preisfrage: Ist Deutschland Industrie- oder Agrarstaat? bezeichnet er insofern als gegenstandlos, als bis auf weiteres neben einer gedeihenden Industrie auch Raum für eine blühende Landwirtschaft vorhanden sei. Es müsse von ihr allerdings wie auch vom Gewerbewesen die höchste Kräfteanspannung verlangt werden; sie sei dabei durchaus befähigt, den ihr gebührenden Anteil an den Staatslasten und sozialpolitischen Verpflichtungen zu übernehmen. In weiteren Abschnitten schildert Böttger sodann die Organisationen der Industrie, das Industrie-programm der großen Verbände, die Organisation der Arbeiter in den verschiedenen Gewerkschaften, die Abwehrmaßnahmen der Arbeitgeber sowie die

Bestrebungen zur Förderung des sozialen Friedens. Nachdem so der Verfasser mit dem deutlich erkennbaren Bestreben größter Sachlichkeit die unser Volk bewegenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen durchgesprochen hat, wobei er nicht an der Oberfläche haften bleibt, sondern stets bemüht ist, die inneren Ursachen aufzuspüren, wirft er zum Schluß die Frage auf: Was ist zu tun?

Ein gegenseitiges Pflichtverhältnis verbindet gegenwärtig Staat und Industrie aufs innigste. »Es geht nicht an, daß beide sich nicht umeinander kümmern. Dazu sind beide zu sehr aufeinander angewiesen. - Mit dem modernen Staat ist die Großindustrie entstanden und gewachsen. Was wir an Erfolgen und an Sorgen im Deutschen Reiche haben, stammt in erster Linie aus der großgewerblichen Entfaltung: die Bevölkerungsvermehrung, der beginnende Reichtum, Weltpolitik und Imperialismūs, die bessere Ernährung und Bildung der Volksschichten, das regere politische und kulturelle Leben. Auf der andern Seite die Unrast des Lebens, die Völkerwanderung vom Lande nach den Städten, die neuen sozialen Gruppierungen in der Politik, die radikalpolitischen Strömungen, die Gefahr der Klassenkämpfe. Staatspolitik erringen sich über dynastische und militärpolitische Kräfte der heroischen oder diplomatischen Zeiten hinweg die volkswirtschaftlichen und sozialen Interessen den ersten Platz. Auch die radikalen Parteien werden vom Staatsgedanken erfaßt, denn will man die Individuen und sozialen Gruppen, die Produktion und die Verteilung der Güter reformieren, so ist das unmöglich ohne eine Gewalt, die über den Individuen und Gruppen steht, es ist unmöglich ohne den Staat. Aber auch die sich von diesen staatssozialen Gedanken abwenden, der konservativ gerichtete Unternehmerstand, die Kapitalisten und captains of industry haben längst die große Macht des modern geleiteten Staates erkannt, der klug genug war, den Individuen und Gesellschaften Einfluß auf die Staatsentwicklung einzuräumen und sie auf die Art mit haftbar zu machen für Gedeihen und Verderben des Staates.«

Nach Böttger drohen Gefahren weder vom Mangel an humanitären Bestrebungen noch von der Gier nach Reichtum und Macht, denn an Humanität ist kein Mangel, und Reichtum und Macht verteilen sich in Deutschland auf viele Schultern. Wohl aber drohen Gefahren von der eigentümlichen Assoziation von radikalsozialistischen Vorstellungen, Humanitätsbestrebungen, sozialem Reformdrang und feudalklerikalen Einflüssen, die heute auf den Staat eindringt und ihn und unsre Volkswirtschaft in Verwirrung bringt, weil kein richtiges Verhältnis zwischen Staat und

Industrie erzielt wird.«

tu

1 li

古書店

出版

de l mis

ie z

Shi i

e in

3 10

in s

を記

les ti

e (in

di

ist

de it

stil!

E B

500 miles

150

E 10

地地

The Contract of the Contract o

COLOR

die lo jededo

D Weld

Bestre Reid

Wie die Dinge bei uns liegen, ist die Industrie darauf angewiesen, sich selbst zu helfen, und zwar durch politische und wirtschaftliche Organisation. »Ihre Interessenverbände müssen noch zu größerer Geschlossenheit gelangen, und der Industrielle muß unter Verabschiedung der Ideen einer selbständigen Industrie- oder Arbeitgeberpartei sich intensiver mit dem parteipolitischen Leben der Gegenwart befassen. Das Unternehmertum der Industrie muß gebildeter, vielseitiger und politisch regsamer werden, damit es aus sich heraus nicht nur hervorragende Organisatoren der Arbeit, der Technik und der kapitalistischen Entfaltung, sondern auch politischen Führer unterlieden. auch politische Führer zu stellen vermag. Was die Arbeiterfrage anlangt, so werden nach Böttger die Unternehmer an der Anerkennung der Gleichberechtigung der Organisationen nicht vorbeikommen. Kräftiger Ausbau der Arbeitgeberverbände ist das beste Mittel gegen Uebergriffe der Arbeiterorganisationen. »Es muß sich mit der Zeit eine gewerbe- und industriepolitische Diplomatie einstellen, die gleich den Kabinetten unnötige kriegerische Kraftanstrengungen zurückzuhalten versteht und nur wirkliche Entscheidungskämpfe zuläßt.«

Böttger führt hier das zutreffende Wort von Cheysson an: Es gab bisher für die Unternehmer zwei Methoden, sich zugrunde zu richten: nicht zu verstehen, wie man produziert oder wie man die Produkte an den Mann bringt. Heute gibt es noch einen dritten Weg: den, nicht zu verstehen, wie man

Menschen behandelt.

Vom Staate kann die Industrie verlangen, daß er im Verkehrswesen, besonders in der Tariffrage nunmehr die fiskalischen Gesichtspunkte hinter die volkswirtschaftlichen zurückstellt. Mit der Frachtenverbilligung hat die Vermehrung und Verbesserung der Betriebsmittel Hand in Hand zu gehen: neue Verkehrswege und höchste technische Vollendung der Verkehrsmittel ist die

Forderung.

Von Interesse ist auch, was der Verfasser über das technische Bildungswesen sagt: »Unser gewerbliches Schulwesen erfreut sich, namentlich im Süden, einer günstigen Entwicklung. In Preußen wird jedoch die Technik noch mancherlei Förderung vertragen können. Die Universitäten genießen die höhere Gunst des Finanzministers, auf den Kopf der Studierenden an den technischen Hochschulen kommt etwa nur ein Drittel der Staatsaufwendungen, die den Universitätsbesuchern zuteil werden. Die Lehrfächer des Eisenhüttenwesens haben eine beträchtliche Erweiterung und Vertiefung zu erfahren: auf dem Gebiete der Roheisenherstellung, in der Stahl- und Schmiedeisenerzeugung, in der Gefügelehre, in der Oekonomie des Eisenhüttenwesens, im Eisenhüttenmaschinenwesen und im Entwerfen von Eisenhüttenanlagen; es sind auch wesentlich ausgiebiger zu gestalten die Arbeiten in den Laboratorien. Auch ergänzende Professuren in der Maschinenbauabteilung, auf deren Notwendigkeit bereits früher der Abgeordnete Dr. Paasche hingewiesen hat, sind erforderlich.

Ganz besonders erfreulich ist, daß Böttger auch für die in dieser Zeitschrift wiederholt mit Nachdruck vertretene Forderung, das Juristenmonopol zu beseitigen, eintritt. »Es krankt unsere Staatsverwaltung, soweit sie mit Technik und Industrie in nahe Berührung kommt, an einem juristischen Schematismus, der auf die Dauer unserer Volkswirtschaft verhängnisvoll werden muß.« — Böttger ist mit Prof. Franz, dessen Schrift »Ingenieurstudium und Verwaltungsreform« er anführt, der Ansicht, daß die Durchsetzung der Verwaltungen mit technischer Einsicht und praktischer Uebung von Akademikern der Ingenieurschule anzustreben sei.

Der kurze Bericht wird eine Vorstellung ermöglichen von der Fülle der in dem Buche »Die Industrie und der Staat« behandelten Fragen. Der Verfasser bemüht sich, über den Parteien zu stehen; er strebt danach, nur streng sachlich und unparteiisch zu urteilen. Seine Folgerungen sind das Ergebnis

guten Beobachtens und scharfen Durchdenkens der tatsächlichen Verhältnisse. So wird sein Buch den vielen, die in der politisch so angeregten Gegenwart einen zuverlässigen Führer durch das Gewirr der Parteien und Meinungen wünschen, selbst jedoch nicht die Zeit haben, auf die Quellen unseres politischen Lebens zurückzugehen, recht gute Dienste leisten können; es ist — um es kurz zu sagen — eine sehr lesbar und anziehend geschriebene Staatsbürgerkunde.

Produktionserhebungen in der Textilindustrie.

Von den vom Reichsamte des Innern für das Jahr 1907 veranstalteten Produktionserhebungen in der Textilindustrie liegen nunmehr die Ergebnisse für die Wollwäscherei mit oder ohne Karbonisierung, für die Wollkämmerei sowie die Kammgarnspinnerei und-zwirnerei abgeschlossen vor; ferner die Ergebnisse für die Baumwollspinnerei und-zwirnerei. Bemerkt sei dabei, daß sich die Erhebungen in der Textilindustrie nur auf diejenigen Betriebe erstreckt haben, welche einer

Zahl der Betriebe

deutschen Berufsgenossenschaft nach Maßgabe des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 5. Juli 1900 angehören. Die an diese Betriebe ausgebenen Fragebogen sind fast durchweg ausgefüllt worden. Die wenigen Betriebe, welche die Beantwortung der Fragebogen abgelehnt haben, wurden eingeschätzt; die ermittelten Zahlen sind in den Gesamtergebnissen enthalten. Einige sehr kleine Betriebe, die nach dem Urteile Sachverständiger für die Richtigkeit der Gesamtergebnisse ohne wesentliche Bedeutung sind, sind unberücksichtigt geblieben.

Es ergaben sich nach den »Nachrichten für Handel und Industrie« für die betreffenden Zweige der Textilindustrie folgende Zahlen¹):

Wollwäscherei mit und ohne Karbonisierung:

Zam dei Demebe	31	
verarbeitete Stoffe:		
a) Rohwolle (einschließlich Rückenwäsche und Scoureds)	25 047 410	kg
b) Kämmlinge und sonstige Abgänge der Kämmerei und		
Spinnerei	3 257 965	2)
	9 231 703	
Jahreserzeugung:	10 766 007	
a) gewaschene Wolle	10 766 807	>>
davon: Merinowolle	6 778 530	3)
Kreuzzuchtwolle	3 988 277	>>
b) karbonisierte Wolle, die im eigenen Betriebe gewaschen		
worden ist	872 864	>>
davon: Merinowolle	652 273	>>
Very entrolle		
Kreuzzuchtwolle	220 591	2)
c) karbonisierte Kämmlinge und sonstige Abgänge der		
Kämmerei, Spinnerei usw	2 286 711	>>
rammeron, opiniorer aoni i i i i i i i i i i i i i i i i i i	_ ==	
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist	82 899	>>
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist	82 899	
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist	82 899	
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist Wollkämmerei allein oder in Verbindung mit Kamm	82 899 garnspinn	
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist Wollkämmerei allein oder in Verbindung mit Kamm Zahl der Betriebe	82 899 garnspinn 40	
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist Wollkämmerei allein oder in Verbindung mit Kamm Zahl der Betriebe	82 899 garnspinn	
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist Wollkämmerei allein oder in Verbindung mit Kamm Zahl der Betriebe	82 899 1 garn spinn 40 141 050 206	erei.
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist Wollkämmerei allein oder in Verbindung mit Kamm Zahl der Betriebe	82 899 garnspinn 40 141 050 206 92 434 232	erei. kg
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist Wollkämmerei allein oder in Verbindung mit Kamm Zahl der Betriebe	82 899 garnspinn 40 141 050 206 92 434 232 48 615 974	kg *
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist Wollkämmerei allein oder in Verbindung mit Kamm Zahl der Betriebe	82 899 garnspinn 40 141 050 206 92 434 232 48 615 974 62 039 310	kg » »
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist Wollkämmerei allein oder in Verbindung mit Kamm Zahl der Betriebe	82 899 9 arn spinn 40 141 050 206 92 434 232 48 615 974 62 039 310 34 992 057	kg » » »
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist Wollkämmerei allein oder in Verbindung mit Kamm Zahl der Betriebe	82 899 9 arn spinn 40 141 050 206 92 434 232 48 615 974 62 039 310 34 992 057 27 047 253	kg » »
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist Wollkämmerei allein oder in Verbindung mit Kamm Zahl der Betriebe verarbeitete Wolle davon: Merinowolle Kreuzzuchtwolle Erzeugung an Kammzug davon: Merinokammzug Kreuzzuchtkammzucht Erzeugung an Kämmlingen	82 899 9 arn spinn 40 141 050 206 92 434 232 48 615 974 62 039 310 34 992 057	kg » » »
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist Wollkämmerei allein oder in Verbindung mit Kamm Zahl der Betriebe verarbeitete Wolle davon: Merinowolle Kreuzzuchtwolle Erzeugung an Kammzug davon: Merinokammzug Kreuzzuchtkammzucht Erzeugung an Kämmlingen	82 899 9 arn spinn 40 141 050 206 92 434 232 48 615 974 62 039 310 34 992 057 27 047 253	kg » » »
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist Wollkämmerei allein oder in Verbindung mit Kamm Zahl der Betriebe	82 899 9 garnspinn 40 141 050 206 92 434 232 48 615 974 62 039 310 34 992 057 27 047 253 7 332 584	kg
d) karbonisierte Wolle, die gewaschen bezogen worden ist Wollkämmerei allein oder in Verbindung mit Kamm Zahl der Betriebe verarbeitete Wolle davon: Merinowolle Kreuzzuchtwolle Erzeugung an Kammzug davon: Merinokammzug Kreuzzuchtkammzucht Erzeugung an Kämmlingen	82 899 9 arn spinn 40 141 050 206 92 434 232 48 615 974 62 039 310 34 992 057 27 047 253	kg » » »

¹) Ausführliche Angaben siehe »Nachrichten für Handel und Industrie« 1910 Nr. 43 und 55.

Kammgarnspinnereien und -zwirnereie Kammgarnspinnerei	en:
Zahl der Betriebe	104
Zahl der Spinnspindeln	
verarbeiteter Kammzug	70 926 599 kg 36 979 850 »
Kreuzzuchtkammzug	33 946 749 »
Kreuzzuchtkammzug	66 489 696 »
davon: Merinokammgarn	36 268 579 »
Kreuzzuchtkammgarn	30 221 117 » 3 822 207 »
	3 822 207 »
Zwirnerei von Kammgarn	99 2)
Zahl der Zwirnspindeln	555 705 Stck.
Menge der verzwirnten Garne	30 221 213 Kg
Menge des hergestellten Zwirnes	37 820 971 »
davon: zweidrähtiger Zwirn dreidrähtiger Zwirn vier- oder mehrdrähtiger Zwirn vier- oder mehrdrähtiger Zwirn	19 036 546 » 1 994 409 »
vier- oder mehrdrähtiger Zwirn	12 705 391 »
nicht näher bezeichneter Zwirn	4 084 625 »
Wert der Erzeugung an Garn und Zwirn roh, gebleicht, ge-	
färbt usw	410 816 942 M
Baumwollspinnereien und -zwirnereie Baumwollspinnerei	n:
Zahl der Betriebe	401
Zani der Spindein	9 522 659 Stck
darunter bezeichnet als Selfaktorspindeln	5 337 231 »
» » » Drosselspindeln	4 098 657 »
versponnen wurden an Baumwolle und Abfällen	407 459 081 kg
davon: amerikanische Baumwolle	261 489 061 »
ostindische »	09 745 112 » 33 551 573 »
aus den deutschen Kolonien	135 579 »
aus den deutschen Kolonien	358 935 030 »
dayon wiirden dechonnen, tur algana Pachning dar Sain	
nereien	357 775 475 »
Gesamtwert der Jahreserzeugung für eigene Rechnung der	1 159 555 »
Spinnereien	644 464 404 M
	ige Wert
Absatz für eigene Rechnung:	M 26 349 647 753 902
Absatz für eigene Rechnung: k insgesamt	20 349 047 753 902
11CW 1115 51	8 593 178 883 674
Arbeitswert der für Rechnung anderer Betriebe als Spinnereien in Lohn gesponnenen Garne	367 643 M
Baumwollzwirnerei: Zahl der Betriebe	
Zahl der Betriebe	194 ³)
Zahl der ausgefüllten Fragebogen	188
Zahl der Zwirnspindeln	861 346 Stck.
Janreserzeugung an Zwirn aus Baumwollengarn, auch gezwirnt	49 194 064 1
davon: einmal gezwirnt	36 647 827
davon chillian getwint	30 041 021 »

 ²) darunter 1 selbständige Spinnerei; von den 104 Spinnereien haben 98 zugleich Zwirnerei betrieben.
 ³) darunter 86 selbständige Zwirnereien; von den 401 Baumwollspinnereien haben 108 zugleich Zwirnerei betrieben.

von dem hergestellten Zwirn aus Baumwollengarn, auch ge- zwirnt mit Garn aus anderen Spinnstoffen, außer Seide, wurden gezwirnt:	
für eigene Rechnung	kg
für fremde Rechnung im Lohn	»
von dem Baumwollengarn, das verzwirnt wurde, waren hergestellt:	
in der eigenen Spinnerei 28 509 897	20
in anderen inländischen Spinnereien 12 344 175	>>
im Auslande	»
Werterhöhung, die das gesamte verzwirnte Garn durch das	3.5
Zwirnen erfahren hat (einschließlich Lohnzwirnerei) 12 656 105 Gesamtwert der Jahreserzeugung an Zwirn (aus Baumwollen-	IVE
garn, auch gezwirnt mit Garn aus anderen Spinnstoffen,	
außer Seide) für eigene Rechnung 105 549 891	75
Menge Wei	
Absatz für eigene Rechnung: kg M	
insgesamt	654
davon: an die eigene Weberei, Wirkerei, Strickerei	
usw	349
Arbeitswert des für fremde Rechnung in Lohn hergestellten	
Zwirnes	M

HANDEL UND VERKEHR.

Amerikanische Ausfuhrpropaganda. Die amerikanische Industrie hat in dem zu Ende gehenden Jahrzehnt noch nicht in dem Umfange an der Versorgung des Weltmarktes teilgenommen, der ihrer zum Teil sehr hohen Leistungsfähigkeit entspricht. Es liegt dies an dem riesenhaften Arbeitsfelde, das sie im eigenen Lande findet. Dieses, vorwiegend von agrarischer Produktion lebend, ist noch immer erstaunlich aufnahmefähig für die Erzeugnisse des industriell mehr entwickelten Ostens, so daß es nur natürlich ist, wenn sich die Aufmerksamkeit von Industrie und Gewerbe mehr auf die Befriedigung der heimischen Bedürfnisse richtete. nur wenigen Gebieten hatte man daher in Deutschland die Arbeitsweise der Amerikaner und ihren Erfolg zu empfinden. Die amerikanische Maschinenindustrie war die erste, die zu exportieren begann, und zwar war es vornehmlich die Werkzeugmaschinenindustrie, die bei uns auf dem Markt erschien und hier dank ihrer unter anderen Arbeitsbedingungen vollzogenen Entwicklung und dementsprechenden guten Ergebnissen zunächst auf vielen Sondergebieten sehr erfolgreich war. Die Wir-kung, die das Vorgehen auf den deut-schen Werkzeugmaschinenbau hatte, ist bekannt; die Anregungen wirkten be-fruchtend, und durch neue Produktionsverfahren gelang es, das verlorene Gebiet zurückzugewinnen. Wir wurden

unabhängig vom amerikanischen Werkzeugmaschinenbau. Dieser empfand die verminderten Erfolge nicht so lebhaft, da sich der Absatz im eigenen Lande infolge des steigenden Wohlstandes dauernd hob. Inzwischen haben sich die Verhältnisse verschoben. Die jüngsten schlechten Zeiten wurden wohl in keinem Lande so empfunden, wie in den Vereinigten Staaten, wo der Niedergang zu einer Panik ausartete. Die verringerte Produktion gab der Industrie Gelegenheit und auch Veranlassung, sich von neuem um einen lebhafteren Absatz im Auslande zu bemühen. Wiederum ging der Werkzeugmaschinenbau voran, und zwar ist er gerade bei uns in so geschickter Weise vorgegangen, daß es sich wohl lohnt, darauf aufmerksam zu machen. Seit Anfang dieses Jahres erscheint bei uns in deutscher Sprache eine Zeitschrift, die die Verbreitung amerikanischer Maschinen auf unserem Markte zum Ziel hat. »Den Werkzeugmaschinenfabrikanten ist ein neuer Weg zum großen deutschen Markte gesprengt worden«, heißt es in den Ankündigungen, in denen die amerikanischen Gesellschaften zum Inserieren aufgefordert werden. Zweifelsohne ist die Herausgabe dieser Zeitschrift eine geschickte Art und Weise, deutsche Abnehmer an amerikanische Erzeugnisse zu gewöhnen, und man muß den ausländischen Wettbewerbern neidlos zugeben, daß sie klug und planmäßig im eigenen Interesse vorgehen. Es wäre nur zu begrüßen, wenn unsere heimische Industrie in ähnlicher Weise verführe. Was wir bisher an Ausfuhrzeitschriften in englischer und anderen Sprachen besitzen, ist leider herzlich minderwertig, und man hat den Eindruck, daß der Text nur Füllmaterial ist; gelesen wird er wohl selten. Vor einigen Jahren bestand allerdings unter einer Anzahl von ersten industriellen Firmen die Absicht, eine Ausfuhrzeitschrift in englischer Sprache herauszugeben. Schließlich scheiterte aber doch alles an der mangelnden finanziellen Unternehmungslust. Das nichts zustandekam, ist bedauerlich, aber verständlich. Weniger verständlich ist es, wenn jetzt deutsche Werkzeugmaschinenfabriken die amerikanischen Bewerber noch dadurch unterstützen, daß sie in deren deutschen Organ inserieren und dieses dadurch materiell unterstützen. Das ist eine bedauerliche Kurzsichtigkeit. Der gesamte Inseratenteil der amerikanischen Ausgabe erscheint auch in der deutschen; dagegen wird nicht entfernt daran gedacht, die Anzeigen der deutschen Fabrikanten nun in Amerika zu veröffentlichen. Das ist ja auch selbstverständlich und sehr richtig, da es sich um ein amerikanischen Interessen dienendes Unternehmen handelt. man sollte doch folgerichtig handeln, zumal es der deutschen Werkzeugmaschinenindustrie wahrlich glänzend geht.

ă1

Tis

SIE

ige Vi

this

12

e si

SI, P

vi ž

szti

から

1 55

nh

齿

を

be in

to the second se

gnice

日間

15 Th

Weniger erfolgreich war der Plan, im Sommer 1910 eine amerikanische Ausstellung in Berlin zu veranstalten. Die deutschen interessierten Kreise blieben diesem Vorhaben gegenüber nicht müßig, umsomehr als entsprechenden Veranstaltungen in den Vereinigten Staaten dadurch der Boden entzogen worden ist, daß der kürzlich geschaffene neue amerikanische Zolltarif die Zollsätze für Industrieerzeugnisse erheblich erhöht hat; insbesondere für Maschinen besteht ein Zoll von 30 vH des Wertes, wodurch natürlich eine Einfuhr unmöglich gemacht ist. Dementsprechend behandelte der Staatssekretär des Auswärtigen im Reichstage den Gedanken der amerikanischen Ausstellung etwas kühl, was dann bekanntlich wenigstens vorläufig zu einer Aufgabe des Gedankens führte.

Aber auch sonst hat es nicht an zielbewußter Arbeit gefehlt. Der amerikanische Werkzeugmaschinenbau erricheigene Verkaufstellen für den deutschen Markt, beobachtet diesen sorgfältig und anhaltend und wurde auch von der Regierung durch die Entsendung eines Kommissars zum Studium des europäischen Werkzeugmaschinenbaues unterstützt. Man kann diesem planmäßigen Vorgehen nur seine Anerkennung zollen, sollte aber nicht zögern, ebenfalls vorzugehen und Gegenmaßregeln zu ergreifen. Wir Deutscheu stehen im Ausland im allgemeinen in dem Rufe, durch Bienenfleiß, durch planmäßiges Vorgehen und durch festen Zusammenschluß der Beteiligten gegenüber dem zersplitterten Auslande, d. h. also durch überlegene Strategie, unsere Erfolge zu erringen. Hoffen wir, daß wir dieses Urteil auch weiterhin verdienen werden.

Dr.-Ing. Dr. Waldemar Koch.

SOZIALES.

Die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung der Einführung der Setzmaschine im Buchdruckgewerbe. Von Dr. rer. pol. Fr. Chr. Beyer, Gewerbereferendar. (Freiburger Volkswirtsch. Abhdlg., I. Bd., 1. Heft.) • 3,50 M.

Der Verfasser wurde zu seiner Arbeit angeregt durch die Untersuchungen des Commissioner of Labor: "Hand and Machine Labor", in den Vereinigten Staaten, die ja als das Mutterland der Setzmaschinen anzusehen sind. Die Einführung der Setzmaschine in Deutschland ist zwar noch nicht abgeschlossen;

aber es ist oft von größerem Interesse, das Werdende, sich Entwickelnde zu beobachten, als das Gewordene, Abgeschlossene zu schildern. Der Verfasser legt das Vordringen der Technik auf allen Arbeitsgebieten des Buchdruckgewerbes, der Schnellpressen, der Rotationsmaschinen usw. dar und gibt einen Ueberblick über die Geschichte der Prinzipal- und Gehilfenverbände; er stellt somit seine Arbeit auf eine breite Grundlage. Besonders interessant sind die geschilderten vergeblichen Versuche der Verdrängung des Handsatzes durch die Maschine.

Einwirkungen der Setzmaschine auf die Betriebe, auf Lohn, Arbeitzeit und Arbeitsverhältnis der Arbeiter werden durch ein überaus reichliches Material veranschaulicht. Hingegen scheint uns die Bedeutung, die die Setzmaschine für den Deutschen Buchdrucker-Tarif hat, nicht genügend betont. In den Tarifkämpfen und Tarifverhandlungen des Jahres 1906 hat die Frage der Tarifierung der Setzmaschinenarbeit eine große Rolle gespielt und die Haltung der Gehilfen und Prinzipale wesentlich beeinflußt. Der interessante Kern, der in der Haltung der Gewerkschaften (und im Buchdruckgewerbe

auch der Prinzipale) gegenüber dem technischen Fortschritt steckt, ist vom Verfasser nur gestreift. Bekanntlich ist der Deutsche Buchdrucker - Preistarif, soweit er sich mit der Preisberechnung von Maschinensatz befaßt, in der Oeffentlichkeit angegriffen worden, weil er der Einführung der Setzmaschine hinderlich sein soll. Wichtige Fingerzeige gibt das Kapitel über die sanitären Verhältnisse der Setzmaschinenbetriebe. So ist die Arbeit in gleicher Weise für den Sozialtechniker, den Volkswirtschaftler und den Gewerbehygieniker von Interesse.

WIRTSCHAFT, RECHT UND TECHNIK.

Die Versicherung gegen Brandschaden und die Brandschadenregulierung nach dem Reichsgesetz vom 30. Mai 1908 und den Allgemeinen Versicherungsbedingungen vom 1. Januar 1910 nebst Zusatzbedingungen für die Landwirtschaft. Von Dr. Curt Heyne. Leip-

zig 1910, Duncker & Humblot. 4,— M. Das am 1. Januar d. J. in Kraft getretene Reichsgesetz über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908 ist im Februarhefte dieser Zeitschrift eingehend besprochen worden. Eine notwendige Folge des neuen Gesetzes war es, daß auch die Versicherungsgesellschaften ihre Bedingungen der veränderten Rechtslage anpaßten. Das geschah in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen, die von der »Vereinigung der in Deutschland arbeitenden Privat-Feuerversicherungsgesellschaften« und dem »Verbande deutscher Privat - Feuerversicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit« einheitlich aufgestellt wurden. Naturgemäß bereitet die Eingewöhnung in die durch das neue Gesetz sehr wesentlich umgestalteten Verhältnisse erhebliche Schwierigkeiten. Der sehr umfangreiche, auf breiter wissenschaftlicher Grundlage bearbeitete Kommentar zum Reichsgesetz über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908 von Gerhard, Hagen, von Knebel-Doeberitz, Broecker und Manes ebenso wie die von Domizlaff 1909 besorgte Ausgabe der Allgemeinen Versicherungsbedingungen sind für den juristisch Gebildeten ein vorzügliches Hülfsmittel beim Studium des Feuerversicherungsrechtes.

Den versicherungstechnischen Beamten wie den großen Kreis der Versichernden selbst in gemeinverständlicher knapper Form über die rechtlichen und technischen Fragen der Praxis zu unterrichten, hat sich Dr. Curt Heyne im vorliegenden Buche zur Aufgabe gemacht. In den Mittel-punkt der Erörterung ist die bedeutsamste Frage der Feuerversicherungstechnik: die Wertermittlung, gestellt. Damit sind die meisten anderen wichtigen Bestimmungen in Zusammenhang gesetzt. Leitend war der Gedanke, nicht durch Einzelheiten, die den Praktiker weniger berühren, das Eindringen in den Geist des Gesetzes zu erschweren. Die allgemeinen Versicherungsbedingungen sind einschließlich der Zusatzbedingungen für die Landwirtschaft fast vollständig verarbeitet. So ist das Buch, auf dessen reichen Inhalt hier weiter einzugehen nicht möglich ist, vorzüglich geeignet, die Versiche-rungstechniker wie die Leiter unserer industriellen, kaufmännischen und landwirtschaftlichen Betriebe in den spröden Stoff des Versicherungswesens einzuführen und die vielfach noch vorhandene Unkenntnis und Teilnahmlosigkeit, mit der weite Kreise den sie doch aufs engste berührenden neuen Rechtsverhältnissen gegenüberstehen, zu beheben. Ein sorgfältiges Sachregister sowie ein Paragraphenregister (für das Reichsgesetz vom 30. Mai 1908, die allgemeinen Versicherungsbedingungen vom 1. Januar 1910, endlich noch für die Zusatzbedingungen für die Landwirtschaft) erhöhen die Brauchbarkeit des Werkes.

NEUE LITERATUR

DER WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN GRENZGEBIETE DER TECHNIK.

ABKÜRZUNGEN:

Am. american; Ann. Annalen; Anz. Anzeiger; Arch. Archiv; Bl. Blätter; Ber. Bericht; D. deutsch; G. Gesetz; JB. Jahrbuch; Jl. Journal; Ind. Industrie; int. international; kfm. kaufmännisch; Ldn. London; M. Monat; Mag. Magazin; Mitt. Mittellungen; Mly. Monthly; MSchr. Monatschrift; NY. New-York; p. pagina, Seite; Rev. Revue; Stat. statistisch; Ver. Verein; Verholga. Verhandlungen; VJ. Vierteljahr; W. Woche; Wly. Weekly; Z. Zeitschrift; Zbl. Zentralblatt; Ztg. Zeitung.

Wirtschaftswissenschaft und -politik.

Arbeiteransiedlung in England, Schweden, Dänemark, Holland u. Belgien. (Verhdlgn. der XXXVIII. Plenarversammlg. des deutschen Landwirtschaftsrats 1910.) Berlin, P. Parey, 1910. M.—,75.

Bernhard, Ludw.: Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat. Die Polenfrage. 2. bearb. Auflage. Leipzig, Duncker & Humblot, 1910.

Beurle, Carl: Die staatswirtschaftliche Bilanz eines Jahrhunderts. Ein Vortrag. Linz, F. Steurer, 1910.

Bücher, Karl: Das Gesetz der Massenproduktion. Z. f. d. gesamte Sozialwissenschaft Nr. 3.

Cohn, Gustav: Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik. Z. f. d. gesamte Sozialwissenschaft Nr. 3.

Duncker, Herm.: Volkswirtschaftliche Grundbegriffe mit besonderer Berücksichtigung der ökonomischen Grundlehren von Karl Marx. Als Leitfaden für Unterrichtskurse. 2. verm. Aufl. (Kleine Bibl.) Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf., 1910. M —,75.

Goebel, O.: Volkswirtschaft des westbaikalischen Sibirien. Berlin, P. Parey, 1910. M 3,20.

Nicholson, J. S.: Economics of imperialism. The economic jl. Bd. XX Nr. 78.

v. Peez, Alex.: England und der Kontinent. 4. Ausg. Wien, C. Fromme, 1910. M 1,—.

Plechano, H.: Die Grundprobleme des Marxismus. Uebers. v. Dr. M. Nochimson. (Kleine Bibliothek.) Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachfl., 1910. M —,75. Pohle, L.: Die Wohnungsfrage. I. Das Wohnungswesen in der modernen Stadt. II. Die städtische Wohnungsund Bodenpolitik. (Sammlg. Göschen.) Leipzig, G. J. Göschen, 1910. ie M—.80.

Schultze, Ernst: Streifzüge durch das nordamerikanische Wirtschaftsleben. Halle, Buchh. des Waisenhauses, 1910. M 5,—.

Spann, Othmar: Die mechanisch-mathematische Analogie in der Volkswirtschaftslehre. Arch. f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. XXX. H. 3.

Veröffentlichungen der mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine. (Zugleich Heft X der Veröffentlichgn. des mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland.) Wien, C. Fromme, 1910. M 3,—.

Zahn, Friedrich: Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Volkszählung 1905 sowie der Berufs- und Betriebszählung 1907. Ann. d. D. Reichs Nr. 6.

Geld-, Bank- und Börsenwesen. (auch Finanz- und Steuerwesen, Zölle)

Bertrand, H. I.: Zollpolitische Verhältnisse und Handel zwischen Frankreich und Tunis. (Eine Prognose über das wirtschaftliche Vorgehen Frankreichs in Marokko.) Berlin, W. Süßerott, 1910. M 7,—. Conrad, Walt.: Technik des Bank-

wesens. (Sammlg. Göschen,) Leipzig, G. J. Göschen, 1910. M. –,80, Hilferding, Rud.: Das Finanzkapital.

Eine Studie über die jüngste Entwicklg. des Kapitalismus. Wien, Wiener Volksbuchh., 1910. M 7,50. Kahlo, Ernst: Vergleichende Zusammenstellung der Versicherungsbedingungen und wichtigsten Prämiensätze der im Deutschen Reiche arbeitenden 1910. 9. Jg. Berlin, E. S. Mittler & Sohn, 1910. Lebensversicherungsgesellschaften.

Krueger, H. E.: Zur Frage des Verbrauchs und der Verbrauchsbelastung bei größeren im Gegensatz zu kleinen Einkommen. (Kritische Betrachtungen über Vergleichsversuche und Vergleichsmöglichkeiten.) Z. f. d. gesamte Sozialwissenschaft Nr. 3.

Lexis, W.: German bank commission 1908—9. The economic jl. Bd. XX

Nr. 78.

Peter, Heinr.: Der badische Entwurf einer Wertzuwachssteuer. Eine kritische Studie. Mannheim, J. Bens-M 1,-. heimer, 1910.

Sammlung von Versicherungsbedingungen deutscher Versicherungsanstalten. Hrg. v. dem deutschen Verein f. Versicherungs-Wissenschaft. 4. Tl. Unfall- und Haftpflicht - Versicherung. Berlin, E. S. Mittler & Sohn, 1910. M 4,--.

Schmidt, Geo.: Kredit u. Zins. Leipzig, Duncker & Humblot, 1910. M 1,20. Städtische oder von der Stadt unterstützte Anstalten für II. Hypotheken in deutschen Städten. (Aus: »Mitt. des stat, Amtes der Stadt München.«) München, I. Lindauer, 1910.

M = ,20.Un Yuen Hsu: Reforms in the currency of China. The economic il. Bd. XX

Nr. 78.

Vogel, E. H.: Die finanzpolitischen Besteuerungsprinzipien in Literatur und Z. f. d. gesamte Sozialwissenschaft Nr. 2 und 3.

Wagner - Roemmisch, Klaus: Effektenkontokorrent auf der Reichspost. Volkswirtsch. Bl. Nr. 13/14.

Soziales.

Aus der Begründung zum Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. (Verhdlgn. der XXXVIII. Plenarversammlg. deutschen Landwirtschaftsrats 1910.) Berlin, P. Parey, 1910.

Die Verhandlungen des 21. evangelischsozialen Kongresses. abgeh. in Chemnitz vom 17. bis 19. V. 1910. Nach dem stenograph. Protokoll. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1910.

M 2,—. Friedrich, Wilh.: Die Phosphornekrose in Ungarn. (Schriften der ungarischen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.) Jena, G. Fischer, 1910. M 2,25.

Fuchs, A. I.: Die Wohnungsinspektion. Ein Beitrag zur Einführung derselben in Oesterreich. Wien, F. Deuticke,

Gibbon, J. G.: Compulsory insurance The econoagainst unemployment.

mic jl. Bd. XX Nr. 78. Siebert, I. B.: Die Lage der Arbeiterschaft in der rheinischen Braunkohlenindustrie. Bonn, C. Georgi, M 3,—.

Thissen, Otto: Soziale Tätigkeit der Stadtgemeinden. Ein Ueberblick über Aufgaben und Leistungen der Stadtverwaltungen in wirtschaftlich-sozialer, gesundheitlicher, geistiger und sittlicher Hinsicht. In Verbindung mit Carl Trimborn. 4. Aufl. M.-Gladbach, Volksvereins-Verlag, 1910.

Organisationen der Arbeitgeber und -nehmer (auch Kartelle und Trust).

Bauer, Otto: Krieg oder Friede in den Gewerkschaften? Wien, Wiener

Volksbuchhdlg., 1910. M -,25. Cathrein, V. S. I: Der Sozialismus. Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit. 10., bedeutend umgearb. u. verm. Aufl. Freiburg i. B., Herder, 1910. M 4,50.

Fröhlich, Rich.: Alkoholfrage und Arbeiterklasse. 6., durch ein Vorwort: Zum Schnapsboykott verm. Aufl. Berlin, Buchh. Vorwärts, 1910.

M = ,50.Goldschmidt, Karl: Weltanschauung und Arbeiterbewegung. Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volksfreunde. 4. Aufl. Berlin, Verband der deutschen Gewerkvereine, 1910.